

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abohmentpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf.; mit der illustrierten Wochenblatt-Ausgabe Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pf., bei Selbstabholung 80 Pf. — Durch die Post bezogen vierjährlich 2.40 M., für 1 Monat 80 Pf. (Bezugsgebühr vierjährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.).

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 18688.

Zinsenrechte kosten die 7gesparte Pettigelle oder deren Raum 25 Pf., bei Blauvorrichtung 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist bei der Gesamtauslage 4.— M. jedes Tausend, bei Tellauslage 5.— M. — Schluss der Annahme von Zinsenrechten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Zinsenrechte-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Tageskalender.

Die Landeszeitung für beide Mecklenburg hält ihre Meldung, daß dem Bundesrat von sechs Bundesregierungen Anträge auf verstärkten Arbeitswillensschuß unterbreitet worden seien, aufrecht und ergänzt sie dahin, daß Sachsen den Anstoß hierzu gegeben habe.

Der Kolonialstaatssekretär Dr. Solf konstatierte in Swakopmund, daß er beim ersten Vierabend angelangt sei.

Das Hochwasser des Rheins und seiner Nebenflüsse steigt noch immer und verursacht schwere Schäden.

Auf der Zeche Westend in Duisburg wurden 5 Bergleute durch eine Schlagwetterexplosion getötet.

Im Stahlwerk Königshütte sind Dienstag abend vier Arbeiter von giftigen Gasen erstickt.

Die englischen Liberalen haben wieder ein Mandat zum Unterhaus verloren.

Durch die Bombenexplosion in Doiran (Türkei) wurden 13 Personen sofort getötet, 23 tödlich und zahlreiche leicht verletzt.

## Die sächsische Gewerbeinspektion 1911.

Leipzig, 12. September.

Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die den Aufgaben der Gewerbeinspektion ein ernstes Interesse entgegenbringt. Man wird in der bürgerlichen Presse vergleichlich nach einer eingehenden Würdigung der Fabrikinspektorenberichte suchen; soweit sie von ihnen überhaupt Notiz nehmen, beschränkt sie sich in der Regel auf die Anzeige ihres Erscheinens oder eine kurze Angabe der wichtigsten Zahlen aus dem Inhause. Daselbe Bild der Interesslosigkeit zeigt sich auch in den Parlamenten — das Schicksal der hunderttausende von Arbeitern, deren gesundheitliches und wirtschaftliches Interesse die staatliche Gewerbeaufsicht wahrnehmen soll, rast bei den bürgerlichen Vertretern kaum den Schimmer eines Interesses hervor. In dieser Hinsicht spricht die eine Tatsache Bände, daß der frühere konservative Referent der Zweiten sächsischen Kammer zu dem Etatkapitel Gewerbeaufsicht seine Berichterstattungspflicht mit ein paar Worten abschuntpflegte, und ebenso dürrig gestaltete sich die Debatte über diesen Bericht. Eine gründliche Behandlung dieser Frage ist erst eingetreten, seitdem die Sozialdemokratie wieder eine Vertretung im Landtag besitzt.

Ist aber die sozialdemokratische Arbeiterschaft die einzige ernsthafte Interessentin an der Gewerbeinspektion, so füllt ihren Organen auch die Pflicht zu, da, wo es nötig scheint, energische Kritik an den sich zeigenden Mängeln zu üben. Und an diesen Mängeln fehlt es gerade in Sachsen nicht. Die in früheren Jahren an den Jahresberichten der sächsischen Gewerbeinspektion geübte Kritik bewegte sich in der Hauptfache nach zwei Richtungen: einmal wurde ihr spätes Erscheinen gerügt, dann aber auch — und das ganz besonders — ihre sozialpolitische Dürftigkeit. Was zunächst den ersten Punkt betrifft, so muß dieselbe Ausstellung auch in diesem Jahre wieder gemacht werden. Während beispielweise der badische Bericht schon im Monat Februar vorlag und selbst der so umfangreiche preußische Bericht bereits seit Monaten in der Presse besprochen ist, kommt die sächsische Gewerbeaufsicht erst jetzt, im September, nachgehinkt. Dabei würde es ganz verkehrt sein, wenn man annehmen wollte, daß nun wenigstens der Inhalt einigermaßen im Verhältnis stände zu der auf seine Herstellung verwendeten Zeit. Das ist ganz und gar nicht der Fall. Nach wie vor besteht der sächsische Jahresbericht in der Hauptsache in einer Ansammlung von statistischen Zahlenangaben und fann, was seinen sozialpolitischen Wert betrifft, nicht entfernt einen Vergleich aushalten mit seinen süddeutschen Geschwistern. Man darf wirklich gespannt sein, ob dieser wenig rühmliche Zustand sich, wie versprochen, unter der Regie des in diesem Jahre neu angestellten Zentralgewerbeinspektors bessern wird.

Der Jahresbericht für 1911 enthält als bemerkenswerte Bereicherung neben einer die wichtigsten Zahlenangaben zusammenfassenden Einleitung 22 graphische Tabellen, die die Entwicklung der industriellen Berufstätigkeit in Sachsen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung und der Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsorgane darstellen. Die Zeichnungen bilden die verklärte Wiedergabe von Tabellen, die auf der Internationalen Hygieneausstellung zur Vorführung gelangten. Die wichtigsten Angaben daraus seien hier angeführt. Die sächsische Gesamtbevölkerung stieg von 3 015 000 im Jahre 1882 auf 4 622 000 im Jahre 1907 (1910 = 4 800 000), das sind 53,3 Prozent. Dagegen wuchs die Zahl der in gewerbsmäßig Betrieben hauptberuflich tätigen Personen in demselben Zeitraum von 794 000 auf 1 588 000, das sind genau 100 Prozent. Die ständig wachsende Bedeutung der Industrie für das sächsische Erwerbsleben erhellt die Tatsache, daß während 1882 in den „gezählten“ (d. h. der Gewerbeaufsicht unterstellten) Betrieben nur 291 000 Arbeiter beschäftigt waren, diese Zahl bis 1910 auf 736 000 angewachsen war. Sind in diesem 28jährigen Zeitraum auch die Grundsätze, nach denen die Unterstellung der Betriebe unter die staatliche Gewerbeaufsicht erfolgt, nicht völlig die gleichen geblieben, so gibt die Zunahme der Arbeiterzahl um 153 Prozent doch ein wenigstens annäherndes Bild von der Industrialisierung Sachsen. (Die handwerksmäßigen Betriebe ohne motorische Kraft oder mit 10

oder weniger Arbeitern unterstehen bekanntlich nicht der Kontrolle der Gewerbeaufspection, ebensowenig die Handelsbetriebe.) Interessant ist, daß im Jahre 1910 das Prozentverhältnis der erwachsenen männlichen (das ist über 16 Jahre alten) Arbeiter, gemessen an der in gezählten Betrieben beschäftigten Gesamtarbeitschaft, das gleiche war wie 1882, nämlich 60 Prozent. Dieser prozentuale Anteil hatte sich bis 1899 nahezu konstant zugunsten der erwachsenen Männer verschoben, und zwar bis zu 63,3 Prozent. Von 1900 an aber ist dieses Verhältnis fast ebenso ständig wieder gesunken, während der Anteil der erwachsenen weiblichen Arbeitschaft von 28,7 auf 31,4 Prozent gestiegen ist. Voraussichtlich wird diese Verschiebung, besonders infolge des starken Vorherrschens der Textilindustrie Sachsen, sich in Zukunft noch weiter in der gleichen Richtung vollziehen, wenn sie auch in Zeiten günstiger Konjunktur zeitweilig ins Stocken gerät. Das Kapital zieht eben die billiger weibliche Arbeitskraft der teureren männlichen bei weitem vor und wird an ihrer stärkeren Heranziehung nur durch die zahlenmäßige Begrenzung der weiblichen „Hände“ beschränkt.

Am 1. Mai des Berichtsjahres, dem Termin der alljährlich vorgenommenen Arbeiterzählung, waren der sächsischen Gewerbeaufspection 30 623 (im Vorjahr 28 929) Anlagen mit mehr als 10 Arbeitern oder diesen Anlagen durch § 154 der Gewerbeordnung gleichgestellte Betriebe (in der Hauptsache Motorbetriebe) unterstellt. In diesen Betrieben waren 757 518 Arbeiter (im Vorjahr 735 925) beschäftigt. Außerdem waren noch 13 748 (14 280) kleinere Betriebe mit 36 777 (37 441) Arbeitern vorhanden, für die der Bundesrat besondere Schuhvorschriften erlassen hat und die deshalb ebenfalls von den Gewerbeaufsichts- oder vertretungsweise von Polizeibeamten zu kontrollieren sind. Der Rückgang in der letztgenannten Kategorie ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß mit der wachsenden Bedeutung der Elektrizität als Kraftspenderin (Ueberlandzentralen) die Zahl der Betriebe, die Motoren verwenden, immer mehr zunimmt. Besonders kommen hier Bäckereien und Fleischereien in Frage, die dann aus der zweiten Gruppe der Anlagen in die erste hinüberwechseln und dort mitgezählt werden. Von den Aufsichtsbeamten in der Kreishauptmannschaft Bauzen wird als weiterer Grund auch die angebliche Tatsache mit angeführt, daß im Malergewerbe und in Betrieben, in denen Malerarbeiten im Zusammenhang mit einem andern Gewerbe ausgeführt werden, Bleifarben des öfteren nicht mehr oder nur noch gelegentlich verwendet wurden, infolgedessen diese Betriebe ausgeschieden. Bestätigt sich diese Beobachtung, dann würde sie nur zu begrüßen sein, da die Verwendung der giftigen Bleifarben bekanntlich die Ursache von schweren Erkrankungen ist, die zu schweren Lähmungen und oft zum frühen Tode führen.

Von den fabrikmäßigen Betrieben entfielen 1911 allein 6908 oder 22,6 Prozent mit 246 069 oder 32,5 Prozent der Gesamtarbeitschaft auf die Textilindustrie. Diese hat

## Feuilleton.

### Das rote Zimmer.

Schilderungen aus dem Künstler- und Schriftstellerleben.

Bon August Strindberg.

[Nachdruck verboten.]

Olle schüttelte sich wie ein Hund, der einen Saß machen will, und durchschritt den großen Haufen, der ihn mit seinen Bildern musterte.

Der Vorsitzende eröffnete ein kleines Gespräch mit der ersten Bank, und der Sekretär gähnte, ehe er eine Zeitung nahm, um zu zeigen, wie wenig er den Vortrag anzu hören gedachte.

Olle aber stieg auf die Estrade, schloß seine großen Augenlider, faute einmal, um die Zuhörer glauben zu machen, er beginne; als es wirklich still wurde, so still, daß man hören konnte, was der Vorsitzende dem Rittmeister sagte, sing er an:

— Ueber Schweden. Einige Gesichtspunkte.

Und nach einer Pause:

— Meine Herren! Es dürfte wohl mehr als ein unbeständige Annahme sein, daß es die fruchtbare Idee und das kräftigste Bestreben unsrer Tage ist, das kurzichtige Nationalgefühl aufzuhören, das die Völker trennt und sie als Feinde einander gegenüberstellt; wir haben die Mittel gefunden, die man dabei anwendet — die Weltausstellungen und deren Wirkungen — die Ehrendiplome.

(Man sah sich fragend an. — Was ist das für eine Stichfrage? sagte Eriksson. Die kam etwas plötzlich, sonst war es gut.)

— Die schwedische Nation marschiert, wie immer so auch jetzt, an der Spitze der Zivilisation und hat in höherem Grad als irgendeine andre die kosmopolitische Idee fruchtbar gemacht und, wenn man nach Zahlen urteilen darf, bereits tracht ziehen. Wir haben Sinnen in den finnischen Wäl-

sche viel erreicht. Dazu haben ungewöhnlich günstige Umstände beigetragen, und die will ich nun kurz betrachten, um nachher zu etwas Leichterem überzugehen, wie Regierungsform, Grundsteuer und dergleichen.

(— Das wird etwas lang werden, sagte Eriksson und stieß Falt in die Seite; aber er ist lustig.)

Schweden ist, wie jedermann weiß, ursprünglich eine deutsche Kolonie, und die Sprache, die sich bis in unsere Tage hinein ziemlich rein erhalten hat, ist Plattdeutsch in zwölf Dialekten. Dieser Umstand, nämlich die Schwierigkeit, die die Provinzen hatten, um sich einander mitzuteilen, ist ein mächtiger Faktor gewesen, der der Entwicklung des ungewöhnlichen Nationalbegriffs entgegengearbeitet hat. Andre glückliche Umstände haben jedoch einem einsetzigen deutschen Einfluss entgegengewirkt, der einmal so weit gegangen war, daß Schweden eine deutsche Provinz wurde, nämlich unter Albrecht von Mecklenburg. Hierher rechnet ich zuerst die Oberherrschaft der dänischen Provinzen: Schonen, Halland, Bleking, Bohuslän und Dalsland; Schwedens reichste Provinzen werden von Dänen bewohnt, die noch die Sprache ihres Landes sprechen und sich weigern, die schwedische Herrschaft anzuerkennen.

(— Wohin in Jesu Namen will er? Ist er verrückt?)

— Der Schone zum Beispiel betrachtet noch heute Copenhagen als Hauptstadt, und die Schonen bilden im Reichstag die regierungsfreudliche Partei. Ähnlich verhält es sich mit dem dänischen Göteborg, das Stockholm nicht als Reichshauptstadt anerkennt; dort haben jetzt die Engländer die Leitung übernommen und eine Kolonie angelegt. Diese Nation, die englische, fischt vor der Küste und treibt in der Stadt beinahe allen Großhandel während des Winters; im Sommer reisen sie heim und genießen den Gewinn in ihren Villen auf dem schwedischen Hochland. Ganz prächtige Leute übrigens. Die Engländer halten sich auch eine große Zeitung, in der sie ihre eigenen Handlungen loben, ohne gerade fremde zu tadeln.

Dann müssen wir die häufigen Einwanderungen in Be- tracht ziehen. Wir haben Sinnen in den finnischen Wäl-

dern, aber wir haben sie auch in der Hauptstadt, in die sie infolge der heimatlichen politischen Verhältnisse eingewandert sind. In unsern größeren Eisenwerken sind eine Menge Wallonen, die im 17. Jahrhundert hierher gekommen sind und noch heute ihr gebrochenes Französisch sprechen. Es ist bekanntlich ein Wallone gewesen, der die neue Staatsverfassung in Schweden eingeführt hat; und die stammt aus Wallonien. Tüchtige Leute und sehr ehrlieb!

(— Nein, was in des Himmels Namen ist das!) —

Unter Gustav Adolf kam eine Menge schottisches Gesindel her und vermietete sich als Soldaten; darum sind sie auch ins Ritterhaus gekommen. An der Ostküste gibt es viele Familien, die Traditionen an eine Einwanderung aus Livland und den andern slawischen Provinzen pflegen; darum trifft man hier oft rein tatarische Typen.

Ich spreche die Behauptung aus, daß das schwedische Volk auf dem allerbesten Wege war, sich zu entnationalisieren. Schlagen Sie das Wappenbuch des schwedischen Adels auf und zählen Sie dort die schwedischen Namen. Wenn Sie fünfzehn Prozent überschreiten, so können Sie mit die Name abschneiden, meine Herren. Schlagen Sie das Adressbuch aufs Geratewohl auf; ich habe selbst beim Buchstaben G nachgezählt, und von vierhundert Namen waren zweihundert ausländisch.

Was ist die Ursache? Es sind ihrer viele, aber die vornehmsten sind die ausländischen Dynastien und die Erbübertragungskriege. Wenn man nachdenkt, wieviel Schund auf dem schwedischen Thron gelesen hat, so wundert man sich, daß die Nation noch heute so königstreu sein kann. Die Bestimmungen des Grundgesetzes, daß der schwedische König immer ein Ausländer sein soll, muß notwendig auf unser Ziel hinführen, die Entnationalisierung; und das hat sie auch getan.

Doch das Land durch den Anschluß an fremde Nationen gewinnen wird, ist meine Überzeugung; denn etwas verlieren — das kann es nicht, da man nicht verlieren kann, was man nicht hat. Der Nation fehlt ganz einfach die Nationalität; und das hat Tegner schon 1811 entdeckt und

damit gegen das Vorjahr um 1280 Arbeiter zugenommen, trotzdem der Geschäftsgang in einigen Textilzweigen, wie der Buntwarelei und der Wirkwarenbranche, nicht günstig war. In der Kreishauptmannschaft Bautzen ging deshalb die Arbeiterschaft sogar um 792 Personen zurück. Besonderswert ist dabei, daß der Rückgang ausschließlich die erwachsenen männlichen Arbeiter traf; die Zahl der in der sächsischen Textilindustrie beschäftigten Arbeitertinnen über 16 Jahre ging dagegen von 123 142 auf 125 157 und die der Jugendlichen von 22 328 auf 22 706 hinauf. Der Textilindustrie an Bedeutung am nächsten steht die Maschinenindustrie mit 2491 (2372) Betrieben und 121 208 (114 507) Arbeitern, sowie die Industrie der Metallverarbeitung mit 1932 (1754) Anlagen und 61 570 (57 307) Arbeitern.

## Britischer Gewerkschaftskongress.

Tillett bestreitet in seiner Erwiderung, daß seine Resolution das obligatorische Schiedsgericht vorschlage. Seit zwölf Jahren warne er den Kongress, daß die herrschenden Klassen das obligatorische Schiedsgericht einführen würden und daß der Kongress deshalb seine eigene Forderung aufstellen müsse. Er sei nicht der Mann, der den Streik fürchtet, das zeigt seine Vergangenheit. Er trifft den Nagel auf den Kopf, als er Brace zur Antwort gibt, daß, wenn er, Tillett, hier gärt wie eine Taube, so könne er draußen kämpfen wie ein Löwe, während Brace hier brüllt wie ein Löwe, aber wenn es zum Kampfe kommt, gärt wie eine Taube.

Die Resolution wird darauf mit 1 481 000 gegen 350 000 Stimmen abgelehnt.

Es folgt eine vom Parlamentarischen Komitee besonders eingebrachte und überaus wichtige Resolution, die gegen die Praktiken der Prudential-Versicherungsgesellschaft protestiert, die im Komplott mit den Unternehmern die Arbeiter einschließen und terrorisieren, um sie zu veranlassen, die Prudential zum Träger ihrer staatlichen Sozialversicherung zu machen und sie den Gewerkschaften zu entziehen. Die Ausmerksamkeit und die Erregung, mit der die Frage diskutiert wurde, zeigte deutlich, daß die Arbeiter hier eine Lebensfrage erkannten. Der liberale Abgeordnete Ward begründet die Resolution. Der Aufstand sei ein Skandal. Das Gehebe, das angestunden der Arbeiter geschaffen worden sei, soll nur dazu dienen, Profit in die Tasche einer kapitalistischen Unternehmung zu bringen. Von den 18 Millionen verlängerungspflichtigen Arbeitern sollen sich höchstens nicht weniger als 8% Millionen der Prudential angeschlossen haben. Nun hat die Prudential gestern noch vom Gericht die Ermächtigung erhalten, die staatliche Versicherung an Stelle der Mitglieder selber direkt durch die Company verwahren zu lassen.

Gedankt hasträubende Enthüllungen mache Jones, der Delegierte der Versicherungsagenten. Die Organisation der Agenten sei unschuldig. Sie habe sogar an ihre Mitglieder ein Birkular verfaßt, Gewerkschaftsmitglieder nicht zum Beitrag zur Prudential aufzufordern. Die Praktiken der Prudential sind eine flagrante Verletzung des Gesetzes. Von Selbstverwaltung könne keine Rede sein. Die Prudential hat sechs verschiedene Vereinigungen zur Durchführung des Gesetzes, aber nur ein Komitee von 10 Mitgliedern. Alle sind Angestellte der Company und nur einer von ihnen ist eine verlängerungspflichtige Person. Das Komitee ist bis Mitte 1918 gewählt (!), nem Mitglieder sogar für unbeschränkte Zeit, die andern können immer wieder gewählt werden. Der Kongress müsse eine sofortige amtliche Untersuchung dieser Praktiken fordern.

Dieser Vorschlag wird der Resolution einverlebt und dann einstimmig angenommen.

Smillie begründet eine Beileidsresolution für die Hinterbliebenen der in der französischen Grubenkatastrophe umgekommenen Arbeiter. Präsident Thorne begründet eine Resolution, die den russischen Arbeitern Sympathie in ihrem Kampfe gegen die Autokratie darbringt und ihnen einen erfolgreichen Wahlkampf wünscht.

Es folgen dann die Ansprachen der „brüderlichen Delegierten“. Die American Federation of Labor hat zwei Delegierte entsendet, Ramsey Macdonald ist von der Arbeiterpartei delegiert, Appleton vom Gewerkschaftsverbande, ein Delegierter von der Cooperative Union und Rossini Rollontay von Russland.

Der Kongress nahm ferner folgende beachtenswerte Resolution einstimmig an:

Dieser Gewerkschaftskongress drückt den russischen Genossen in ihrem harten Kampfe seine Sympathie aus, protestiert gegen die brutalen Mittel, mit denen die russische Regierung versucht, die wachsende Solidarität der Arbeiter, wie sie in ihren Organisationen zum Ausdruck kommt, zu erdrücken, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß bei den kommenden Wahlen zur vierten Duma die Macht der Reaction besiegt und eine starke Arbeitervertretung gewählt wird, um den Kapitalismus und die Autokratie zu stürzen.

In der Nachmittagssitzung beschäftigte sich der Kongress hauptsächlich mit einer Reihe von Resolutionen über den Achtstundentag, das Wohnungswesen und andere Punkte, die nur eine Wiederholung der seit Jahren vorgebrachten Forderungen darstellten.

— Ich bitte, die Versammlung zur Ordnung rufen zu dürfen! (Ausrufe der Vorsitzende.)

— Kann man sich wohl eine höhere Dummheit bei einer Nation denken, als vom Ausland das Dichten zu lernen? Welche Ochsen, die eintausendsechshundert Jahre hinterm Pfug hergehen können und nicht auf die Idee kommen, Lieder zu machen!

Dann aber kam da ein lustiger Bruder vom Hof Karls XI. und vernichtete das ganze Entnationalisierungswerk. Früher schrieb man deutsch, jetzt aber sollte schwedisch geschrieben werden. Ich bitte die Herren darum, mit mir in den Ruf einzustimmen: Nieder mit dem dummen Hund Georg Stjernholm!

(Wie hieß er? — Edvard Stjernström!) Der Vorsitzende schlägt mit dem Hammer auf den Tisch. Unruhe. „Es ist genug! Nieder mit dem Verräter! Er hänselt uns!“)

— Die schwedische Nation kann nur schreien und rauschen, das höre ich. Und da ich nicht fortfahren darf, um auf die Regierung und die königlichen Zinsgläser zu kommen, so möchte ich nur sagen, daß solche servile Lümmel, wie ich sie heute abend gehört habe, für die Alleinherrschaft reif sind. Und ihr werdet sie bekommen! Verlaßt euch darauf! Ihr werdet die Absolutie bekommen!

(Ein Stoß von hinten warf dem Redner, der sich am Rednerstuhl festhielt, die Worte aus dem Hals.)

— Und ein undankbares Geschlecht, das nicht die Wahrheit hören will . . .

(„Jagt ihn hinaus! Reicht ihn in Stücke!“)

Olle wurde von der Estrade geworfen; aber noch im letzten Augenblick schrie er wie ein Wahnsinniger, während er Hiebe und Stöße empfing: „Es lebe Karl der Zwölftel! Nieder mit Georg Stjernholm!“

\* Stjernholm wird als der Begründer der schwedischen Dichtung — gegenüber der lateinischen des Mittelalters — angesehen. (Fortsetzung folgt.)

## Der Syndikalismus.

Die wichtigste Debatte des Tages und des ganzen Kongresses war die, die sich über eine Resolution des Parlamentarischen Komitees entspann. Die Resolution lautete:

Der Kongress bestätigt aufs neue seine Unterstützung der unabhängigen politischen Aktion der Arbeiterklasse als Hilfsmittel im wirtschaftlichen Kampf für eine gerechte Verteilung des produzierten Reichtums, und verlangt auch einen größeren Anteil an der nationalen und lokalen Vertretung angehängt der beständig fortwährenden Zentralisation sozialer und wirtschaftlicher Fragen in den Händen der Regierung und der lokalen Behörden.

Seddon (Ladenangestellte) begründete die Resolution im Namen des Parlamentarischen Komitees und führte aus: Das Parlamentarische Komitee hatte die Pflicht, eine derartige Resolution einzubringen, um in bezug auf eine gewisse Propaganda der letzten Monate Klarheit zu schaffen. Der Erfolg der Arbeiterpartei im Jahre 1906 veranlaßte viele Leute, zu glauben, daß die Gewerkschaften ausgespielt hätten. Gestern hat die Aktion eingefestigt und die Enthusiasten, die zu viel von der parlamentarischen Aktion einer kleinen Partei hofften, sind verzagt und befürchten den Generalstreik, die Taktik des Syndikalismus.

Der Syndikalismus ist die Politik der Verzögteren, der in ihm zur Erscheinung kommt, und er ist dem sozialen Geiste, der unter der Bewegung beherrscht, fremd. Wir können die politische Macht nicht in den Händen der Verbündeten lassen. Wir haben nicht nur politische Interessen zu Hause, sondern auch im Auslande. Gegenwärtig haben wir den revolutionären Minister des Äußeren, den England se gehabt.

Es muß die Aufgabe unserer Vertreter im Parlament sein, einen entscheidenden Einfluss auf die gegenwärtige Politik zu erlangen, um einen dauernden Frieden und herzliche Freundschaft zwischen den Völkern herzustellen. Es ist nicht wahr, daß uns die politische Aktion nichts genügt hat. Ich erinnere nur an das Pensionsgesetz, an die Einziehung der Dienstboten und Angestellten in das Unfallentschädigungsgebot, Maßnahmen, die direkt den Anstrengungen unserer Vertreter geschuldet sind. Wenn nicht mehr erreicht wurde, so liegt das an dem Verhalten der Arbeiter selbst, die Liberale und Tories ins Parlament schicken anstatt ihre eigenen Vertreter. Das beste Mittel, um auf politischen Gebieten mehr Erfolge zu erzielen, ist die Verstärkung der Arbeitervertretung, bis diese schließlich die Volksvertretung beherrscht.

Sexton (Doktorarbeiter, Parlamentarisches Komitee): Die Ideen des Syndikalismus werden von jungen Leuten propagiert, die es eilig haben. Diese Elemente sind in jeder Bewegung nötig. Aber ich möchte doch unsre jungen Freunde fragen, womit sie die unabhängige politische Aktion der Arbeiterklasse im Parlament ersehen wollen. Sie sprechen von der direkten Aktion, vom Syndikalismus. Nach meiner Ansicht könnten die Gewerkschaften von den Produktionsmittel nur Besitz ergreifen, indem sie physische Gewalt anwenden. Aber um Gewalt anwenden zu können, müssen wir erst die Mittel dazu besitzen. Diese können wir uns aber nur auf konstitutionellem Wege verschaffen.

Naylor (Buchdrucker): Als Gewerkschaftsvertreter bin ich vor der Macht und Willkür des Streiks überzeugt. Können wir, wenn wir logisch sein wollen, langen, daß ein Streik der gesamten Gewerkschaften wirkamer sein wird als ein teilweise Streik? Die politische Bewegung darf die Hilfe, die ihr durch die wirtschaftliche Aktion werden kann, nicht außer acht lassen. Ich bin weder Syndikalist, noch ein junger Mann, der es eilig hat. Ich glaube jedoch, daß wir auf politischem Gebiet nicht die Fortschritte gemacht haben, die wir hätten machen können. Die Bergarbeiter mußten mehr als 20 Jahre agitieren, um den gesetzlichen Achtstundentag zu erreichen.

Ablett (Bergarbeiter): Die von dem Parlamentarischen Komitee eingebrachte Resolution ist höchst unbestimmt abgefaßt, so daß fast jedermann für sie stimmen kann. Auch die Syndikalisten und industriellen Unionisten, zu denen ich mich zähle, sind nicht gegen jede politische Aktion. Sie können keinerlei Beweis für die gegenwärtige Behauptung belbringen. Wir sind nur der Ansicht, daß die Aktion unsrer Vertreter im Parlament destruktiv sein sollte. Wir wollen diesen Gewerkschaftskongress zum Parlament des Landes machen. Wenn man und junge Leute, die es eilig haben, nennt, könnten wir gut antworten, daß die Gegenpartei aus politischen Methoden besteht, die nur abgetane Resolutionen dreheln können.

Turner (Ladengeschäft): Diese geschickt abgesetzte Resolution läßt zu keiner Entscheidung über die Frage des Syndikalismus kommen. Die große Masse der Arbeiter glaubt noch an die politische Aktion, wie sie noch so manchen andern Überglauen huldigt. Was die politische Aktion der Arbeiterklasse nützt, sehen wir in Australien. Dort, wo die Arbeiterpartei am stärksten ist, ist es ihr noch nicht gelungen, eine einzige ihrer Grundprinzipien durchzusetzen. Dort hat die Arbeiterpartei gar die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Ich bin bereit, unsrer Vertreter im Parlament zu unterstützen, aber unser Hauptkampf ist wirtschaftlicher Natur.

Parlamentsmitglied Howard (Buchdrucker): Bis jetzt hat noch niemand gegen die Resolution gesprochen. Wenn wir nicht mehr geleistet haben, so kommt das daher, daß wir im Parlament noch zu schwach sind. Gehen Sie und organisieren Sie in den Wahlkreisen, dann wird es bald anders werden. Ich bin ein Gegner des Generalstreiks. Die meisten Leute verstehen nicht, wie groß die Widerstandsfähigkeit der bestehenden Klassen noch ist. Mit dem Londoner Streik vor Augen will man vom Generalstreik als der Politik der Gewerkschaften sprechen. Wenn der letzte Streik etwas

bewiesen hat, so hat er gezeigt, daß es für die Arbeiter wert vorteilhafter gewesen wäre, wenn ein Teil von ihnen gekämpft hätte.

Abgeordneter Grace (Südwäldische Bergarbeiter) erklärt, daß Ablett weder im Namen des Südwäldischen Bergarbeiterverbandes, noch weniger im Namen des Britischen Bergarbeiterverbandes gesprochen habe, sondern nur seine eigene persönliche Ansicht vertrete. Er, Grace, sei der offizielle Vertreter des Bergarbeiterverbandes. Die Arbeiter können unmöglich ohne eigene Vertretung im Parlament auskommen. Die Bergarbeiter hätten den Achtstundentag schon längst auf dem Wege der direkten wirtschaftlichen Aktion erungen können, aber da sie wußten, daß eine solche Errungenschaft schon bei dem nächsten Abschluß des Marktes wieder verloren gegangen wäre, haben sie lieber gewartet, bis es ihnen gelang, auf parlamentarischem Wege ein Achtstundengesetz zu erobern.

Stuart (Postbeamter): Was auch der Syndikalismus in anderen Ländern bedeuten möge, in Großbritannien ist er zum größten Teil nichts anderes als ein Protest gegen die Untätigkeit der Arbeiterpartei. Die Resolution werde wohl einstimmig angenommen werden, aber deswegen werden gewisse Arbeiterabgeordnete doch nicht anstreben, von überalen Tribünen herab zu reden.

Havelock Wilson (Seemann), ein früherer liberaler Abgeordneter, der, wie aus den früheren Debatten erinnerlich, gegen die Bildung eines Osborne-Kreises und für das obligatorische gewerbliche Schiedsgericht gesprochen hat, bekannte sehr unterdrückt unter der Brüderlichkeit, der er sowohl Syndikalist wie auch Parlamentarier sei, und gegen die Resolution stimmen werde. Auf Sektion 36e erwidert er, daß die Liverpooler Doctor durch die südwäldische Aktion der Seeleute im vorigen Jahre Tausende von neuen Mitgliedern gewonnen haben. Gewisse Sozialisten haben Jahraus, Jahraus gepredigt, daß die gewerbliche Aktion ausgespielt habe und nur noch die parlamentarische Aktion gehe. Das tut heute noch der sozialistische Abgeordnete Snowdon. Schon um dagegen zu protestieren, werde er gegen die Resolution stimmen.

Howard (Buchdrucker): Was für südwäldische Bergarbeiter, ein Anhänger Ablett's, hält es für fraglich, ob es eine unabhängige Arbeiterpolitik gibt, die unsre Unterstützung verdient. Die Arbeiterpartei habe niemals einen wirklichen Kampf im Parlament unternommen. Unsre parlamentarische Arbeit müsse destruktiv und nicht konstruktiv sein.

Friedrich (Buchdrucker) meint, daß die Sozialisten jemals die gewerbliche Aktion für unvollständig erklärt haben. Er ist für politische Aktion, müsse aber sagen, daß die Arbeiterfraktion mehr hätte tun können.

Ressack (Liverpooler Doctor) hält eine sehr eindrucksvolle Rede gegen die Gegner der Resolution. Havelock Wilson erklärt sie für einen Syndikalisten und verlangt dann von uns, daß wir den Syndikalismus für ihn definieren. Der Liverpooler Doctor hält absolut nichts mit Syndikalismus an zu geben. Der Syndikalismus wird von Leuten gepredigt, die alle Hoffnung ausgegeben haben, ins Parlament hinein oder wiederhineinzukommen. Die Syndikalisten selber kommen vor das Unterhaus, damit diese oder jene Vorlage durchgebracht werde. Stuart redet sehr revolutionär; als er, Ressack, aber nach Schottland kam, um Stuarts Parlamentskandidatur zu unterstützen, da wurde er von Stuarts offiziellen Agenten am Bahnhof empfangen und gewarnt, ihnen nur mit sozialistischen Agitationssreden vom Velde zu bleibend. Wir müssen uns eben damit abfinden, daß der Erfolg langsam und der Kampf schwer ist.

Willis (Maurer) sagt, daß seine Organisation für die politische Aktion sei, sich für den „industriellen Unionismus“ ausgesprochen und die Verschmelzung aller Bauarbeiterorganisationen beschlossen hat.

Smillie (Bergarbeiter) gibt die anscheinend sehr notwendige Auklärung, daß Syndikalismus und gewerbliche Centralisation zwei ganz verschiedene Dinge sind. Nicht nur die Männer und Bauarbeiter, sondern alle Gewerkschaften erkennen die Notwendigkeit der letzteren an. Im übrigen hätte er von den Syndikalisten gern eine klare Darstellung dessen gehabt, was Syndikalismus eigentlich bedeutet. Der Bergarbeiterstreik kam dem Generalstreik näher als irgendeine frühere Aktion in England. Aber ist der Kapitalismus geschlagen worden? Nur unsre eigenen Leute haben gehungen, vor allem die Arbeiter anderer Kategorien, die durch den Streik in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Kapitalisten aber schienen es sich trotz dem Streik ganz gut gehen zu lassen. Wäre es zu Straßenkämpfen gekommen, dann wären es wieder die Arbeiter gewesen, die niedergeschossen worden wären. Es sei auch nicht mit allen zufrieden und halte den Fortschritt auch für zu langsam. Aber er müsse aufs schärfste gegen die Behauptung protestieren, daß die Arbeiterpartei niemals ihre Pflicht getan habe. Namentlich ein Bergarbeiterdelegierter, der den leichten Streik durchgemacht hat, sollte sich schämen, so etwas zu sagen. Die Arbeiterpartei war der einzige Freund, den die kämpfenden Bergarbeiter im Unterhause hatten. Die Arbeiterfraktion stellte sich den Bergarbeitern vollständig zur Verfügung und trat auf deren Wunsch selbst für Dinge ein, die die Arbeiterabgeordneten persönlich für unrichtig hielten. Die Arbeiterfraktion hätte unmöglich richtiger oder entschiedener vorgehen können, und sowohl die nationale Bergarbeiterkonferenz wie auch Tausende von Bergarbeiterversammlungen im Lande haben der Arbeiterpartei dasalit ihren Dank gezollt.

Nach der Erwiderung Seddon erfolgt die Abstimmung. Für die Resolution sind 1 993 000 Stimmen, dagegen 48 000; die Resolution ist also mit einer Mehrheit von 1 645 000 Stimmen angenommen.

## Schlussfassung.

Newport, 7. September.

In der kurzen Schlusssitzung gab das Versicherungsgesetz dem Parlamentarischen Komitee zum drittenmal zur Einbringung eines Dringlichkeitsantrages Auffahrt. Die Versicherungskommission hat die Welt mit einem Birkular bedacht, worin der 18. September als letzter Einspruchstermin gegen das Birkular über Mitgliederübertragungen bestimmt, also derselbe Tag, auf den der Kongress eine Spezialkonferenz über diesen Gegenstand bestimmt hat. Bill Thorne schlug deshalb vor, die Konferenz einige Tage früher abzuhalten; dem wurde jedoch von Smillie (Bergarbeiter) widersprochen, mit der Begründung, daß dies des Kongresses unwürdig sei, und daß dieser keinen Humbug mit sich treiben lasse dürfe. Thornes Antrag wurde darauf mit großer Mehrheit abgelehnt.

Nach kurzer Debatte wird eine Resolution angenommen, die erklärt, daß die Zeit gekommen ist, wann organisierte Arbeiter sich weiteren sollen, mit unorganisierten zusammenzuarbeiten. Der Antrag der Resselschmiede, den Gewerkschaftskongress mit der Arbeiterpartei zu verschmelzen, wird mit großer Mehrheit abgelehnt, nachdem Smillie im Namen der Bergarbeiter erklärt, daß diese den Vorschlag zwar im Prinzip zustimmen, sich aber nicht auf den von den Resselschmieden ausgearbeiteten Plan festlegen können.

Zum Präsidenten des nächsten Kongresses wird W. D. Davies (Metallarbeiter) gewählt. Der nächste Kongress findet in Manchester statt. Die Tagesordnung des Kongresses ist erschöpft. Es folgen verschiedene Dankesreden. Dem Präsidenten Bill Thorne, der noch allgemein Empfinden der geschicktesten und unparteiischsten Präsident gewesen, der jemals einen britischen Gewerkschaftskongress geleitet hat, wird die große Präsidentenloge mit einer passenden Anschrift überreicht, weil sie während der ganzen Tagung kein einziges Mal benötigt zu werden brauchte.

## 10. Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins.

r. Berlin, 10. September.

### Zweiter Verhandlungstag.

Am Dienstag sprach Redakteur Albrecht über: Der Kampf um unsere Rechtszugehörigkeit.

Der mit dem 1. Januar 1910 in Kraft getretene neue § 154 der Gewerbeordnung bringt in seinem für die Gärtner in Betracht kommenden Teile eine indirekte Anerkennung der Gärtner als Gewerbe. Diese indirekte Anerkennung der Gärtner als Gewerbe

ist aber keine zweifelsfrei, das heißt, es ist zu befürchten, daß an entscheidenden Stellen bei Verwaltungsbüroden und in der Rechts-  
pflege diese Aussicht nicht allgemein Geltung erlangen wird. Der Vorstand mußte sich deshalb bemühen, daß Behörden und Gerichte (im besonderen Gewerbegericht) sich diese indirekte Anerkennung zu eigen machen.

Die Debatte über diesen Punkt war nur kurz, jedoch im zu-  
stimmenden Sinne gehalten.

Zu der technischen Umgestaltung des Verbandsorgans sprach Redakteur Ulrich, der eine ganze Reihe Vorschläge ausführlich begründete. Da die Vorschläge nicht gebracht vorliegen, wurde die Debatte ausgesetzt.

Der Vorsitzende Busch referierte dann über Lohnkämpfe und Tarifbewegung.

In der ausgleichigen Debatte gaben die Redner Situations-  
berichte ihrer Filialen.

folgende Beschlüsse wurden gefasst:

Dem Streikreglement wird angegliedert:

Der Eintritt in eine Lohnbewegung kann durch den Vor-  
stand einer Ortsverwaltung beschlossen werden.

Vor der Abstimmung müssen die Bestimmungen des Streik-  
reglements verlesen werden.

Dem Streikreglement hinzugefügt: "Die zu den  
neuen Bedingungen arbeitenden Mitglieder haben pro Wochentag  
einen Wochenbeitrag als Extrabetrag während der Dauer des  
Streiks zu zahlen."

Nächste Resolution wurde ebenfalls einstimmig an-  
genommen:

Die Generalversammlung beauftragt den Hauptvorstand, mit  
der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission in Verbin-  
dung zu treten, um die Organisationen, die am Kampf gegen den  
Kost- und Logiszwang beteiligt sind, zu veranlassen:

1. Material zu sammeln zu gemeinsamen Eingaben an die ge-  
sagten Körperschaften.

2. Die Frage zu prüfen, ob es möglich ist, eine Ausstellung zu  
veranstalten, um auf diese Weise weitere Kreise der Bevölkerung auf  
die Misstände aufmerksam zu machen."

Mit der Wahl einer Kommission zur Durchberatung der Vor-  
schläge zum Punkt Presse, wird die Verhandlung auf Mittwoch früh  
veragt.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Scharfmacherdividenden.

Bei der Hege der Scharfmacher gegen das Koalitionsrecht spielt die Behauptung von der Bedrohung der Existenzfähigkeit unserer Industrie eine große Rolle. Die durch "Streiter-  
ror erpreßten Löhne" sollen die Konkurrenzfähigkeit "unserer Industrie" auf dem Weltmarkt untergraben! Das ist ein völlig hältloses Argument. Bewiesen wird das schon durch die im Reichsamt zusammengestellten Geschäftsergebnisse Deutscher Aktiengesellschaften. Danach betrug die von 3823 Gesellschaften mit rund 13 Milliarden Mark dividendenberechtigtem Aktienkapital für das Jahr 1910/11 verteilte Dividende 1183 Millionen M., oder 8,09 Proz. Diese Durchschnittsdividende überragt die vorjährige um 0,33 Proz. und stellt zweifellos eine sehr respektable Verzinsung dar. Nun geht aber noch bei den Gewerben, aus denen das lauteste Scharfmachergetöse erschallt, wo man am beweglichsten über den Rücken deutscher Industrie klagt, die erzielte Dividende teilweise ganz erheblich über den Durchschnitt hinaus. Bekanntlich stellen die Großindustrien, vornehmlich solche, die Rohmaterial liefern, für das man den Weiterverarbeitern dank unserer vortrefflichen Zoll- und Steuerpolitik die höchsten Preise abträgt, das Hauptcharfmachertum. Dass nun aber gerade die von diesen vertretenen Industriegruppen keine Ursache haben, über mangelnde Rentabilität zu klagen, beweist folgende Ausstellung. Die von den Dividenden verteilenden Gesellschaften ausgeschütteten Beträge eben Dividenden in Prozenten:

Industriegruppen:	1909/10	1910/11
Sämtliche Industrien	7,76	8,09
Erzbergbau	6,91	8,22
Hüttenbetriebe	8,86	9,28
Steinkohlenbergbau	8,55	9,02
Braunkohlenbergbau	10,14	9,99
Gemischte Werke	8,98	9,95
Glasfabriken	10,68	11,88
Chemische Industrie	14,86	15,45
Textil- und Gummi-Industrie	9,71	10,58
Baugewerbe	8,28	12,13

Nur der Braunkohlenbergbau mußte sich für 1909/10 mit einer geringeren als der Durchschnittsdividende begnügen, sonst steht der von den ausgeführten Gewerbegruppen erzielte Gewinn über dem Durchschnitt. Es handelt sich fast durchweg um gut fakturierte Gewerbe, die von ihren Abnehmern planmäßig hohe Preise erpreßt und dann über die Vereuerung der Produktion durch hohe Löhne klagen. Damit will man die Aufmerksamkeit von dem eigenen gefährlichen Treiben ablenken und gleichzeitig auch eine schärfere Knebelung der Arbeiter erlangen, die eine noch lukrativere Plausmacherei gestatten soll. Die aus den Gewinnen aller Unternehmen sich ergebende Durchschnittsdividende rechtfertigt schon keine Klage über mangelnde Rentabilität, noch viel weniger geben dazu die von den Scharfmachern ergatterten Gewinne Unlaß.

### Leipzig und Umgebung.

Achtung, Maurer, Bauhilfsarbeiter und Zimmerer! Am Neubau des Unternehmers Schubert in Durasbach, Staatsstraße, haben die Kollegen zweimal keinen Lohn erhalten. Der Bau ist deshalb gesperrt. Da der Unternehmer Schubert sucht Leute zu erlangen, wird vor Arbeitsannahme gewarnt.

Deutscher Bauarbeiterverband, Filiale Leipzig.  
Verband der Zimmerer, Filiale Leipzig.

### Deutsches Reich.

#### Wie steht's mit jener Lothringen?

Wie erinnerlich, hatte die jüdische Lothringen mit grohem Trara aufländigen lassen, sie werde gegen die Redner in den Bergarbeiter-  
versammlungen, namentlich gegen den Genossen Löffler, den Staats-  
anwalt mobil machen. Die betreffenden Redner hatten sich be-  
kanntlich entblößt, von den Ursachen der schrecklichen Explosion, die  
über hundert Bergarbeiterleben forderte, eine andre Meinung zu haben, als die offiziell verkündete. Am Tage nach dem Unglück war bekanntlich der Kaiser auf der Zeche erschienen und der Berg-  
rat Dobbelstein hatte ihm in bestimmtster Form eine Stelle in einem  
Querschlag als den Herd der Explosion bezeichnet, und zwar sollte  
verbündigt mit Dynamit gesprengt werden, bevor die Arbeits-  
stelle frei von Wettbewerben war. Unter Bochumer Parteiblatt zweifelt sofort die Zuverlässigkeit dieser Feststellung an. Es macht geltend,  
daß nach Lage der Dinge um jene Zeit ein solch bestimmtes Urteil  
über den Herd der Explosion unmöglich schon abgegeben werden  
konnte. Es erhob vor allem Bedenken gegen die Methode, sich dem  
Kaiser gegenüber in der Frage der Ursache festzulegen. Mit Recht  
wurde die Frage aufgeworfen: Wie, wenn die Ursache dennoch in  
anderen Umständen zu suchen ist?

Seitdem ist die Untersuchung stetig weitergeführt worden, oder  
richtiger: sie hat nach dem Besuch Wilhelm II. erst begonnen.  
Wird auch über das bisherige Resultat stillschweigend beobachtet —  
ein Umstand, der gegenüber der Fristigkeit, mit der man schon am  
Tage nach dem Unglück sich gegenüber dem Träger der Krone auf  
das Bestimmteste mit einem abschließenden Urteil aufzuhalten konnte,  
sehr auffallen muss —, so steht doch längst fest, daß die Anklage des  
Bergrats Dobbelstein völlig leerig war. Die in der großen Bochumer  
Protestversammlung aufgestellte und in der Arbeitspresse wieder-  
holte Behauptung, daß die Explosion nicht an der angebauten Stelle  
und nicht auf angegebene Weise zustande gekommen, ist von der  
berichtigungslustigen Becherverwaltung bisher unbestritten geblieben.  
Die Tatsache, daß die Opfer in der Nähe der angeblichen Explosion  
völlig unverletzt gefunden worden sind, macht die Aufrechterhaltung  
der Dobbelsteinischen Angaben einfach unmöglich. Das völlige  
Schweigen über das bisherige Resultat der eingehend betriebenen  
Untersuchungen ist aber so bezeichnend, daß man gewiß auf Über-  
raschungen gefaßt sein darf. Bestärkt wird diese Annahme auch  
durch die Tatsache, daß die mit einer Klage bedrohten Redner in  
den Bergarbeiterversammlungen bisher von einer Staatsanwalt-  
schaftlichen Aktion noch nichts zu spüren bekommen haben.

### Christliche Augenblicke.

Die christlichen Gewerkschaften betreiben die Sammlung von  
Material zur Begründung neuer Buchausweise mit einem  
Eifer, der die Gelben neidisch macht und die Konkurrenz der  
Scharfmacher schlägt. Das bei diesem Eifer die Wahrheit nicht  
immer auf ihre Rechnung kommt, ist schon so oft nachgewiesen,  
daß man sich allgemein bereinigt schlägt, bei jedem neu vorgebrachten  
Terrorismusfall neun Gehntel als Beigabe christlicher Phantasie  
streichen und den Rest noch stark anzweilen zu müssen. So liegt  
der Sachverhalt auch bei dem schrecklichen Fall, den die christliche  
Gewerkschaftsstimme (Nr. 30) ihren gläubigen Lesern wie folgt  
schildert:

Sozialdemokratische Gewalttherrschaft. In  
der Kunstseidenfabrik in Alsfeld hattent sich einige Kollegen  
unserer Verbände angezogen. Darüber große Entlastung unter  
den sozialdemokratischen Freiheitshelden vom roten Fabrikarbeiter-  
verband. Unsere Kollegen hatten nun alle Freuden der sozial-  
demokratischen Gewalttherrschaft durchzufesten. Sie wurden mit  
Gefangen, Befestigten und Steinen beworfen, die Kleider  
wurden ihnen zerissen, ja dem einen wurde der Hut gestohlen.  
Der Anführer der roten Horde, Baumann, so heißt der Edle,  
drohte einem unserer Kollegen sogar, ihn ins Wasser zu werfen.  
Als alles dies unsern Kollegen nicht von der vorzüglichen  
Wirkung des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes über-  
zeugen konnte, legten die Sozzen einfach die Arbeit nieder und  
erzwangen so die Entlassung unserer Kollegen. Die sozialdemo-  
kratischen Freiheitshelden wurden der Staatsanwaltschaft über-  
geben. Sie werden hoffentlich Gelegenheit bekommen, über die  
Folgen ihrer Gemeinheiten nachzudenken.

Zunächst ist richtigzustellen, daß nicht „unsere“ — also eine  
Mehrheit von Mitgliedern des christlichen Verbandes — entlassen  
worden sind, sondern einer, ein gewisser Kraußler, ist entlassen  
worden. Zum anderen hat niemand die Arbeit niedergelegt,  
um die Entlassung dieses einen Christen zu erreichen, sondern  
er ist freiwillig nach einer Aussprache mit dem Direktor  
gegangen. Zum dritten war nicht der Terrorismus der Mitglieder  
des Fabrikarbeiterverbandes die Ursache dieser Aussprache, sondern  
eine Beschwerde der übrigen Arbeiter darüber, daß R. im Betriebe  
für die christliche Gewerkschaft agitiert, was allen übrigen Arbeitern  
bei Strafe sofortige Entlassung verboten war. Richtig ist, daß  
die christlichen Gewerkschaften den Staatsanwalt mobil gemacht  
haben und daß also die Angelegenheit noch näher untersucht wird.  
Es wird sich ja dann zeigen, ob nur die obligaten neun Gehntel  
an der Geschichte falsch sind.

### Aussperrung in der württembergischen Tuchshuhndustrie.

Nachdem sich die Unterhandlungen bei der Lohnbewegung in  
drei Betrieben der Tuchshuhndustrie in Heilbronn a. N. verschlagen  
haben, weil die Unternehmer seinerlei nennenswerte Zugeständnisse  
machten, den Arbeitern sogar noch Lohnreduktionen und Verlängerung  
der Arbeitszeit bis zu drei Stunden pro Woche zumuteten,  
wollen die Unternehmer zu dem Gewaltmittel der Aussperrung  
greifen. Sie kündigen in Heilbronn, Großgartach, Kirchheim a. N.  
und Lauffen a. N. den organisierten Arbeitern und Arbeitern.  
Ein großer Teil der Unorganisierten erklärt sich solidarisch und  
reichte ebenfalls die Kündigung ein, so daß die Hoffnung der Unter-  
nehmer, mit diesen die Betriebe aufrechtzuhalten zu können, zu  
Bosser geworden ist. zunächst lämen rund 200 Personen in Frage.  
Zuzug nach Württemberg ist streng zu meiden.

Der Lohnkampf in den bremischen Staatsbetrieben, über den  
wir häufig berichtetet, ist auf der ganzen Linie von den beteiligten  
Arbeitern gewonnen worden. Die Deputation für Häfen und Eisen-  
bahnen wollte den ihr unterstellten Arbeitern vom 1. Oktober d. J.  
ab einem Anfangslohn von 8,80 M. pro Tag bezahlen, nach sechs-  
wöchiger Festsitzung sollte der Lohn bis auf 4,00 M. seligen.  
Diesen Plan, die bisherigen Löhne zu verschlechtern, beantragten  
die Arbeiter tatsächlich mit neuen Forderungen. Die Deputation  
hat deshalb die Löhne einer neuen Prüfung unterzogen und be-  
schlossen, vom 12. September ab einen Anfangslohn von 4,10 M.  
pro Tag zu zahlen, nach einem Jahre steigt der Lohn auf 4,20 M.,  
nach 2 Jahren auf 4,40, nach 4 Jahren auf 4,80 und nach 8 Jahren  
auf 4,80 M. Ferner wurden für überstunden, Nacht- und Sonntags-  
arbeit Zusätze gewährt. Also ein voller Erfolg der bremischen  
Staatsarbeiter, den sie nur dem Umstand verdanken, daß sie in  
ihrer überwiegenden Mehrheit im Verband der Gemeinde- und  
Staatsarbeiter organisiert sind.

Ein Erfolg des Gemeindearbeiterverbandes in Augsburg. Bei  
der erstmals nach Inkrafttreten der neuen Arbeitsordnung für die  
städtischen Arbeiter in Augsburg stattgefundenen Wahl des Ar-  
beiterausschusses erzielte der Verband der Gemeinde- und Staats-  
arbeiter einen erfreulichen Erfolg. Von den 20 zu wählenden  
Arbeitervertretern entfielen auf die von ihm aufgestellte Liste 16,  
während die mit der gelben Farbe verkleidung zusammengegangenen  
Christlichen es nur auf 12 Vertreter brachten. Außerdem wurden  
zwei Unorganisierte gewählt.

Achtung, Schuhmacher! Zum Streik bei der Firma Goldschmidt u. Sohn in Frankfurt a. M. ist noch mitzuteilen, daß die  
Firma, nachdem sie in Frankfurt und Umgebung mit der An-  
werbung von Arbeitswilligen kein Glück hatte, den Verlust  
macht, von auswärts solche zu bekommen. Bei der Anwerbung  
wird den Leuten gesagt, daß kein Streik bei der Firma sei. Kein  
Arbeiter falle auf diese Rederei hin ein, der Streik dauert unver-  
ändert fort.

### Ausland.

#### Zur Beendigung des französischen Seemannsstreiks.

Über den Ausgang des französischen Seemannsstreiks schreibt  
P. B. Paris unter dem 4. September: Nach fünfundsechzigtagiger  
Dauer ist der Streik der Seeleute von Marseille für beendet erklärt  
worden, ohne daß die Forderungen erfüllt wurden. Wieder einmal  
hat es sich gezeigt, daß Mängel der Organisation, leere Kassen,  
schlechte Vorbereitung einer Bewegung nicht ergeben können  
durch Enthusiasmus und Opferfreudigkeit der Streikenden, durch  
große thonende Phrasen der C. G. T.-Führer. Der Streik hat gut  
eingesetzt in allen Häfen Frankreichs, nachdem es in Havre zur ersten  
Arbeitsniederlegung gekommen war. Man wußte allerdings, daß  
der Generalsekretär Rivelli den Zeitpunkt noch nicht für gekommen  
erachtete; aber es ist eine der Folgen jener „antiautoritären“,  
anarchistischen Methoden des französischen Syndikalismus, daß die

Masse der Organisierten die Maßnahmen der von ihr selbst gewählten  
Führer gern überhort. Die Unternehmensgesellschaften wußten sa-  
gut wie Rivelli, daß die Arbeiterorganisationen nicht die nötigen  
Mittel haben würden, um lange Widerstand leisten zu können, und  
sie haben sicherlich nicht erwartet, daß in Marseille die regelmäßige  
Arbeit zweieinhalb Monate unterbrochen bleiben würde. Von  
vorherein stellten sie sich auf den schroffsten „Herrenstandpunkt“. Die  
gesamte öffentliche Meinung bis in kapitalistische Kreise hinein  
war anfangs auf Seiten der Streikenden. Und die Streikenden haben  
im Laufe des Kampfes nichts getan, um sich die „Sympathie“ zu  
verscherzen. Über da ihre Organisationen den Streik ungern  
vorbereitet hatten, da die Zentralklasse nicht reicher war als die  
Föderationsklasse, war ein Sieg unmöglich. Die republikanische  
Regierung, die beim Ausbruch des Streiks sich gewillt gezeigt hatte,  
die Streikenden durch Marinepolizisten zu erlegen, versagte schmäh-  
lich, als es nach der Annahme ihres Schiedsgerichtsvorschlags durch  
die Arbeiter galt, auch die Unternehmer zu zwingen, vor dieses  
Schiedsgericht zu gehen; sie „desinteressierte“ sich daraufhin völlig.  
Was nützte es, daß in Paris eine Friedensversammlung veran-  
staltet wurde anwanden der Seeleute, daß Streikunterstützungsmarken  
eingeführt wurden kaum erkannt in Frankreich!, die in  
den ersten Tagen ziemlich starke Absatz fanden? Eines schönen  
Tages hörte der Streik in Le Havre auf, andre Städte folgten —  
schließlich blieb nur noch Marseille im Kampf stehen. Und nun  
trat etwas Seltsames ein. Die Streikenden, denen der anarchistische  
Vorstand der Arbeitsbörse, Hovot, ununterbrochen zur Seite  
stand, desselbe Gewerkschaftsführer, dem kein Wort zu hart ist, wenn  
es gilt, die französische Sozialdemokratie angreifen, weil sie stets  
die Macht des Staates heranzieht will, erklärten, daß sie bereit  
sind, sich einem obersten, von der Regierung ernannten Schieds-  
gericht zu unterwerfen. Dieses oberste Schiedsgericht hat getagt und in  
seinem Spruch verklungen, daß die Schiffsgesellschaften nicht ver-  
pflichtet wären, den Lohnforderungen der Arbeiter stattzugeben. Die  
Streikenden haben sich diesem Spruch unterworfen und sind  
jetzt auf die Schiffe zurückgekehrt. Daburch ist der Konflikt einsch-  
tig verlegt worden, nicht erledigt. Wenn die Seeleute und C. G. T.  
aus dem Verlauf des Streiks das Nötige lernen wollten, wenn  
die „Ausrüstungskräfte“ aufhielten, den Parlamentarismus zu be-  
schimpfen, die sozialistische Fraktion als „irgendeine politische  
Gruppe“ zu betrachten und dasselbe durch eine gemeinsame Aktion der  
Gewerkschaften und der Partei die parlamentarische Aktion der  
Streikenden stärken, um die Kritik der sozialistischen Abgeordneten am  
Verhalten der Gewerkschaften und der Regierung die Autorität einer  
einig dahinterstehenden Arbeiterklasse zu geben, dann würden die  
Seeleute bei ihrem nächsten Streik nicht umsonst kämpfen.

## Die türkische Krise.

### Die Bombenexplosion in Dolan.

Saloniki, 12. September. Nach dem amtlichen Bericht des Kai-  
matams von Dolan erfolgte die Bombenexplosion um 11 Uhr vor-  
mittags auf dem Markt. Die Bombe war in einem Sack Mc-  
verborgen auf den Markt gebracht worden. Durch die Explosion  
wurden 13 Markttente, darunter 11 Mohammedaner, getötet, 23 ver-  
letzt und 16 leicht verletzt, abgesehen von den zahlreichen leichtver-  
letzten, die sofort gelöscht sind. Den rechtzeitigen Eingreifen der  
Behörden gelang es, die Ordnung aufrechtzuerhalten und Aus-  
schreitungen zu verhindern. Vier bulgarische Beamte wurden als  
des Attentats verdächtigt verhaftet. Zur Untersuchung des Vorfalls  
ist eine Kommission mit dem Staatsanwalt an der Spitze von  
Saloniki abgereist.

### Widersprechende Nachrichten.

Petersburg, 11. September. Zahlreiche Musquare, die sich im  
Süden Russlands aufzuhalten, wurden, wie aus Odessa gemeldet wird,  
durch die bulgarischen Militärbehörden zurückgefordert.

Konstantinopel, 11. September. Ildam erklärt die Verhälte von  
Truppenkonzentrations in Bulgarien für unrecht. Nach Informa-  
tionen der türkischen Grenzkommisare sei keinerlei außergewöhn-  
liche Tätigkeit an der Grenze bemerkbar, nicht einmal bei den mil-  
itarischen Übungen in der Gegend von Schumla. Der Ministerpräsident  
Geschow habe dem türkischen Geschäftsträger neuerlich friedliche  
Versicherungen abgegeben. Die türkischen Botschafter haben dies  
Zeichen zufolge berichtet, daß die Großmächte eine entschieden fried-  
liche Haltung befolgen.

## Bon Nah und Fern.

# Konsumverein L.-Plagwitz u. Umg.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftspätlichkeit.

Freitag, den 27. September 1912, abends 8 Uhr  
**Ordenl. Generalversammlung**  
im Volkshaus, Zeitzer Straße 32.

## Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht über das Jahr 1911/1912.
2. Beschlussfassung über Verteilung des Reingewinnes.
3. Antrag der Verwaltung auf Erwerb eines Grundstückes.
4. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern an Stelle der ausscheidenden und wieder wählbaren Herren Franz Koch und Wilhelm Winter.
5. Wahl von 9 Aufsichtsratsmitgliedern an Stelle der ausscheidenden und wieder wählbaren Herren Otto Ebert, Karl Franke, Hermann Härling, Ernst Hessel, Alfred Kunath, Heinrich Reder, Felix Riedeberger, Rudolf Willecke und Gustav Köhler, sowie von 3 Aufsichtsratsmitgliedern an Stelle der Herren Karl Henschel, Ernst Kießig und Franz Röschel.
6. Eventuelle Anträge nach § 13 der Statuten.

Nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches oder der blauen Karte ist der Eintritt in den Versammlungsraum gestattet.

**Legitimationskarten berechtigen nicht zum Eintritt.**

Zu zahlreichem Besuch werden die geehrten Mitglieder hierdurch eingeladen.

Leipzig-Plagwitz, den 12. September 1912.

Der Vorstand.  
A. Arnold. H. Thieme.

# Ortsverein L.-Ost.

Freitag, den 13. September, abends 1/2 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**

im Saale des Kronenquell, L.-Neuschönfeld

## Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Schöning über:  
Flotte und Zustände in den Staatsbetrieben.
2. Antrag der Stünzer Genossen:  
Abtretung eines Teiles vom Sellerhäuser Gebiet an den Ortsverein Leipzig-Stünz
3. Unterrichtskurse.
4. Partei- und Verehsangelegenheiten.

Zu recht regem Besuch laden ein [18402]\* Der Vorstand.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Büro im Volkshaus,  
Zeitzer Str. 32, II., R. I. u. 2.  
Arbeitsamtlohn täglich  
von 1/2—1,10 Uhr vor.

Büro: 1/2—1,10 Uhr,  
Mont.-Freit. 5—8, Dienst-  
mittwoch, Donnerstag 5—7,  
Samstag 3—7. Tel. 0497.

Zahlstelle Leipzig

Dienstag, den 17. September, abends 8 Uhr

**Mitglieder-Versammlung**  
im Volkshaus, Zeitzer Straße 32 (Großer Saal)

## Tagesordnung:

1. Der Abschluss von Kündigungsverträgen einzelner Arbeiter in den Vertragsbetrieben.
2. Verbandsangelegenheiten. (Darunter Bericht der Lokalverwaltung und unsere Agitation.)

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.

**Das Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.**

Pünktlichen Besuch erwartet [18506]\* Die Lokalverwaltung.

## Werkstattdelegierte und Beitragsskassierer.

Freitag, den 13. September, abends 1/2 Uhr, Delegierten-Versammlung im Volkshaus, 1. Etage, Café, Eingang nur Portal links. Tagesordnung wichtig. Das Erscheinen aller Vertrauensleute der Betriebe wird erwartet. Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.

**Die Lokalverwaltung.**

## Blutreinigung.

Zt. u. Pillen. Große Scheide 1 Alt. in Apotheken. Gegen Einsendung von 10.—120 Pfennig aus Zutaten: Laboratorium Sittichfenn, Rosmarin. In Leipzig: Engel-Apotheke, Plagwitz: Sophien-Apotheke, Kleinschäfer: Höhner-Apotheke, Lindenau: Carola-Apotheke. Da Berlin: Elefant-Apotheke.

## Freie Turnerschaft Leipzig u. Umg.

Süd-Ost. Freitag, den 13. September, Vereins- [18508]

Mockau Turnverein. Freitag, den 13. Sept., abends 1/2 Uhr, Monatsversammlung. D. V.

Arbeiter-Radfahrerverein Solidarität, Mölbis.

Sonntag, den 15. September

**BALL im Gasthof Mölbis.** Anfang Punkt 6 Uhr. Der Vorstand.

NB. Orts-Erntedankfest am 22. September.

Der Verein der erwerbstreibenden Blinden

empf. dem gebr. Publikum als Bläsernacher: B. Maul, Lützow-Str. 65, pt.; als Hornbläser: A. Schulze, Kirchstr. 25/27; als Trompetenbläser: A. Beck, Ritterstr. 11, A. Kämmer, Brodhausstr. 52, D. Ulrich, Melanchthonstr. 3, II., P. Münze, Poststraße 16, D. II., H. Henzel, Schönauer Weg 42, pt.; M. Bette, Hosier-Straße 18b, III., P. Dreßel, Meusdorfer Straße 53, II., G. Barthold, Mölbis, Giebnerstr. 11, III.; als Klavierklammer: A. Schulze, Bayrische Straße 44, D. II., D. Dittmar, Albertstraße 27, IV.; als Klavierklammer und Salonpianist: J. Geber, Petersstraße 28, Q. IV.

## Leipziger Beerdigungs-Anstalt, Pietäß

Teleph. 532 Feuerbestattung Teleph. 532

28 Matthäikirchhof 28

Zweiggeschäfte: Lind, Odermaustr. 10. Tel. 17410.

L.-Gohlis, Eisenacher Str. 8. I.

L.-Volkmar, Konradstr. 41. Tel. 532.

## Familien-Nachrichten

## Ortsverein Mockau.

Dienstag früh starb nach schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied, Genosse

### Ernst Stier.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

die Mitglieder des Ortsvereins.

1858? J. A.: Der Vorstand.

Die Genossen treffen sich Freitag, 1/2 Uhr, im Restaurant Erholung.

## Arb.-Athleten-Bund Deutschlands. Bezirk Leipzig.

Plötzlich und unerwartet verstarb nach langem Leiden unser lieber Sportkollege, Herr

### Ernst Stier

im Alter von 38 Jahren.

Wir verlieren in ihm einen eifrigen Förderer unseres Athletik-Sportes, der jederzeit seine ganze Kraft einsetzte, unsern Begriff zu heben.

Ehre seinem Andenken.

18025 J. A.: Die Bezirksleitung.

Dienstag früh 1/2 Uhr verschied schnell und unerwartet unser lieber Sportkollege, Herr

### Ernst Stier

im besten Mannesalter von 39 Jahren.

Viele Jahre hat er uns als Vorstand treu zur Seite gestanden und seine Mühe und Arbeit gescheut, unsern Verein zu heben und zu fördern.

Im Namen des Vereins sprechen wir ihm für seine Aufopferung unsern herzlichsten Dank aus und werden ihn jederzeit in gutem Andenken behalten.

### Kraft-Sport-Verein Teutonia, Mockau.

Beerdigung Freitag, 13. September, nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Mockauer Friedhofs aus.

Treppensturz der Sportkollegen 1/2 Uhr in der Erholung, Mockau, Hauptstr. 70.

Nach langem schwerem Leiden starb schnell und unerwartet im Alter von 42 Jahren mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn und Schwager

### Wilhelm Bretschneider.

Dies zeigt tiefbetrübt an

18620 Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag, 15. September, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, L.-Klein-Schöner, Schönauer Weg 25, III., aus statt.

Nach langem schwerem Leiden starb heute mittag im Alter von 29 Jahren meine liebe Frau, meine Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

### Emma Seidel geb. Steinecke.

Dies zeigt tiefbetrübt an

18620 L.-Eutritsch, Salzmannstr. 7, 11. Sept. 1912

Otto Seidel nebst Hinterbliebenen.

Beerdigung Sonnabend nachmittag 2 Uhr.

## Die rote Feldpost

unter dem Sozialistengesetz.

Mit einer Einleitung:

Grinnerungen aus meinen Kinder-, Lehr- und Wanderjahren

von J. Belli.

Preis gebunden 1 Mark.

Zu haben in der Leipziger Buchdruckerei A. G. (Abteilung Buchhandlung). — Die Aussteller der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

## Politische Uebersicht.

Will die Regierung sich regen?

Wolfs Telegraphenbureau verbreitet folgende Meldung:  
Berlin, 12. September. Der Reichskanzler beschäftigte sich am ersten Tage nach seiner Rückkehr mit der Frage der Fleischsteuerung. Gestern stand bis in die Abendstunden eine Besprechung des Reichskanzlers mit dem Staatssekretär des Innern und dem preußischen Landwirtschaftsminister statt, über deren Ergebnis aber eine Auskunft bisher nicht ertheilt wurde.

Herr Bethmann war nämlich in den letzten Monaten gar nicht in Berlin. Er amüsierte sich da draußen irgendwo. Zuletzt ging er mit seinem österreichischen Kollegen auf die Jagd. Jetzt aber will er sich endlich wieder mal nach dem deutschen Volke umsehen, wozu ihm freilich die Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion allen Anlaß gegeben hat.

Über das Ergebnis der Konferenz wird zwar offiziell nichts mitgeteilt, die Offiziösen aber hörten an allen Türrinnen und so hat denn der Berliner Volksanzeiger einiges gehört. Wie er meldet, „ist man zu der Überzeugung gelangt, daß eine Aufhebung des bekannten § 12 des Fleischbeschauugesetzes unmöglich geworden ist. Die Industrie habe es dahin gebracht, daß sie ohne Entfernung der im genannten Paragraph aufgeführten Teile Fleisch in gesporenom Zustand aus Argentinien und Australien nach Deutschland zu importieren vermöge, und die Reichsbehörden sollen sich auch bereits darüber vergewissert haben, daß die Industrie in der Tat in einer für die Gesundheit des Fleisches gefährlichen Weise diese Einführung zu bewerkstelligen vermöge.“

Der § 12 des Fleischbeschauugesetzes bestimmt, daß die zerlegten Tierkörper nur eingeführt werden dürfen, wenn die leicht faulenden Eingeweide mit ihm verbunden sind. Dadurch wird ein längerer Transport des Fleisches unmöglich gemacht. Diesen hoffanen Paragraphen will die Regierung nicht aufheben, die Zölle will sie aber auch nicht aufheben. Was will sie denn eigentlich tun? — Nun gar nichts!

Immerhin fühlen sich die Agrarier beunruhigt. Die gewaltige Bewegung der Massen gegen die unverschämte Ausplündierung ist denn doch zu stark, als daß der dicke Dertel recht böse Träume hätte. Er jammert über den „unheimlichen Umfang“, den die Agitation zugunsten des Geflüstersteisches angenommen hat und er sucht noch einmal die Regierung von dem „undenkbaren“ Gedanken abzutragen, daß sie etwa dem Geflüstersteisch den Zutritt ins Deutsche Reich gestatte. Er schreibt:

Zum Schlusse mag noch gesagt werden, daß die Hoffnung, der Reichstag werde dem argentinischen Geflüstersteiche zuliebe die in Betracht kommenden Bestimmungen des Fleischbeschauugesetzes ändern, auf sehr schwachen Füßen steht. Die Rechte würde selbstverständlich dagegen sein, daß Zentrum, dufte, wenn man seine führer Haltung in Betracht zieht, nicht dafür zu haben sein, und die Nationalliberalen würden es sich stark überlegen, ob sie dafür eintreten würden. Die Regierung würde sich also, wenn sie wirklich das Undenkbare und Unbegreifliche tun sollte, voraussichtlich eine parlamentarische Schlappe angeladen; sie würde für die Unterwerfung der lebigen Teuerung nichts tun, wohl aber den Bauernstaat nicht nur gefährden und schädigen, sondern — opfern. Das kann sie nicht wollen.

Aber die Gesundheit des ganzen deutschen Volkes zu gefährden, trägt die brave Deutsche Tageszeitung nicht die geringsten Bedenken.

## Deutsches Reich.

Sachsen in Arbeiterschaft voran.

Wir nahmen kürzlich von der Meldung der Landeszeitung für beide Mecklenburg Rott, wonach dem Bundesrat von sechs Einzelstaaten Anträge auf verschärfsten Schutz der Arbeitswilligen, das heißt ein neues Zuchthausgesetz gegen die organisierte Arbeiterschaft, vorliegen sollen. Diese Meldung wurde von bürgerlichen Blättern bestätigt, zugleich aber erklärt, der Bundesrat werde sich sofort nach seinem Wiederzusammentritt mit der Frage des Arbeitswilligenstuhes befassen. Gegenüber diesen gewundenen Ablehnungen hält nun das genannte Blatt seine Behauptungen voll aufrecht. Auf Grund einer Nachricht aus angeblich unanfechtbarer Quelle stellt es fest, daß dem Bundesrat seit einiger Zeit ein von sechs Bundesregierungen unterschriebener Antrag Sachsen's vorliegt, der reichsgerichtliche Maßregeln zum Schutz der Arbeitswilligen fordert. Außer diesem Antrag seien dem Bundesrat in den letzten zwei Monaten 35 Eingaben von Berufsvereinen des Handels, der Industrie und des Handwerks zugegangen, die ausnahmslos reichsgerichtliche Maßregeln „gegen den nachgerade zu einer öffentlichen Gefahr werdenden Terrorismus gegenüber den Arbeitswilligen“ ersuchen.

Wir lassen dahingestellt, ob diese Nachricht wirklich in allen Teilen stimmt; unwahrscheinlich klingt sie, insbesondere was die Rolle der sächsischen Regierung betrifft, durchaus nicht. Doch mag dem sein, wie es wolle — das eine steht jedenfalls fest, daß die „nachgerade zu einer öffentlichen Gefahr werdende“ schamlos verlogene Heze der industriellen und agrarischen Scharfmacher gegen das Koalitionsrecht bei den deutschen Regierungen auf das liebvolle Verständnis und Entgegenkommen stößt. Und bei der fragwürdigen Rolle, die Zentrum und Nationalliberalen in dieser Angelegenheit spielen, ist es gar nicht sicher, ob nicht ein plötzlicher Vorstoß auch Erfolg haben würde. Wir können deshalb nur immer wieder die Mahnung an die deutschen Arbeiter richten: Seid auf der Hut!

## Eine Abschrift.

Zu den ärgersten Schreien über die „Gefährdung des Deutschen“, die angeblich in der Zulässigkeit von Ehen zwischen Weißen und Schwarzen in den Kolonien liegen soll, gehörte auch die Deutsche Tageszeitung. Jetzt muß sie sich nun von einem der ihrigen, einem Freiherrn v. Dalwigk zu Lichtenfels, folgende Belehrung gefallen lassen:

In Nr. 428 Ihres geschäftigen Blattes finde ich unter „Kolonials“, betreffend Misshandlung, folgenden Beschluß des Landesrates von Deutsch-Südwest-Afrika: „Für die Zukunft ist jede Ehe zwischen Weißen und Eingeborenen aus strengst zu verbieten.“

So sehr man diesem Vorstoß impulsiv gegenüberstehen kann, so muß man doch sagen, daß seiner Ausführung erhebliche

Schwierigkeiten im Wege stehen. Zunächst entsteht doch die Frage: Warum sollen die Ehen verboten werden? Daraus gibt der Landesrat die Antwort, daß er sie als eine direkte schwere Gefahr für die weitere Entwicklung des Deutschenlandes bezeichnet. Es handelt sich nun um die aus den Ehen hervorgehenden Nachkommen. Dann muß aber mit denselben oder mit noch viel gräßigerem Rechte jedes Konkubinat und jeder anderen geschlechtlichen Verkehr zwischen Weißen und Schwarzen verboten werden; denn Konkubinat usw. bliben die Regel, während Ehen zwischen Weißen und Schwarzen nicht so oft vorkommen.

Wenn ich auch persönlich der Ansicht bin, daß ein Geschlechtsverkehr zwischen Weißen und Schwarzen der Autorität der Europäer schaden muß, so würde doch ein solches Verbot, ausgenommen, es bezüge sich auf ein öffentliches Aergernis, zu den Unmöglichkeiten gehören. Der Landesrat wird sich hüten, den Antrag zu stellen, daß Weiße wegen geschlechtlichen Verkehrs mit Schwarzen bestraft werden sollen. Dann kann man aber auch die Misshandlung, wohin aber kann man andre Mittel anwenden, um sie zu verhindern fortzufahren:

Über jene Hindernisse, die sich dem Verbot von Misshandlungen entgegenstellen, hat sich vor kurzem ein bekannter Jurist in einem sehr scharfsinnigen Vortrage ausgelassen, der auch nächstens veröffentlicht werden wird. Er führt besonders aus, daß das Bürgerliche Gesetzbuch für die Europäer auch in den Kolonien Gültigkeit habe, nach dem jedem Deutschen erlaubt ist, zu heiraten, wen er will. Das Verbot des Gouverneurs von „Südwelt“ müsse demnach ungültig sein.

erner führt er aus, daß auf Grund der Kongokakte jeder Persönlichkeit freie Religionsübung gestattet sei, also den Geistlichen die Schließung einer Ehe nicht verboten werden könne; denn die Schließung einer Ehe durch einen Priester sei doch eine religiöse Handlung. Die Entrüstung des Landesrates über das Vorgehen des Paters v. Krostkowitz, von dem in ihrem geschäftigen Blatte die Rede ist, war deshalb nicht berechtigt.

Man sieht, daß die Ausführung des Beschlusses des Landesrates von „Südwelt“ einstellen lediglich und in der gesuchten Form unmöglich ist.

Was werden zu diesen Darlegungen die Mitglieder der konservativen Reichstagsfraktion sagen, die erst vor einigen Monaten bei der Abstimmung über die bekannte Resolution sich für das Verbot der Misshandlung erklärten?

## Prost — g'susse!

Die Reise des neuen Kolonialstaatssekretärs Dr. Solf in die afrikanischen Kolonien hat sich zu einer richtigen Bierreise ausgewandert, was der Mann selbst in seiner letzten Rede, die er in Swakopmund gehalten hat, auch ganz natürlich zugestanden. Er hielt auf dem dortigen Bierabend diese Rede:

Seitdem ich in Südafrika ans Land gegangen bin, ist in meiner Zeitrechnung eine große Umwandlung vor sich gegangen. Ich rechne nicht mehr nach dem Gregorianischen oder Julianischen Kalender, sondern nach Bierabenden. Heute ist der erste! Solche Abende halte ich aber keineswegs für ein Übel. In diesem Lande, wo gelegentlich freundschaftliche Zusammenkünfte sehr erwünscht sind, sind die Bierabende geradezu ein Kulturfaktor. Das Schwere ist für mich lediglich dabei, daß ich an jedem Abend eine Rede halten muß... Bedenken Sie, meine Herren, daß hier die Presse vertreten ist, die immer etwas Neues berichten will. Wir haben hier sogar zwei „Kommandierende Generale“ (Swakopmunder Zeitung und Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung). Den einen schei ich schon mit tollen Lebungen beschäftigt.... Auch viele hübsche Kinder habe ich hier gesehen, und dabei habe ich gedacht, die größte kolonialpolitische Idee sei, dafür zu sorgen, daß in Deutsch-Südwestafrika recht viel Kindergeschrei zu hören sei.

Wenn die Afrikareise des hierzulden Kolonialstaatssekretärs keinen weiteren Erfolg zeitigen sollte, den einen wird sie unbestreitbar haben — daß nämlich Herr Dr. Solf eine gründliche Kenntnis der in den Kolonien gebräuchlichen Biersorte mit nach Hause bringt. Wenn er sich bis dahin bloß nicht den Magen verdorben hat!

## Hansabund und Fleischsteuerung.

Der Hansabund hatte am Dienstag Vertreter des Gewerbestandes und der Landwirtschaft zu einer Konferenz berufen, deren Gegenstand die Erörterung der Fleischsteuerung bildete. Es waren liberale Bauern und liberale Schlächter zugegen und beteuerten einstimmig, daß sie nicht „schuld“ seien an der Fleischsteuerung, daß sie aber — und das erklärten besonders die Bauern — ohne Zollschutz nicht leben könnten. Da man nicht vom Fleisch kam und den Massen da brauen aber doch vor machen wollte, daß man auch gegen die Teuerung was tue, so begnügte man sich mit Phrasen.

## Der Kampf gegen die Teuerung.

Der Rat der Stadt Dresden hat mit einer dänischen Firma einen Vertrag auf umgehende Lieferung frischen Rindfleisches aus Dänemark und mit einer Hamburger Firma einen Vertrag auf Lieferung argentinischer Schweinefleisch abgeschlossen.

Die Teuerungskommission des Magistrats und der Stadtvorordneten in Magdeburg beschloß, lebendes Vieh von Schweden, Norwegen und Dänemark direkt einzuführen zu lassen.

Die Stadtverwaltungen von Bielefeld, Münster, Köln, Straßburg, Offenbach haben sich ebenfalls mit der Teuerung beschäftigt. Das hessische Ministerium des Innern hat eine Kommission berufen, die die Urfächen, den Umfang und die Mittel zur Behebung der Teuerung feststellen soll. Nur in Linden bei Hannover haben die braven Spiesbürgers auf dem Gemeinderat jede Teuerung abgelehnt.

Die Massenversammlungen gegen die Teuerung wachsen täglich. In Bielefeld, Augsburg, Linden, den Unterweserorten, Teterow in Mecklenburg, Freiburg im Breisgau, Kiel, Neumünster, Cöln usw. tagen große Versammlungen.

Am Dienstag abend haben die christlichen Gewerkschaften in Bielefeld eine Versammlung abgehalten, in der der Redakteur der M. Gläbacher Westdeutschen Arbeiterzeitung, Voos, und der christliche Gewerkschaftsführer Siegerwald sprachen. Nach reichlichen Verunglimpfungen der sozialdemokratischen Protestbewegung haben sich beiden Herren doch genötigt, die Annahme einer Resolution herbeizuführen, die von Regierung und Kommunen Maßregeln gegen die Fleischsteuerung verlangt.

## Die Tabaksteuer.

Die Nettoumschäfte aus der Tabaksteuerung sind nach der Süddeutschen Tabakzeitung im Deutschen Reich von 69,9 Millionen Mark im Jahre 1906/07 auf 150,7 Millionen Mark im Jahre 1910/11 gestiegen. Das macht auf den Kopf der Bevölkerung für 1906/07 1,18 M., für 1910/11 aber 2,32 M. Die Kopfquote ist hierbei natürlich aus der Zahl der Gesamtbevölkerung berechnet. Ließe sich die Zahl der Konsumenten feststellen, so würde sich die Ziffer ganz bedeutend erhöhen. Jedoch verdient es Beachtung, daß die steuerliche Belastung des Tabaks infolge der Zoll- und Steuererhöhungen um 105 Prozent pro Kopf gewachsen ist. Für das Jahr 1911/12 ergibt sich allerdings eine weitere, recht beträchtliche Steigerung. Dabei ist der Verbrauch pro Kopf nicht etwa gestiegen, sondern zurückgegangen. Nach einer Berechnung des Statistischen Amtes kam auf den Kopf der deutschen Bevölkerung im Durchschnitt des Jahres 1871/75 ein Verbrauch von jährlich 1,8 Kilogramm Rohtabak (Gewicht in fabrikationsreinem Zustand) und im Durchschnitt der folgenden fünf Jahre 1876/80 ein Verbrauch von 1,7 Kilogramm. In den beiden Jahrzehnten 1890/1900 und 1901/1905 hat der Verbrauch noch 1,8 Kilogramm jährlich betragen, und ebenso hoch berechnet sich der Durchschnitt der folgenden vier Jahre 1906/09. Für 1910, oder richtiger für die zwölf Monate Juli 1910 bis Juni 1911 ergibt die Berechnung aber nur noch 1,46 bis 1,47 Kilogramm. Das ist ein recht bedeutender Rückgang, der, wie es scheint, im laufenden Jahre noch anhält und sich auch in den folgenden Jahren fortsetzen dürfte. Durch unsre Zoll- und Steuerpolitik wird dafür gesorgt, daß der Tabakverbrauch in Deutschland nicht zu groß wird. Trotz des Rückgangs im Verbrauch, der sich besonders im Import von Rohtabak manifestiert, ist der Tabak heute näher dem Getreide derselben Artikel, der dem Deutschen Reich am meisten Zoll einbringen muss.

Berlin, 12. September. Über die Erteilung von Wandergewerbeschreinen an Ausländer sind für Preußen neue, verschärfte Ausführungsanweisungen zur Reichsgewerbeordnung ergangen. Danach haben über solche Anträge die Regierungspräsidenten und der Berliner Polizeipräsident zu befinden. Falls die Anträge abgelehnt werden, ist nur Beschwerde an den Oberpräsidenten zulässig.

Die preußische Regierung hat die Genehmigung zur Industrieaufnahme des Hagenauer Krematoriums, des ersten in Preußen, erzielt. Das Krematorium ist schon im Jahre 1906 erbaut worden, konnte aber nicht in Betrieb genommen werden, solange die Feuerbestattung in Preußen nicht zugelassen wurde.

**Politik und Armee.** Im bayrischen Reichsratsausschuß kam bei der Beratung des Militärateats der Kriegsminister v. Krech auf die Stellung der Heeresverwaltung zur Sozialdemokratie zurück. Er wiederholte ungestüm, etwas schärfer akzentuiert, seine in der Abgeordnetenkammer abgegebenen Erklärungen: Die Heeresverwaltung habe selbstverständlich die Pflicht, darüber zu wachen, daß eine Werbung für sozialdemokratische Ideen bei den Staatsangehörigen nicht stattfinde. Er, v. Krech, aber fügte diesmal eine interessante Bemerkung hinzu: Er gehe weiter und sage, daß die Heeresverwaltung auch die Pflicht habe, jedes Einbringen der Politik in die Armee überhaupt zu verhindern.

Das war unzweideutig eine Abwehrung des vom Zentrum in der Abgeordnetenkammer unternommenen Versuchs, die Armee zu klerikalisieren. Ob dieser Standpunkt in der Praxis aufrechterhalten werden wird, ist freilich gegenüber dem Ansturm der zurzeit in der Wölfe sitzenden Schwarzen eine andre Frage.

Aus den deutschen Dienstkolonien. Ein Plouter, der in den jeweiligen Mandat vertrat beim Eisenbahnbau im Mecklenburgischen beschäftigt ist, schreibt an seine Eltern:

Parchim, den 7. 9. 12. Liebe Eltern und Geschwister! Endlich komme ich dazu, Euch einmal zu schreiben. Es ist ja immer so wenig Zeit dazu. Und man kann auch gar nicht einmal schreiben, denn wir können nicht einmal eine Karte hier erhalten. Denn wir kommen nirgends an ein Dorf oder eine Stadt, weil wir immer bei den Lokomotiven schlafen.

Wir sehen aus wie die Räuber. Schon drei Wochen nicht rastet und die Wäsche haben wir auch schon so lange an, wie wir hier sind. Der Dienst ist unglaublich. Wir haben zeitweise 48 Stunden, ja welche sogar in die 70 Stunden Dienst gemacht. Wenn Ihr mich jetzt wiedersehen werdet, Ihr werdet mich nicht wiedererkennen, so abgemagert sind wir. Denn wir bekommen auch nichts zu essen, sondern wir bekommen das Geld dafür, 50 Pf. pro Tag. Aber da kann man sich nicht einmal satzen, so teuer ist das hier in den wandelnden Kantinen. Warmes Essen bekommen wir überhaupt nicht, wenn wir uns nicht selbst Kartoffeln backen. Gott sei Dank dauert das nicht mehr lange....

Mit besten Grüßen Euer....

Bei solchen Zuständen darf man sich nicht wundern, wenn eines Tages wieder Nachrichten über Typhusepidemien und massenhaftes Auftreten von Darmkrankheiten aus dem Manövergebiet kommen.

Zu einem allgemeinen Butterkrieg in ganz Niederschlesien hat eine große Versammlung in Liegnitz am Montag abend das Signal gegeben. Da sich die Händler unter dem Schild der Polizei neue Preisstreiber zuschulden kommen ließen, wurde auf Anregung von 22 Städten beschlossen, den Einlauf aller Molkereiprodukte bis zum 28. September zu unterlassen. Der Kampf richtet sich in erster Linie gegen die von Großgräfenn gebildeten Molkereien, die aus dem Markt preisbildend auftreten. Wie sehr die Butterkriege vom Parteidienstpunkt unabhängig sind, geht daraus hervor, daß der letzte in Mittelhessen, in einer Hochburg des Deutschen Arbeiters wurde, wo es organisierte Arbeiter so gut wie gar nicht gibt. Es gelang dort, den Preis auf 1,10 M. für das Pfund herabzudrücken.

**Die Pfaffen am Ruder.** Die Kammer der Abgeordneten hat mit großer Mehrheit den Gesetzentwurf betreffend Einführung einer neuen Kirchengemeindeordnung angenommen, durch das die Beziehungen der katholischen und der protestantischen Kirche in beiden Teilen Bayerns neu geregelt werden. Die Sozialdemokraten und die Freiheitlichen stimmten geschlossen gegen das Gesetz. Die Vorlage hatte bereits den vorigen Landtag beschäftigt, war aber nicht erledigt worden. Der Regierungswechsel hat auf dieses gesetzgeberische Werk einen entscheidenden Einfluß geübt. Herr v. Kneiling hat sich beeilt, den richtungbestimmenden Artikel des ursprünglichen Gesetzentwurfs preiszugeben: den Artikel 6. Das Zentrum beharrt darauf, daß die Verwaltung des Kirchenstiftungsvermögens nicht der Kirchengemeinde, wie es der Regierungsentwurf wollte, sondern der Kirchenverwaltung gebühre. Und daß Ministerium Kneiling operte das bayrische Staatsrecht dem kanonischen Recht, es verweigerte nicht die Zustimmung dem Gesetz, obwohl das Zentrum die grundlegende Bestimmung abgelehnt hat. Der kluge Zustand wird also sein, daß die Kirchengemeinde und der Staat zwar alle Pflichten, aber der Clerus alle Rechte hat.

Zeichen der Zeit. Der Lehrer-Landesverein im Großherzogtum Hessen, dem mit Ausnahme einiger Ultramontanen fast alle Volksschullehrer Hessens angehören, hat die Gründung einer Kasse zur Sicherstellung für im Kampf um Schule und Lehrerstand ge-

mehrere Mitglieder" in Aussicht genommen. Die Lehrer sind sich des Ernstes der Zeit offenbar bewusst. Sie sind auch bereit zu kämpfen, wie die Gründung eines "Gewahrsame-Kontos" beweist. Der "preußische Wind", der immer anhaltender auch nach den Süden Deutschlands weht, hat die Lehrer mehr und mehr in die Kompensation gedrängt.

kleine politische Nachrichten. Wie in London bekanntgegeben wird, steht es jetzt fest, dass der russische Minister des Außenamtes sowohl nach der Rückkehr des englischen Königs aus den Niederlanden in Palmaral empfangen wird. — Nach einer Meldung aus Tanger wurde der dortige italienische Botschaftsposten im Geschäftshausgebäude von einem Attentäter, der ihn vergeblich um eine Geldunterstützung ersucht hatte, mit einem Dolch lebensgefährlich verwundet. Der Verbrecher, ein Italiener, wurde verhaftet. — Die Southern Pacificbahn in den Vereinigten Staaten hat das Staatsdepartement um Schutz für ihre Interessen in Mexiko ersucht. — Der peruanische Senat hat der von der Regierung geforderten inneren Anleihe von zehn Millionen Pfund zum Zweck der Landesverteidigung zugestimmt.

## Oesterreich-Ungarn.

### Korruption.

Czernowitz, 11. September. Neue Riesenunterschlagungen sind im Bulgaria-Komitee aufgedeckt worden. Der Sekretär des Landesausschusses Fischer ist mit seiner Frau getötet. Ein Gedicht ist hinter ihnen erlassen worden. Die Strafaktionen sollen eine enorme Höhe erreichen.

## Frankreich.

### französisch-spanische Differenzen.

Paris, 11. September. Der morgige Ministerrat wird sich unter anderem mit der Frage der französisch-spanischen Beziehungen beschäftigen. Die jüngsten Zwischenfälle in Marokko, die auf die Beziehungen zu Spanien sehr abhängig gewirkt hätten, scheinen den Abschluss des französisch-spanischen Marokkovertrags von neuem zu verzögern. Der Ministerrat werde über die freundliche Vorstellung beraten, die an die spanische Regierung gerichtet werden sollen, um eine Verschärfung der Lage hinzuzuhören.

## Rußland.

### Kriegsstand in Finnland.

Unser finnändischer Mitarbeiter schreibt und: Bald nach Verhängung des Belagerungsstatus über Kronstadt wurden auch die Drei Inseln und Terijoki, ein ziemlich umfangreiches Gebiet an der Grenze Russlands, als unter Kriegsstand stehend erklärt. Inno ist der Ort, wo die russische Regierung neue umfassende Festigungen gegenüber Kronstadt am Meer aufführt, und Terijoki die Zollgrenzstation auf der Bahn von Petersburg nach Finnland. Diese "Belagerung" Finnlands ist vollkommen unverständlich. Hier ist nichts vorgefallen, was eine solche Belästigung der Bevölkerung rechtfertigen könnte. Auch blieben diese Gebiete von den früheren "Belagerungsstatusen" in Kronstadt unberührt. Sie haben mit Kronstadt auch keine direkte Verbindung und unterhielten mit dieser Festung keinen besonderen Verkehr. Trotzdem wird die Bevölkerung durch diese Maßregel hart betroffen. Am meisten leidet darunter der Verkehr zwischen Russland und Finnland. Die Bahnhlinie steht jetzt unter dem besonderen "Schutz der Gendarmerie". Bahnstationen und Postkontrollen werden auf das schärfste gehandhabt. Diese Maßregel wird zur Folge haben, dass auch dieses schöne Fleisch Erde, das von den Petersburgern mit Vorliebe aufgesucht wird, um wenigstens vorübergehend einmal in etwas freiere Luft zu gelangen, nun vollständig unter die russische Knute kommt. Für die ortsansässige Bevölkerung bedeutet das, abgesehen von allem andern, eine starke materielle Schädigung, die keineswegs geeignet ist, die Bande zwischen Russland und Finnland zu festigen.

## Großbritannien.

### Wieder ein liberaler Verlust.

London, 11. September. Bei der Wahl zum Unterhaus im schottischen Wahlkreis Midlothian erhält der Unionist Major Hope 6021, der Liberale Shand 5980 und der Kandidat der Arbeiterpartei Brown 2418 Stimmen. Der Wahlkreis, der bisher durch den in den Vorausblick erhobenen liberalen Master of Elbank vertreten war, geht also in den Besitz der Unionisten über.

London, 12. September. In einer Rede in Dundee erklärte Minister Churchill, keine durch Stimmenzusplitterung ungünstige Nachwahl und keine Drohung der Tories könne die Regierung hindern, Komitee für Irland und andre große Maßregeln durchzuführen. Eine neue große politische Krise erwarte er nicht vor 1915.

## Nord-Amerika.

### Kulturrevol.

Newport, 11. September. Eine große Menschenmenge stürmte gestern in Tulling im Staat Georgia das Gefängnis, in dem ein Negro unter dem Verdacht des Lustmordes eingekerkert worden war. Der Mob zerstörte die Zelle, holte den Gefangenen heraus und tötete ihn durch mehrere Revolverschüsse. Der Körper wurde allerdings im Triumph durch die Straßen geschleift, bis vor das Haus der Mutter des Negros. Als sich dem Mob Polizisten entgeggestellten, verslangte dieser die Auslieferung der Frau und machte Miene, das Haus zu stürmen. Schließlich stellte sich jedoch heraus, dass die Negern mit dem wirklichen Mörder bereits freigesprochen waren. Der Mob stieß darauf das Haus in Brand und machte sich an die Verfolgung der Entflohenen. Blutige Rassenlämpfe werden befürchtet.

## China.

### Die Wahlen zum ersten ordentlichen Parlament.

Peking, 10. September. Durch öffentliche Bekanntmachung gibt Kuangshai kund, dass die Wahlen für die lösliche Nationalversammlung am 10. November stattfinden werden. Der Termin für die Stichwahlen ist der 20. November. Für die Eröffnung der beiden Kammer ist der 15. Januar in Aussicht genommen. An die Provinzgouverneure ist die Weisung ergangen, für ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen nach dem Wortlaut des Wohlgesegneten strengste Sorge zu tragen.

### Die Anleihe.

Peking, 11. September. Der vorläufige Anleihevertrag, der in London unterzeichnet worden ist, sieht die Errichtung einer Handelsbank mit dem Hauptzweck in London vor und einen gemischten Verwaltungsrat, dessen Mitglieder zur Hälfte Chinesen sind und dessen Kapital zur Hälfte aus dem Erlös der Anleihe kommt. Die Regierung genehmigte den Plan für den Bau eines großen nationalen Eisenbahnsystems mit Hilfe der ausländischen Anleihen. Die Regierung liegt auch ein Entwurf vor, der das ganze eigentliche China ausländischem Unternehmungseifer öffnet und den Ausländern das Niederlassungsrecht gewährt.

### Die Lage in der Mongolei.

Mulden, 12. September. Angesichts der Ereignisse in der Mongolei ist der Generalgouverneur der Mandchurie Chao Erh-hsun wieder mit den früheren Vollmachten ausgestattet worden. Die Generalgouverneure in Akin und Sizilar sind ihm wieder untergeordnet.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Die Konservativen und die Schulreform.

Der Führer der konservativen Landtagsfraktion, der Abg. Opitz, hat sich in den Dresdner Nachrichten aus Anlass des unmittelbar bevorstehenden Wiederzusammertretes der Schulkommission über die Aussichten der Volkschulreform in einer Weise geäußert, die man im allgemeinen nicht als unzutreffend bezeichnen kann. Herr Opitz meint, dass man sich in der Offenheit über die Reform des Volkschulgesetzes vielfach Erwartungen hingeben, die in den Verhältnissen nicht begründet seien. Die bisherigen Beschlüsse der Schuldeputation gingen weit über die Regierungsvorlage hinaus. Und dabei werde auch in der Zwischendeputation keine Aenderung eintreten, die konservative Minderheit werde daran nichts ändern können. Bei dieser Sachlage dürften sich die konservativen Mitglieder in der Schuldeputation darauf beschränken, "einmal das Stimmengleichgewicht der Fraktionen bei den einzelnen Beschlüssen in auch nach außen kenntlicher Weise festzustellen und sodann ihre Anträge in Gestalt von Minderheitsvorlagen der Kammer zu unterbreiten." Aber gleichwohl ist Herr Opitz froher Hoffnung voll. Und diese Hoffnung stützt sich auf die Nationalliberalen. Die Konservativen, meint Herr Opitz weiter, werden ihre Anschaungen im Plenum zur Geltung bringen. Und dann fährt er wörtlich fort:

Im Plenum wird auch über das Gesetz der Vorlage entschieden werden. Daß diese Entscheidung eine Mehrheit für die Vorlage bringen könnte, erscheint bei der Haltung eines Teils der nationalliberalen, sowie der geschlossenen Haltung der deutschfreundlichen und der sozialdemokratischen Partei völlig ausgeschlossen. Die Vorlage wird vielmehr im Plenum der zweiten Kammer aller Vorauseitung noch mit großer Mehrheit abgelehnt oder doch so motiviert werden, daß sie für die Regierung unannehmbar ist. Damit sind indessen die Weise noch nicht endgültig über die Vorlage gefallen. Es steht vielmehr als sicher anzunehmen, daß sich die Erste Kammer mit starker Mehrheit in allen wesentlichen Teilen auf den Boden der Regierungsvorlage stellen wird. In solcher Falle kommt die Vorlage in das sogenannte Vereinigungsgesetzfahren. Bei diesem würde sie nach § 92 der Verfassungsurkunde aber nur dann als abgelehnt zu gelten haben, wenn in der zweiten Kammer mindestens zwei Drittel der Stimmen gegen die Vorlage abgegeben würden. Die konservative Fraktion wird das Ihrige dazu tun, dem Eintritt dieses letzteren Falles zu wehren. Denn sie steht nach wie vor ihrerseits auf dem Standpunkt, eine Reform unseres Volksschulwesens für durchaus angezeigt zu halten, voran gestellt, daß diese Reform nicht ins Uferlose geht, sondern sich in den Grenzen hält, die die Rücksichten auf die religiösen-sittliche Erziehung der Jugend und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden erheben. Sie hofft aber bei diesen ihren Verhandlungen auch zuversichtlich auf Erfolg. Denn da die konservative Fraktion der zweiten Kammer 28 Mitglieder umfasst, die voransichtlich sämtlich für die Regierungsvorlage stimmen werden, so bedarf es nur noch dreier Stimmen, um der Regierungsvorlage im Vereinigungsgesetzfahren Annahme zu sichern. Bis auf weiteres darf oder angenommen werden, daß, vor die Wahl gestellt, die ganze Vorlage zum Scheitern zu bringen oder sich mit dem durch die Vorlage vorgeschlagenen zu begnügen, nicht bloß drei, sondern die reichliche Hälfte der Mitglieder der nationalliberalen Partei für die Vorlage stimmen werden. Die letztere würde dann unter ähnlichen Verhältnissen zur Verabschließung gelangen, wie es bei dem bestehenden Volksschulgesetz seinerzeit der Fall war, und damit die gesamte Reformbewegung zu einem gebedlichen Abschluß gebracht sein.

Wenn nicht alles trügt, so wird Herr Opitz, wie schon gesagt, mit seiner Prognose für die Schulreform recht behalten. Schon bei den bisherigen Beratungen in der Schuldeputation haben einige Nationalliberalen, wie das Mitglied der Landessynode Dr. Niethammer, in den wichtigsten Fragen — z. B. in der Frage des Religionsunterrichts — stramm zu den Konservativen gehalten. Bei der Abstimmung im Plenum wird die Zahl der Nationalliberalen, die nach rechts pendelt, namentlich wenn sie vor der Frage gestellt werden, ob die Schulreform scheitern soll oder nicht, gewiß nicht unbedeutend sein. Ja, wie wir die Nationalliberalen kennen, fürchten wir, daß Herr Opitz nur zu recht hat, wenn er annimmt, es werde reichlich die Hälfte der nationalliberalen Fraktion im Ernstfalle für eine sogenannte Schulreform stimmen, die sich nicht wesentlich von der reaktionären Regierungsvorlage unterscheiden dürfte. Indes mag es kommen, wie es wolle: die Verantwortung für die Gestalt der Schulreform wird mit voller Wucht die Nationalliberalen treffen. Und dann mögen sie sich bei den nächsten Wahlen gratulieren!

### Herrn, wir Sachsen!

Wilhelm I. hat gestern auf dem friedlichen Boden eines Paradesplatzes den König Friedrich August zum Generalfeldmarschall ernannt. Dem jüngsten Feldmarschall für Friedenszeiten übereichtete Wilhelm II. persönlich den Marschallstab. Recht kann es mit Sachsen nicht mehr fehlen: der König Feldmarschall und der Kriegsminister — unter Militärpatrioten werden Purzelbäume schlagen. Wilhelm II. war aber auch sonst sächsischen Bürgern gern geadelt gesinnt. Der Präsident der Ersten Kammer erhielt den Schwarzen Adler, der "Schwarze" Kultusminister Beck den Roten Adler, ebenso die Minister Seydel und Böthum. Die Obergräfin Höhnel und Sahrer v. Sahr erhielten den "Roten" 2. Klasse, Mehnert den Kronenorden 1. Klasse. Herr Altmann, der das Leipziger Tageblatt und den Dorfangehörigen verlegt, erhielt neben dem Chefredakteur des Tageblatts und dem sogenannten Oberleiter der geheimen Leipziger Zeitung den "Roten" 1. Klasse. Das ist wohl der Orden, der an "alte Weise" verliehen wird, an treu gediente Leibärzte, Kammerdiener, Geh. expeditionäre Sekretäre, in Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen und Materialienhändlern mit altherübigen Dingern. Der Landtagapräsident Dr. Vogel musste sich mit dem Kronenorden 2. Klasse begnügen. Außerdem wurden noch einige Gendarmen, Schornsteinfegermeister und Materialienhändler mit altherübigen Dingern bedacht. Sogar ein Maurer wurde dekoriert. Der Ordensregen tropfte also bis ins Volk herab. Heuen sie, sin mir in Sachsen aber jetzt glücklich!

### Auf der Heilanstalt Hohwald.

In der Lungenheilstätte der Landesversicherungsanstalt kam es am Montag zu einer aufregenden Szene. Den Anlaß dazu gab eine Revision der Jollbeamten wegen ausländischer Blindhölzer. Die Anstalt legt besonders dich an der böhmischen Grenze. Eine größere Anzahl Patienten hatte auf den Spaziergängen die Gelegenheit benutzt, nach und nach einige Schachteln Streichhölzer in Böhmen aufzutauen, wo sie bedenklich billiger sind. Einer der Patienten, Rudolf Thiele aus Dresden, hatte die Jollbehörde von dem kleinen Blindhölzer vorrat der meisten Patienten benachrichtigt. Anfolge dieser Denunziation traf Montag nachmittag eine Anzahl Jollbeamten in der Anstalt ein, zu einer Zeit, wo jeder Patient nichtsahnend in seinem Liegeort ruhte. Alle Patienten wurden in den Saalraum verwiesen. Hier mußten sie warten, bis sie vor ihr Spind gewünscht wurden, das sie öffnen mußten. Nun durchschlitterten die "Jöllner" jeden Winkel des Saalraums mit grossem Eisern. Auch der Chefarzt, Sanitätsrat Schulze, nahm lebhafte Anteil an der Ermittlung der "Pashen". Als ein Patient, die Gefahr erkennend, zu seinem Schrank eilte,

um den Versuch zu machen, die Blindhölzer außerweit zu verborgen, wurde er vom Herrn Sanitätsrat entdeckt und mit der Bemerkung: "Hier habe ich gerade einen erwählt, als er sie verpaddeln wollte", dem Jollbeamten ausgeliefert. Einige der Patienten waren im letzten Augenblick das gefährliche Gut zum Fenster hinaus. Als der Denunziant Thiele dies gesehen, eilte er sofort zu den Jollbeamten und unterrichtete sie davon. Auf diese Weise ist es den Jollbeamten gelungen, etwa 30—40 Streichholzpackete zu fassen.

Die hierdurch entstandene allgemeine Aufregung war so groß, daß bei der Bissle am Abend fast sämtliche Körpertemperaturen über 37 Grad hatten. Es ist sogar bis zu 38 Grad gemessen worden. Auch heute noch liegen einige Patienten arg erschöpft in ihrem Bett. Es bedurfte wirklich aller Anstrengung der vorhandenen besonnenen Genossen, die erregte Masse von dem Verbrechen an dem Denunzianten zurückzuhalten. Als man auf dem Korridor, beim Erscheinen des Chefarztes, in stürmische Plutze ausbrach, legte sich der Herr Sanitätsrat ins Zeug. Er nannte jeden, der Plut geübt und es ihm nicht gestehen wollte, wiederholte einen Feigling. Als man aber dem Herrn die Tat des Verbrechers schilderte, konnte auch er seine Entlastung über dieses Denunziationsstückchen nicht verborgen. Alle Patienten waren voll Abend und Aufregung. Der Verbrecher beschloß, noch am selben Abend Hohwald zu verlassen. Angezogen in seinem Zimmer stand er es noch fertig, provokatorische Worte in die vor seinem Zimmer stehende, ausgeriegte Masse zu schleudern. Das war den Leuten denn doch zu viel. Man vergaß sich und verprügelte den Denunzianten. Laut Hilf schreiend lief er dann durch den Speisesaal, wo die meisten schon beim Abendbrot saßen, Schuß suchend in die Küche. Unter Schuß eines Jollbeamten und des Anstaltspersonals wurde Thiele dann noch am selben Abend gegen 8 Uhr nach Neustadt gebracht.

Wie über die Denunziation zu urteilen ist, darüber dürfte bei allen anständigen Menschen wohl nur eine Stimme herrschen; aber auch das Verhalten des Chefarztes ist nicht begreiflich. Er, der doch wissen muß, daß jede Aufregung den Patienten sehr schädlich ist, hätte veranlassen müssen, daß die ganze Geschichte in anderer Weise erledigt wurde. Ein anderer Weg hätte sich wohl gefunden, nachdem infolge der Denunziation ein Besuch der Jollbeamten unvermeidlich geworden war.

### Zwölf Protestversammlungen gegen die Teuerung

wurden am Mittwochabend in Dresden abgehalten. Sie waren sämtlich überfüllt und unter den Teilnehmern bemerkte man zahlreiche Angehörige der bürgerlichen Parteien, denn letztere seien auch in Dresden den unhalbaren Zuständen mit verschärften Armen zu. Die Versammlungen nahmen einen imposanten Verlauf und gestalteten sich zu einem gewaltigen Protest gegen die Ausbeutung des Volkes und den Lebensmittelwucher. Eine gleichlautende, scharfe und der Situation entsprechende Resolution gelangte überall einstimmig zur Annahme. Am Donnerstag werden in der Umgebung von Dresden noch sechs weitere Protestversammlungen stattfinden.

Zu den Lehrermäßigungen in Sachsen äußert sich die Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins wie folgt: "Teils unbefriedigt, teils kleinlich", so lautet im allgemeinen das öffentliche Urteil über die Lehrermäßigungen, die im Laufe der letzten Wochen und Monate im Königreich Sachsen erfolgt sind. Künftig Aulusminister Dr. Beck Ende vorigen Jahres in der zweiten Kammer noch mit einem gewissen Rechte seinen Angreifern entgegenhalten, es sei doch nicht so, daß in Sachsen jede Woche ein paar Lehrer an den Galgen gebracht würden, so ist das, was die Häufigkeit der Disziplinarstrafen betrifft, im Verlaufe des letzten Halbjahrs fast buchstäblich so gewesen. Daß eine derartige Häufung überhaupt möglich ist, und daß die in den einzelnen Fällen erhobenen Rücksichtsbeschwerden fast ausnahmslos gerechtfertigt werden könnten, ist nur aus der Eigenart des sächsischen Disziplinarrechtes zu erklären. An diesem ist so ziemlich alles dem freien Erwachsenen der Behörde überlassen; die Auslöser sind zugleich die Richter, und der Angestellte hat so gut wie kein Rekurs gegen das Gesetz. Von einem "Rechtszustande" im Sinne moderner Disziplinarrechte kann bei dieser Regelung wirklich nicht gesprochen werden. Selbst die Regierung, obwohl sie sich jetzt noch der ungenügenden Bestimmungen dieses Gesetzes bedient, erkennt die Reformbedürftigkeit an: ihre Vorschläge bleiben jedoch auf halbem Wege stehen. Es sollen zwar ordentliche Disziplinargerichte eingesetzt werden, aber in einer durchaus unbestrafenden Zusammenfassung; und gegen die einfacheren Disziplinarstrafen, die gerade bei der Mehrzahl der Maßregelungen in Anwendung zu kommen pflegen, soll es ein Ausruhen der richterlichen Entscheidung nicht geben. Hier hat leider auch die Schuldeputation der zweiten Kammer bisher nicht gründlich Wandel geschafft; sie hat zwar die Zusammensetzung der Berichte etwas abgeändert, ihre Zuständigkeiten aber nicht erweitert. Das aber muß vor allem und unbedingt geschehen, wenn die Dienststrafbestimmungen wirklich verbessert und die unhalbaren Zustände des sächsischen Disziplinarrechtes beseitigt werden sollen.

Der Gendarm am Grabe. Der Arbeitsschreiber Menle in Dresden erhielt einen Strafbefehl in Höhe von 60 Mark, der vom Schöffengericht in Welschen bestätigt wurde, weil er bei der Beerdigung eines Dissidenten am Grabe einige Worte gesprochen hat. Der Präarrer erklärte vor Gericht als Zeuge, daß er den Gendarmen mit Nebenwahrung des Begegnungsortes sprach habe. Daß die weltliche Polizei von der "hinterlistigen" Polizei solche Austräge entgegennimmt und ausführt, ist wirklich interessant.

Dresden. Der Stadtrat hat in der letzten Sitzung sich mit Maßregeln gegen die Fleischsteuerung beschäftigt. Vergangene Woche war der städtische Schlachthofdirektor nach Hamburg und Bremen gefandt mit dem Auftrag, sich schleunigst über den Stand des ausländischen Fleischmarktes zu orientieren und Verhandlungen mit leistungsfähigen Exportfirmen wegen abweidiger Lieferung sländischen frischen und Gefrierfleisches zu eröffnen. Dem Schlachthofdirektor gelang es, eine Offerte zu erreichen, durch die sich eine große Hamburger Exportfirma mit Hilfe ihres Londoner Hauses zur Vermittlung einer Probefsendung argentinischen Gefrierfleisches, das den Reichsgesetzlichen Einführungsvorschriften entsprechen soll, bereit erklärt. Ferner konnte von einer dänischen Importfirma ein verhältnismäßig günstiges Angebot für Lieferung dänischen frischen Rindfleisches für die Stadt erlangt werden. Diese dänische Offerte hat der Rat angenommen. Mit dem Verkauf dänischen frischen Rindfleisches kann daher voraussichtlich schon nächsten Montag in Dresden begonnen werden. Der Vertrieb des ausländischen Fleisches soll der hiesigen Fleischern übertragen werden; verhält diese sich ablehnend, dann wird der Bezug und Verkauf in städtische Rechte übernommen. Der Rat beschloß weiter, eine Petition an die sächsische Staatsregierung und an die Reichsregierung um Änderung der Einführungsvorschriften für lebendes Schlachtfleisch sowie frischen und Gefrierfleisch zu richten. Das erforderliche Berechnungsgesetz wurde vom Rat bewilligt und bei der Dringlichkeit die Bestellung des dänischen frischen Rindfleisches telegraphisch bewirkt. Mit der Durchführung der weiteren Maßregeln wegen des Vertriebes des Fleisches ist die Schlachthofverwaltung beauftragt worden.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Der Schaffner Heiduk der Automobil-Befehlslinie Freiberg-Holzwick-Mittweida ist nach Unterstellung der Sonntagsabnahme flüchtig geworden. — Ein Raubmordversuch wurde auf der Landstraße, die von Sulzbach nach Otenau führt, an einem Buchhandlungsgeschäft aus Freiberg in Sachsen verübt. Ein Wegelagerer verlangte von ihm mit vorgetauchtem Revolver Geld. Als dieses verneigt wurde, gab der Strich sechs Schüsse auf den Reisenden ab, der schwer verletzt wurde. — Der Offizierslieferant Siebert war gestern früh bei Sonnewalde aufgegangen. Etwa 500 Meter von der Ausflugsstelle stürzte der Apparat aus einer Höhe von etwa 50 Metern ab. Die Flugmaschine bohrte sich tief in den Boden ein und wurde voll

ständig zertrümmert. Bei dem Sturz wurde Sicher der Brust gebrochen, er erlitt außerdem einen Schulterbruch und eine schwere Verletzung des Halswirbels. Sein Zustand ist hoffnungslos. Der mitfahrende beobachtende Offizier Zimmermann erlitt schwere Fußverletzungen. Von den in Sonnewalde befindlichen sechs Apparaten, die am Kaisermanöver teilnahmen, sind jetzt fünf beschädigt, nur ein einziger ist noch intakt. — Ein tödlicher Unfall ereignete sich in Goritz bei Krögis dadurch, daß einem Monteur der Gröbaer Ueberlandzentrale ein Mast auf den Rücken fiel. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er im Meissner Krankenhaus, wohin man ihn gebracht hatte, verstarb. — Der 35jährige Antiker Schmidt fiel auf der Königstraße in Chemnitz von seinem Wagen herab. Er erlitt einen Schädelbruch und verstarb bald darauf im Städtischen Krankenhaus. — Der 60 Jahre alte Jäwald Eichhorn fiel in Chemnitz die Treppe hinab, wodurch er einen schweren Schädelbruch erlitt. Der Verunglückte starb, ohne daß Bewußtsein wiedererlangt zu haben. — Der Bäckermeister Holusch in Burgstädt möchte durch Erhängen seinem Leben ein Ende. — Bei einer Schlagerei erhielt ein 18-jähriger Handarbeiter in Annaberg eine derartige Ohrfeige, daß er das Bewußtsein verlor und an den Folgen verstorben ist. Zwei Beteiligte wurden verhaftet. — Der Maurerpolicier Markof stirrte im Dörschnitz i. C. bei einem Eisenbau 30 Meter hoch ab und erlitt den Tod. Innerhalb vieler Wochen ist dies der vierte tödliche Unfall. — Auf dem oberen Bahnhofe in Reichenbach i. V. wurde der bei der Unternehmensfirma Müller u. Söhne beschäftigte Bauarbeiter Schädlich, als er auf dem Nachhauseweg begriffen war, von der Polizei des einschreitenden Dresdner Personenzugs erfaßt, zur Seite geschleudert und am Kopf tödlich verletzt. — Wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an einem 15 Jahre alten Mädchen, wurde der 54 Jahre alte Schuhmachermeister L. in Elsfeld, der bereits wegen derselben Straftat vorbestraft ist, durch die Polizei verhaftet und in das Amtsgericht Alsfeld eingeliefert. Er hatte das Mädchen von der Straße in seine Wohnung gelöst. Anfolge Unabsicht stießen die beiden Mädchen des Eisenbahn-Auermanns Berndtberger in Stöbnitz bei Roßlitz, das eine acht, das andre fünf Jahre alt, in die dem Gutsbesitzer Schneider gehörende Haubengrube. Während das ältere Kind gerettet werden konnte, ertrank das jüngere, ehe Hilfe hinzukommen konnte.

## Aus den Nachbargebieten.

Aus dem Schwarzbürg-Rubolstädt Landtag.

Vor Eintritt in die Tagordnung der Landtagssitzung vom 11. September gab der Staatsminister v. d. Recke bekannt, er habe dem Hause das Rechtsgutachten des Dr. Raband mit dem ausdrücklichen Wunsche übergeben, daß es noch nicht veröffentlicht werden solle; es sei noch literarisches Eigentum des Verfassers und könne die Veröffentlichung als literarischer Diebstahl betrachtet werden. Gegen des Ministers Wissen und Willen ist aber das Rechtsgericht teilweise in die Presse gelangt, und sind daran ganz unzufriedene Schlußfolgerungen getroffen worden. Obgleich das Ministerium in der Auslegung des Grundgesetzes einig war, sind doch abweichende Meinungen über einzelne Fragen aufgetaucht, die von einer Autorität der Staatsrechtslehre begutachtet werden sollen. Keineswegs hat die Regierung damit eine Provokation der Mehrheit des Landtags gewollt. — Die Staatsregierung hat nicht die Absicht, die bestehenden Gefahren zu verschärfen, sondern auszugleichen. Das soll aber nicht heißen, daß die Regierung von ihrem bis jetzt vertretenen Standpunkt abgeht, sie glaubt, ihre Auffassung von dem Grundgesetz durchführen zu müssen. Bei Erörterung über Errichtung eines gemeinsamen Überversicherungsamtes für die beiden Schwarzbürg-Rubolstädtiner erklärte die Regierung, daß die Errichtung von Landkreisversäßen nicht in Aussicht genommen sei.

Unsre Fraktion hat im Landtag zur Gesetzesvorstellung folgende Interpellation eingebracht: Der Landtag wolle beschließen,

die Staatsregierung zu ersuchen, in Abetracht der gegenwärtigen herrschenden Fleischnot im Bunde des Deutschen Reiches für die größte Erleichterung bei Einführung von ausländischem Fleisch und Vieh einzutreten. Sie wolle weiter davon hinwirken, daß der Reichstag sofort einberufen wird, um zu dieser äußerst wichtigen Lebensfrage des Deutschen Reiches Stellung zu nehmen. Der Landtag möge ferner die Staatsregierung ersuchen, den Gewinden des Landes bei Fleischbezug für die ärmeren Bevölkerung eine weitgehende finanzielle Unterstützung zu gewähren, und seine Zustimmung erteilen, daß zu diesem Zweck vorläufig bis zu 20.000 M. aus den Überschüssen der abgelaufenen Finanzperiode verwendet werden.

### Kommunale Steuerpolitik.

Der preußische Staat hat bekanntlich die für seinen Steuerfadel sehr vorteilhafte Einrichtung getroffen, daß Einkommen von Mann und Frau einer Familie, wenn beide erwerbstätig sind, zusammenzulegen und als alleiniges Einkommen des Ehemannes zu versteuern. Dadurch wird erreicht, daß das Einkommen der Ehefrau, daß, wenn es nur bis zu 800 M. beträgt — was doch in den allermeisten Fällen zutrifft —, von der Veranlagung zur Staatssteuer bereit ist, auf Umwegen zu dieser herangezogen wird. Der Staat macht dabei ein seines Geschäft. In derselben Weise verhält aber auch die Stadt Erfurt. Der Ehemann mit bis zu 1200 M. Einkommen hätte 14.22 M. Gemeindeeinkommensteuer zu zahlen, Staatssteuer und Kommunalsteuerzuschlag würden, wenn er nur mit seinem persönlichen Einkommen veranlagt würde, den Gesamtbetrag von 23.22 M. erreichen. Die Frau, mit ihrem Verdienst von 800 M. allein eingesetzt, würde nur den gesetzlich fixierten Kommunalsteuersatz von jährlich 2.40 M. zu zahlen haben. Durch die Zusammenlegung ihres Einkommens mit dem ihres Ehemannes schnellt dessen Kommunalsteuersatz aber auf 41.08 M. hinauf. Würden Mann und Frau mit ihrem Einkommen getrennt zur Steuer veranlagt, so beläuft der Staat 9 M., die Gemeinde aber 14.22 M. und 2.40 M. = 18.62 M. Die Gesamtsteuersumme für Mann und Frau würde sich auf 25.20 M. belaufen. Durch die Zusammenlegung des Einkommens beider aber schlägt der Staat 2 M., die Gemeinde 41.08 M. für sich heraus, das ist eine Gesamtsumme von 67.08 M. oder ein Mehr von 41.46 M., wovon Vater Staat 17 M. und die Gemeinde 24.46 M. bekommt.

Aber nicht genug damit, daß das Gesetz diese Steuerschikanen für die arbeitende Bevölkerung geschaffen hat. So wird der Erfurter Tribüne ein Fall berichtet, daß in einer Arbeitersfamilie, die sich schon seit Jahren der Zusammenlegung des Einkommens von Mann und Frau entzieht, in diesem Jahre jeder Teil für sich gesonderte Steuerzettel erhielt, obwohl das Einkommen der Frau bei der Veranlagung des Mannes bereits mit verrechnet worden ist. Die Verhöhnung dieses Irrtums der Steuerbehörde war mit den üblichen Vorstellungen und Lauferelen verknüpft, bevor alles erledigt war. Aber die Erwartung der Betreffenden, seinerhin von solchen Scherzen verschont zu bleiben, war verfrüht. Als die Steuerzettel für das zweite Quartal kamen, wiederholte sich derselbe Vorgang. Dieselben Beschwerden mußten wiederholt werden.

Aber damit ist der Steuerleidelselch der in Niede stehenden Familie noch nicht erschöpft. Der Ehemann ist schon über 20 Jahre aus der katholischen Kirche ausgeschieden. Das hindert sie aber nicht, daß er im vorigen Jahre einmal die freudliche Auforderung erhielt, für die evangelische Gemeinde Kirchensteuern zu bezahlen, ein Anhänger, das natürlich zurückgewiesen wurde. Dafür ist nun die Frau zu Kirchensteuern veranlagt worden, und zwar ist hierbei der von Mann und Frau zusammengelegte Verdienst nicht nur das von der Frau allein erzielte Einkommen) zur Grundlage bei der Veranlagung der Kirchensteuer genommen worden. Sie ist auf Umwegen der seit fast einem Menschenalter aus der Kirche ausgeschiedene Ehemann doch noch der Kirche tributpflichtig gemacht worden. Allerdings nicht mehr lange, denn mit Ende dieses Jahres hört die Steuerpflicht auf, weil auf die

Ehefrau im Vorjahr ihren Kirchenanstritt erklärt hat. Und um das Nach voll zu machen, hat auch der bereit erwachsene, bei den Eltern lebende 22 Jahre alte Sohn der Familie, der überhaupt nicht getauft worden ist und deshalb nie in den Kirchenlisten geführt worden sein kann, in diesem Jahre einen Kirchenanstritt euergetzt erhalten. Und solche Scherzeien in einer einzigen Familie!

Im allgemeinen aber zeigen diese Vorkommen, wie sindig die Steuerbehörden sind, wenn es sich um das spärliche Einkommen der Arbeiter handelt. Wenn sich diese Behörden doch nur der hundertsten Teil so viel Mühe geben wollten bei der Ermittlung des Einkommens der reichen Leute!

Bitterfeld. Auf der Strecke Dessau-Bitterfeld werden jetzt täglich Probefahrten mit einem elektrischen Triebwagen unternommen, der gegenüber den bisherigen elektrischen Lokomotiven viele Vorteile aufweist. Er sieht sich nämlich aus zwei gleichen Teilen zusammen, die völlig unabhängig voneinander sind und jederzeit getrennt werden können. Das bietet eine Reihe von Vorteilen. So zog dieser Zug ein kaum 4 Meter langer Triebwagen vier Schnellzugs- und einen Güterwagen. Man hat aber auch die Lokomotive geteilt und je eine Hälfte vorn und hinten am Zuge angebracht. Dadurch ist den Führern die Möglichkeit gegeben, sowohl die Strecke vor als auch hinter dem Zuge zu überwachen, was zur Sicherheit des ganzen Betriebes wesentlich beiträgt.

Dessau. Ein tragischer Abschluß hat eine Liebestragödie gefunden. Der 20jährige Maurer Hermann Strauß überstieg vor einigen Tagen in der Schloßstraße seine Geliebte, ein 18-jähriges Mädchen, das das Verhältnis mit ihm lösen wollte und verlegte es schwer durch eine große Anzahl Messerstiche. Am Dienstag nachmittag hat sich der Täter im Gerichtsgefängnis mit einem Handtuch erhängt.

Sondershausen. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern abend auf Schacht Achte, bei dem drei Arbeiter schwer und eine Anzahl leicht verletzt wurden. Das Unglück wurde dadurch hervorgerufen, daß der hochsitzende Förderkorb gegen die Schwebeklinne stieß und insgesamt abrutschte. Bei dem Absturz zertrümmerte er die tieferliegenden Spannhölzer.

Gießen. Auf einem bei Detmold liegenden Messingwerk wurden gestern zwei Arbeiter bei Ausbaubarbeiten von hereinbrechenden Erdbrocken verschüttet. Der eine war sofort tot, der andre wurde schwer verletzt.

**Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!**  
Seid unausgesetzt tätig für die Werbung neuer Abonnenten!



**Thüringer Schokoladenhaus** (50 Verkaufsstellen). Geschäft Leipzig, Grimmaische Straße, Ecke Augustusplatz (Königsbau). Schokoladen- u. Zuckerwaren unverzagt preiswert. Ein Versuch u. Sie sind dauernder Kunde. Wieder-verkäufer erhalten Engrospreise. Kontor Leipzig; Tannhäuser Str. 19/21, II.



### Kleidersammelkarte

hierunter Lindener Köperwaren, ca. 50 bis 58 cm breit, gestreifte Muster sonst bis 2.95 M.

**Beginn Freitag, den 13., morgens 8 Uhr**

Unter den hier angeführten Waren zum Einheitspreis von 95 Pf. befinden sich Artikel, die einen weit höheren, teilweise doppelten und dreifachen Wert repräsentieren. Infolge der Güte der Waren ist eine selten günstige Einkaufsgelegenheit geboten.

Fragen Sie in allen Abteilungen nach Waren zum Einheitspreis von 95 Pf.

### Grikotagen — Herren-Artikel

Herren-Normalhemd . . . . .	95 M.	2 farbige Garnituren, best. aus:
Gef. Kinder-Anzüge, 6 Größen	95 M.	2 Serviteurs, 2 Paar Mansch. 95 M.
Damen-Unterhosen, gefüttert . . . . .	95 M.	1 eleg. farbige Garnitur . . . . . 95 M.
Knaben-Sweater . . . . .	95 M.	2 Paar Manschetten, 2 Knopf 95 M.
Grosse Pleids . . . . .	95 M.	2 Diplomaten od. Selbstbinder 95 M.
Gefütterte Hosenhosen . . . . .	95 M.	1 Selbstbinder, apartes Muster 95 M.
1 Kieler Motoren-Mütze . . . . .	95 M.	2 P. starke Herren-Hösenträger 95 M.
1 Mädchen-Teller-Mütze . . . . .	95 M.	1 Herren- o. Knaben-Sportmütze 95 M.
Mädchen-Reformhosen, gefüttert . . . . .	95 M.	3 weisse Serviteurs . . . . . 95 M.

**6000 Herrenkragen** abwaschbar in allen Größen und Formen . . . . . 6 Stück 95 M.

### Handschuhe — Strümpfe

2 Paar Damen-Uebergangs-Handschohe . . . . .	95 M.	3 Paar Damen-Strümpfe, engl. lg. 95 M.
1 Paar Damen-Handschohe Schweden, imitiert . . . . .	95 M.	2 Paar Damen-Strümpfe deutsch lang . . . . . 95 M.
1 Paar Damen-Handschohe, gef. 95 M.		2 Paar Damen-Strümpfe alle Kleiderfarben . . . . . 95 M.
1 Paar Damen-Glacé . . . . .	95 M.	2 Paar Damen-Strümpfe schwarz, durchbrochen . . . . . 95 M.
7 Paar Herren-Handschohe Schweden, imitiert . . . . .	95 M.	1 Paar Damen-Strümpfe kleiderfarben, durchbrochen 95 M.
2 Paar Damen-Handschohe, 1/2 lg. 95 M.		1 Paar baumw. Dam.-Strümpfe 95 M.
1 Paar Ball-Handschohe, extra lg. 95 M.		3 Paar Schweiß-Socken . . . . . 95 M.
1 Paar Ball-Handschohe, 1/2 lang mit Finger . . . . .	95 M.	1 Paar reinwollene Socken . . . . . 95 M.

### In der Wirtschafts - Abteilung

1 Putzkommode . . . . .	95 M.	1 Blech-Kaffeemühle 1/2 Pf. zus. 95 M.
1 Quirl-Garnitur, 7 teilig . . . . .	95 M.	1 Marktnetz zus. 95 M.
1 Topfbrett, 90 cm lang . . . . .	95 M.	1 Putz-u. Wochskast. Buchenholz 95 M.
1 Zigarrenschrank, Buchenholz . . . . .	95 M.	1 Hausapotheke, Buchenholz . . . . . 95 M.
1 Hausapotheke, Buchenholz . . . . .	95 M.	1 Marktnett zus. 95 M.

2 Grammophon-Platten . . . . .	95 M.	12 Stück Hyazinthen-Gläser . . . . . 95 M.
--------------------------------	-------	--

**Krug aufhaus**  
Johannisplatz, Ecke Querstr.

Damenhemden, Achselschluss mit Stickerei . . . . .	95 M.	Elegante Blusenschürzen . . . . . 95 M.
Damen-Fantasihemden, Band-durchzug . . . . .	95 M.	Damen-Reformschürzen . . . . . 95 M.
Damenhemden mit Languette . . . . .	95 M.	Blusenschürzen, blauweiss getupft . . . . . 95 M.
Damen-Kniebeinkleider . . . . .	95 M.	Türkische Teeschürze . . . . . 95 M.
Weisser Anstandsrock m. Volant . . . . .	95 M.	Schwarze Paname-Hausschürze 95 M.
Weiss. Anstandsrock, ausgeborgt . . . . .	95 M.	Waschschürze Wirtschaftsschürze 95 M.
Damen-Beinkleider mit Ein- und Ansatz . . . . .	95 M.	Gestreifte Mädchen-Schürzen in 7 Größen . . . . . 95 M.
Dam.-Nachtjacke, Körbarch . . . . .	95 M.	Dunkle Mädchen-Schürzen in 7 Größen . . . . . 95 M.
4 Erstlingshemdenchen . . . . .	95 M.	Schwarze Kinder-Schürzen in 6 Größen . . . . . 95 M.
3 bis 4 Kinderjüppchen . . . . .	95 M.	10 Kinderlätzchen . . . . . 95 M.
Elegante Untertaillen . . . . .	95 M.	2 Knaben-Schürzen . . . . . 95 M.

### Wäsche — Schürzen

Damenhemden, Achselschluss mit Stickerei . . . . .	95 M.	Elegante Blusenschürzen . . . . . 95 M.



</tbl\_r

# Zentralverband der Schmiede

Geschäftsstelle: Volkshaus, Reiterstr. 92  
Portal rechts, Hof 12x, Tiefenbach 1240

Geschäftsstelle: Normaltag von 8-9 Uhr  
mittags 12-1 Uhr und abends 5-8 Uhr

## Sonnabend, den 14. September, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Mitglieder-Versammlung im Volkshaus, Gartensaal.

Lagesordnung: [18570]  
1. Uebertritt zum Deutschen Metallarbeiter-Verband.  
2. Gewerkschaftliches.  
Jahrelches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

## Illustrierter Neue Welt-Kalender für das Jahr 1913 (37. Jahrgang). Preis 40 Pf.

Inhalt: Kalendarium. — Postliches. — Besichtenswerthe Adressen. — Statistisches. — Rückblick (mit Illustrationen). — Messen u. Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Die Vorgänge im nahen und fernen Osten. Von Dr. A. Conroy (mit Illustrationen). — Die Frauen und die Teuerung. Von L. Slotz. — Allerlei Statistisches. — Die missglückte Huldigung. Skizze von Karl Marchion (mit Illustrationen). — Der Minlöser. Gedicht von Johan Falkberget. — Wege zur Kultur des Arbeiterwohnung. Von Hugo Hägg (mit Illustrationen). — Fabeln. Von Robert Walter. — Der Kapitalismus und die Entwicklung des Flugsports. Von Felix Lissek (mit Illustrationen). — Worte der Lebensweisheit. — Am Wegweiser. Eine lustige Geschichte von Georg Busse-Palme (mit Illustrationen). — Aus weiter Heide. Gedichte von Franz Diederich. — Die Schuhindustrie und Ihre Bekämpfung. Von Emil Krause (mit Illustrationen). — Die Säuglingsärztlichkeit und Ihre Bekämpfung. Von Dr. R. Wulff. — Klage der Fabrikarbeiterin. Gedicht von A. Ellinger. — Tütje Kranje. Eine heiligohinter Geschichtie von Wilhelm Holzner (mit Illustrationen). — Die Eroberung des Südpols. Von Gr. Engelbrecht (mit Illustrationen). — Aus einem Arbeitertempel. — Das nördliche Belagerungsgebiet zur Zeit des Sozialtempesetzes. Erinnerungen von H. Thomas. — Proletarier. Gedicht von Ludwig Pratsch. — Auf Nachtposten. Eine Soldatengeschichte von August Winnig (mit Illustrationen). — Gedichte von Heinrich Kämpchen. — Der internationale Riesenkampf der Bergarbeiter. Von Franz Pokorny (mit Illustrationen). — Anekdoten. — Unsere Toten (mit Porträts). — Nachdenkliches. — Fliegende Blätter. — Zuviel des Guten! — Für unsere Rösselsöser. — Ausserdem vier Bilder: Reisezeit. — An der Tränke. — Die Plätzterrinnen. — Der Lockspitzel. — Ein Vierfarbendruck auf Kunstdruckpapier. Mittagspause im Hamburger Hofen. — Ein Wandkalender.

Zu bestellen:  
Leipziger Buchdruckerei A. G., Abt. Buchhandlung, Leipziger Tauchaer Str. 10/21, und deren Filialen: Leipzig, Zeitzer Str. 32 — L.-Volkmarendorf, am Markt, Ecke Elisabeth- und Zollhoferstrasse — L.-Plagwitz, Weissenseelser Strasse 10 — L.-Lindenau, Lützner Str. 41 — L.-Schönefeld, Leipziger Str., Ecke Schmidt-Rühl-Str. Alle Austräger der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

## Bücher-Ramsch-Halle Burgstrasse 22—24.

Inserrate müssen an die Expedition, nicht aber an die Redaktion gerichtet werden.

## Kleiner Anzeiger

### Vermietungen

Zentrum.  
Logis sofort zu vermieten  
Leipzig, Kärtnerstraße 28, IV. I.  
zu erfr. Lind., Verlebberger  
Str. 25, d. l. v. nachm. 2—6.

Hans Eitner  
Rauchgut, 6. g. Markt 6  
Tel. Nr. 2, Nr. 18500,  
Nr. 20310.

Süden.  
Probstdenben Nr. 18  
kleines Logis zu vermieten.

Westen.  
Eythr. Str. 12c, Elzsch., Neu-  
bau, 1. Et., 380 M., sofort zu ver-  
mieten, Elzsch., Dieskastr. 38, III. r.,  
leere Stube an anst. Näßchen.

Verhäuser

Neue u. gebrauchte Möbel, ganze Ausstattung, v. f. bill. N.-Mockau, Bolzbergstr. 31, I., Mehner. \*  
Pl.-Sof. 25, Teppich 15, Plüschi-  
Girn. 10, Kinderbettst. 5, verl.  
Sof., Brandst. 21, I. r.

2 frz. echi nubh. Bettst. m. M.,  
2 engl. 88, sch. Plüschi, Plüschi-  
garn., rot 30, bl. 15, 20, 20,  
Bett. 28, Sofas. 8, — ti. 3, 4, 6  
u. v. j. b. Pl., Nonnenstr. 30b.  
Bettsof., Sof., Bettst. m. M., Et.,  
Abt., Sp. Bayernsost. 72, I.r.

1 Bettstelle mit Matratze  
zu verl. Täubchenweg 7.

Plüschiosa, Alsf., Bett., Stur-  
garden, Studzi., Bettst. m.  
Matr., Vorst., Küchenmöbel  
bill. Et., Dreilindenstr. 23, I. I.

Bettstelle m. Matr. billig zu  
verl. Gundorferstr. 10, III. r.

Bettst. M., Schr., Nachst. je 15,  
Zährt. 20, Bett. 28, el. Abt. 12, 21, r., Sternwarterstr. 61, I.

Webr. Stühlen, Stühle, Bettst.  
m. Matr. Aurelienstr. 4, pt. 1.\*

Damen Monats-  
Garderobe  
Wächterstr. 24, II., kein Laden  
wenig getr. eleg. Straßen- u.  
Ballkleider, Kostüme, Blusen,  
Mäntel, Röcke, Jackets, schw.  
u. farbig, sowie Gelegenheits-  
stücke aller Art spottbillig. \*

Mehr Sonntage geöffnet

### Rote Speisemöhren

verkauft in Lindenau bei den Feldscheunen an den  
Wochentagen nachmittags pro Kiste 2.50 M.

Leipziger Westend - Baugesellschaft.

Holz-Schuhe, Pantoffeln

Gardinen  
in Räumen von 1 bis  
5 Fenstern spottbillig ab-  
gegeb. Schülersstr. 15, I. Etage.

2 hochfeine Anzüge  
• eleganter Ulster •  
billig zu verkaufen. \*

Pflaßendorfer Str. 20, Et. 6, p.  
Leder Auschnitte u. Abfall,  
die Werkzeuge, Leisten  
bill. Et., Merseburg, Str. 33. \*

Plagwitzer  
Monats-Garderobe.

Staunend billige Preise,  
Gefrohdanzlige auch leihweise.

Martin Müller

73 Jägerstrasse 73.  
Gr. Auswahl in hochherrschaf.,  
getr. Dam- u. Kindergard.,  
Kostüm-, Ball- Kleider,  
und Gesellschaft.

in Seide u. Wolle, Sommer-  
kleider v. 4 An., Mantel,  
schwarz u. farb., Blusen und  
Jackets von 75 à an empf.

Frau Heidel, Windmühlen-  
strasse 18, I., Nähe W.-Hirschi. \*

Trauringe 4 von  
massiv Gold

Gustav Kaniss

Tauchaer Strasse 6.  
10 Proz. Rabatt. [11332\*]

Schallplatten

Nadeln u. Reparaturen bill.

Friedrichstr. 15, I. \*

Bandoneon, oktaöön, As-  
tur, 106 stimig, zu verkauf.

Co., Innenauer Str. 12, II. I.

Strid-Maschinen

zu Fabrikpreisen.

Gebe darauf laut Vertrag

lohnende Arbeit.

Eduard Arendt

Eisenbahnstraße 2 und  
Bornaische Straße 42.

Grude-Ofen umzugsh. zu ver-  
kauf. Lind., Kaiserstr. 58, II. I.

Prachtv. H. u. D. Räd., Frif. bl.  
Seb.-Bach-Str. 38, I., Eighdi. Vogel.

Gebr. Fahräder, Riesenaustr. v.  
12. Man. Beethovenstr. 11. \*

Knaben- u. Herren-Rad, à 25 M.,  
Damen-Rad 45. & Markt 2, IV. \*

Handw., Räd., Deichs. verl. Jr.  
Findeisen & Co., Münchstr. 68. \*

Eleg. fast neu. Kinderwag. bill.

Psaffend. Str. 20, Et. C.II. feig.

Kinderwagen, Kinderfuß-  
5. & Riebeckstrasse 28, III. \*

Brennholzverkauf à Rorb 50,-  
4-Uhr. Sch. Sonnabend 10. \*

Ein Posten kleine Läufer-

schweine preiswert zu verl.

Ellsb. Haldorn, Dorotheenstr. 2,

Pl., Weißenfelser Str. 43, I. Laden,

Neujahrsfeier (Straßenbau).

Arbeitsmarkt

Handarbeiter

mit Schippe und Hacke

werden angenommen in der

Adelheidstrasse in

Neujahrsfeier (Straßenbau).

Die Expedition der Leipziger Volkszeitung.

## Rotti-Bouillon-Würfel

5 Stück 20 Pfennig



einzelne Würfel 5 Pf.

sind für jede Küche unentbehrlich.

Hausody & Schwarz, Rotti-Gesellschaft m. b. H., München

### Schuhwaren - Enghardt

Südplatz 2 Eingang Hörselerstr.

Billige Preise. Gross-Auswahl.



### Hygien.-Bedarf Artikel



### Für Mutter's Liebling



Alle Herren  
könn. sich hoch-  
eleg. u. f. bill.  
kleiden. Neue u.  
wen. gef. A. u. P., Frack., Hos., Frhj.  
Pal., Gesellsch., Anz. u. Ichthw.  
Monatsgarderobe Schau!

Grosse Fleischergasse Nr. 10  
Goldene Krone, im Hause  
der städtischen Speiseanstalt.

Teppiche  
m. H. Web. ehrlern, spb.  
Salzgässch. 7, Hof 1. Et.

### Schuhwaren

kauf man in anerkannter guter  
Ware zu billigen Preisen bei  
A. Günther

Lindenau, Aurelienstr. 38  
an der Gutsmuthsstraße.  
Große Auswahl in 100

Sandalen und Turnschuhen.

Reparaturen schnell u. sauber.

Der Arbeitsvertrag  
des gewerb. Arbeiters  
und Betriebs-Beamten.

Der gewerbliche  
Lehrvertrag  
mit Beispiel. u. Formularen  
von Hermann Mattat.

Preis 50 Pf.

Zu beziehen durch die  
Filialen und Austräger  
der Volkszeitung.

Leipzig, Buchdruckerei A.G.

Zigarren-Langer  
neben dem  
Volkshaus

Zigaretten  
Rauch-,  
Kau-,  
Schwipf.,  
tabak empfiehlt Mag. Georgi,  
Al.-Schloßer, Dieskaustr. 31.

Erläuterungen  
des  
Versicherungsgesches  
für Angestellte.

von Arthur v. Francois  
Preis 30 Pf.

Leipziger Buchdruckerei  
Aktiengesellschaft.

Uhren  
Goldwaren  
Optische Artikel

Eigene Werkstatt  
für sämtliche Reparaturen zu  
bekannt billigen Preisen.

Edgar Illguth  
Uhrmacher, Reitzenh. Str. 21.

Gardinen  
Reister, 1-5-Zent., spb.  
Salzgässch. 7, Hof 1. Et.

## G. Jentzsch

(Naturheilversfahren)  
Leipzig-Plagwitz, Karl-Heine-Str. 53

— Fernsprecher 8198. —

Metallformer auf Schieber  
gesucht.  
M. Große, Aurelienstr. 58/58.

Herren u. Damen  
welche sich zum Besuch von  
Privaten eignen, bei hohem  
Verdienst für hier und aus-  
wärts gesucht. Off. L. Z. 7857

Kräft. Arbeitsbüroschen sucht  
Richter, Schönes, Dimpfelst. 44

Kräft. Schuljunge gesucht.  
Nürnberg, Str. 4, Buchbläder.

Großer kräftiger Schuhnabe  
Radfahrer, sofort gesucht.  
E. Volkmar, Mariann- u. Radwitz, I.

Kräft. Schuljunge gesucht. Müller,  
Nest. z. Börse, Gothaer Str. 55.

1. Bass (Solist) f. gutes  
Quartett gesucht.  
Nur Herren, welche Ausdauer  
haben, woll. sich meld. Off. u.  
K. 42, Filiale Volksbank.

Unterricht

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 12. September.

**Geschichtsalmanach.** 12. September 1740: Der Schriftsteller Johann Heinrich Jung (Jung-Stilling) zu Grund in Westfalen geboren (\* 1817). 1800: Der Dichter Friedrich v. Uechtritz in Görslitz geboren (\* 1875). 1820: Der Maler Anselm Feuerbach in Speyer geboren (\* 1880). 1830: Der Dramatiker Christian Dietrich Grabbe in Detmold gestorben (\* 1801). 1876: Der Dichter Anastasius Grün in Graz gestorben (\* 1806). 1877: Der Komponist Julius Rieck in Dresden gestorben (\* 1812).

Sonnenaufgang: 5,30, Sonnenuntergang 6,22.  
Mondaufgang: 7 vorm., Monduntergang: 6,50 nachm.

**Wetter-Prognose für Freitag, den 13. September.**  
Leichte Nordwinde, heiter, nachts kühl, tagsüber wärmer.

## Aus dem Stadtparlament.

Die nahenden Stadtverordnetenwahlen werfen ihre Schatten schon in die Verhandlungen des Kollegiums jetzt voraus. Nicht nur die Debatten legen Zeugnis davon ab, auch die Eingaben an das Kollegium beweisen dies. Ein klassisches Beispiel dafür ist die Debatte über den städtischen Flugplatz in Modau, und die Eingabe des Rechtsanwalts Brecht auf Verteilung des städtischen Dreiklassenwahlrechts, sowie die des Vereins gegen Unwesen in Handel und Gewerbe, die Umsatzsteuern für Großbetriebe einzuführen. Die reaktionäre Tendenz der Umsatzsteuereingabe liegt klar zutage. Anders ist es indes bei der Brechischen Eingabe. Hier wird nicht gesagt, wie das Wahlrecht aussehen soll, das man wünscht; man kann nur aus der Wendung, die durchgesetzten Liberalen von 1910 seien im Kollegium jetzt unvertreten, schließen, daß es so geändert werden soll, daß die Liberalen eine Vertretung bekommen. Also vom allgemeinen gleichen Wahlrecht ist nicht die Rede. Und doch werden sich die kommenden und zukünftigen Stadtverordnetenkämpfe um die Frage drehen; denn daß die Stadtpolitik nur im Sinne der Bestehenden getrieben wird, wird der minderbemittelten Bevölkerung immer fühlbarer. Hat sich aber der Gedanke erst einmal im Hirn der Entschiedenen festgesetzt, daß hier nur eine radikale Änderung in der Zusammensetzung des Kollegiums helfen kann, so wird es wie beim Dreiklassenwahlrecht zum Landtag geschehen: es wird bestreitigt werden. Dass dieser Zeitpunkt bald eintritt, wird schon die nächste Stadtverordnetenwahl zeigen. Inzwischen die nächsten Stadtverordnetenwahlen die Debatte über den Flugplatz beeinflussen, kann man an der Tatsache sehen, daß man jetzt — wenigstens mit Worten — gegen die großen Ausgaben zu Felde zieht, um den Steuerzahler nicht zu erhöhen. Was nützen aber die schönen Worte und Versprechen, wenn man durch Taten alles zunichte macht!

Da wir uns über die Flugplatzvorlage schon ausführlich geäußert haben, so sei, um die gestrige Debatte verständlich zu machen, nur folgendes kurz wiederholt: Die Stadt gibt einer zu gründenden Aktiengesellschaft 200 Acker Land auf Mockauer Flur auf 30 Jahre unentgeltlich zur Nutzung des Flughafens und zum Bau einer Luftschiffhalle. Das Land bringt pro Acker jetzt jährlich 58 M. Pacht, diese Summen sollten der Stadt nach dem Willen des Rates auf 30 Jahre entgehen. Die Stadt stellt das Gelände aber zu einem Flugplatz her, wofür vorläufig 190 000 M. Kosten geschägt werden. Dem Pächter zahlt sie 30 000 M. Abstandsgelder und der Aktiengesellschaft jährlich 20 000 M. Zuschuß, bis sich das Aktienkapital mit 4 Prozent verzinst. Also eine Viertelmillion einmalige Ausgaben, jährlicher Zinsverlust dieser Summe, Pachtzinsverlust für die 200 Acker und 20 000 M. jährlicher Zuschuß. Dabei schreibt der Rat in seiner Begründung, „dass man hoffen darf, dass die Luftschiffahrt für die Zukunft nicht nur in militärischer Hinsicht, sondern auch für den Verkehr Wichtigkeit erlangen werden. Also für eine vorläufig rein militärische Angelegenheit soll die Stadt solch enorme Summen aufwenden. Was nützt es, wenn angefangen die Tatsachen der Referent hervorhob, die Ausschüsse hätten der Vorlage nur schweren Herzens zugestimmt. Es ist höchstens ein Beweis dafür, dass hier städtische Gelder für eine Sache verwendet werden, für die sie nicht da sind. Genossen Langen als Fraktionsredner wies denn auch darauf hin, dass das Reich die Kosten für den Luftschiffmilitarismus auf die Industriebezirke abwälze. Gegen dieses Bestreben müsse man sich wenden. Diese Ausgaben vertrügen sich mit der Kommunalpolitik und besonders auch mit den Finanzen der Stadt nicht. Man könne den technischen Fortschritt fördern, ohne daß man gleich derartige Unterstützungen eintreten lasse. Das Privatkapital solle doch zeigen, was es zu leisten vermöge. Die städtischen Aufgaben seien so groß, daß beim gegenwärtigen Finanzstand wahrscheinlich eine Erhöhung des Steuersatzes eintreten müsse. Dass unser Redner mit seinen Ausführungen ins Schwarze getroffen hatte, bewies die Art, wie sich der Oberbürgermeister bemühte, sie zu entkräften. Seine Mühe war vergeblich, ja verstärkte die Wirkung der Langen'schen Rede noch dadurch, daß er ein Loblied auf die uneigennützigen Kapitalisten sang, die ihr Geld und ihre Mühe dem Gemeinwohl opferen. Es mußte auch zugestehen, daß mit der Erhöhung des Steuersatzes gerechnet werden müsse; der Zeitpunkt dafür könne noch nicht angegeben werden. Vorsteher Dr. Nothe sprach auch von schweren Herzen, mit dem man der Vorlage zustimme. Auch er beurteilt die Finanzlage der Stadt sehr skeptisch; Steuererhöhung müsse in kurzer Zeit kommen. Nur griff Genosse Pöllendorf in die Debatte und stellte die im Bericht abgedruckten Anträge. Dr. Dittrich bekämpfte sie so scharf er nur konnte, aber mit völlig negativem Erfolg. Obwohl Dr. Dittrich als leichten Triumph ausspielte, das Unternehmen kommt nicht zustande, wenn Sie den Anträgen zustimmen. So wurde der Antrag, den Stadtverordneten den Vertrag erst vorzulegen, doch mit 28 gegen 27 Stimmen angenommen. Auch der andre Antrag, daß die Gesellschaft Pachtzins zahlen müßt, sobald sich ihr Kapital mit mehr als 4 Prozent verzinst, wurde mit erheblicher Mehrheit angenommen. Damit war die öffentliche Sitzung beendet. Es folgte ihr noch eine geheime, in der auch sehr wichtige Beratungsgegenstände verhandelt wurden.

## Amtliche Auskündigung über die Angestelltenversicherung.

Die Handelskammer Leipzig hatte in Verbindung mit der Gewerbeakademie und dem Landwirtschaftlichen Kreisverein für Mittwochabend eine Versammlung nach dem Kristallpalast einberufen, in der Dr. Thissen, Referent bei der Altersversicherungsanstalt für Angestellte über die Angestelltenversicherung sprach. Welches hohe Interesse namentlich die Angestellten dieser Versicherung entgegenbringen, geht daran hervor, daß schon lange vor Beginn der Versammlung die große Alberthalle abgesperrt wurde. Ob freilich die Erwartungen erfüllt wurden, mit denen sicher ein ganzer Teil der Versammlungsbefürcher kam, muß bezeugt werden, denn Dr. Thissen betonte gleich zu Eingang seines Referats, daß er nicht über Wert oder Unwert des Gesetzes für die Beteiligten rede wolle, sondern lediglich über die Ausführung des Gesetzes so wie es heute ist. Der Referent hielt sich auch vorsichtig an diese Aufgabe, so daß viele der Versammlungsbefürcher anhörernd enttäuscht den Heimweg angetreten haben. Hörten sie doch nichts von den Leistungen, die das neue Gesetz für die versicherten Angestellten bringt. Gerade hierüber muß aber noch sehr eingehend gesprochen werden. Der Wahlauschluss der Freien Vereinigung wird dafür sorgen, daß die Ausklärung über diesen Punkt einen breiten Raum in der Agitation für die Vertrauensmännerwahl einnehmen wird. Schon jetzt seien die Interessenten auf die Versammlungen aufmerksam gemacht, die der Wahlauschluss der Freien Vereinigung demnächst veranstaltet. Dort werden die versicherten Angestellten genau erfahren, wie gering die Leistungen der neuen Versicherung sind, gegenüber den hohen Beiträgen, die gezahlt werden müssen. Im Rahmen des Gesetzes möglichst viel Vorteile für die Versicherten herauszuholen, ist nur möglich, wenn bei der Vertrauensmännerwahl das fortschrittliche Element den entscheidenden Einfluss erlangt. Vorbedingung hierzu ist, daß jeder Versicherungspflichtige sich eine Versicherungskarte beschafft, die als Wahlausweis dient. Die Wahl findet leider nicht an einem Sonnabend statt, wie ursprünglich angestimmt wurde, sondern in einem Wochentag, und zwar für Angestellte Donnerstag, den 24. Oktober, von vormittag 9 Uhr bis nachmittag 7 Uhr.

Für Leipzig sind 20 Stimmberechtigte geschaffen, die in Nr. 210 der Volkszählung veröffentlicht worden sind.

Der Versuch des Zentralverbandes der Handlungsgesellschafter, durch persönliche Vorstellung beim Wahlleiter, Stadtrat Lampe, eine Verlegung des Wahltermind auf Sonntag nachträglich herzustellen, wurde abgelehnt. Der Wahlauschluss der Freien Vereinigung wird binnen kurzem seine Kandidatenliste zur Vertrauensmännerwahl veröffentlichen. Schon jetzt gilt es, für diese fortschrittliche Vorschlagsliste lebhafte Agitation zu entfalten, damit die Reaktionäre in Angestelltenkreisen nicht den überwiegenden Einfluss bei den Selbstverwaltungsbürgern der neuen Versicherung erhalten.

## Gebühren erhöhung der Stellenvermittler.

Ueberraschend kommt die Nachricht, daß der Rat der Stadt Leipzig bestreitet, die Gebühren der Stellenvermittler zu erhöhen. Das Gewerbeamt soll keinen Stadtrat Joppi hat sich von einigen Stellenvermittlern die Ohren vollblasen lassen und flugs geht er hin und arbeitet eine Denkschrift aus, die er den Gehilfenorganisationen zur Begutachtung vorlegt. Er will den Stellenvermittlern, diesen Parasiten am Volkssöldner, die der Gesetzgeber angesprochenenmaßen mit dem Stellenvermittler möglichst zum Aussterben bringen zu lassen, die den brotlosen Arbeitern aus der Tasche gezogen werden sollen. Ein seiner Plan, was? Wir hätten nicht für möglich gehalten, daß selbst der Begehrte des Gewerbeamtes Leipzig, dessen soziale Unfähigkeit allerdings vorwärts ist, eines solchen Unterfangens fähig wäre. Es will fast scheinen, als ob dieser Herr aus eigenem Antriebe gehandelt hätte, ohne die Genehmigung des Gesamtrates einzuholen. Denn der Anschlag auf die Taschen der Stellenvermittler ist so ungemeinerlich, daß man dem Gedanken, die Arbeit habe die Billigung des Gesamtrats gefunden, zunächst nicht Raum geben möchte. Darüber wird ja in den nächsten Tagen Klarheit werden.

gestern tagten nun zwei von allen Gewerbeakademien, in denen Herr Robert Seidle aus Berlin über den Anhalt der Deutschen referierte. Der Redner führte aus, daß das am 1. Oktober 1910 in Kraft getretene Stellenvermittlergesetz ein wenig gegen den bis dahin betriebenen schrankenlosen Stellenwechsel gewirkt habe. Am wichtigsten war § 5 wegen der festzugegenden Taxen. Das Gewerbeamt schlägt jetzt vor, die Taxen zum Teil um 150 Prozent zu erhöhen. Es muß Kopfschütteln erregen, wenn eine Behörde den Stellenvermittlern in dieser Weise beipringt. Die Behörde tut dies, weil sie meint, die Stellenvermittler gingen sonst kaputt!!! Diese Illusion wird zur Erhöhung der Existenz von 55 Renten ins Wert gesetzt, denen zu Liebe die Arbeitslosen in die Tafeln greifen sollen. Dieses Vorhaben setzt auf die Behörde ein ungünstiges Licht. Die Kreishauptmannschaft setzt den Vereins- und gemeinnützigen Arbeitsnachweisen unzureichend gesetzt. Mit allen möglichen Flunkereien haben die Stellenvermittler es verstanden, die Behörden für sich günstig zu stimmen. Die Dreistigkeit der Stellenvermittler geht so weit, zu verlangen, daß diejenigen noch Extrahablagen an sie abzuhängen sollen, die eine Lohn erhöhung erhalten. Das Gewerbeamt hätte sich die Statistik über die Lage der Stellenvermittler sparen können. Wenn es schon Statistik machen will, hätte es eine solche über die Beuerungs- und Wohnungssfrage aufnehmen sollen. Das Gewerbeamt hätte aber vor allem Umfrage bei den Arbeitslosen halten müssen, ob sie in der Lage sind, den Stellenvermittlern noch mehr geben zu können, und ob nicht der Gerichtsvollzieher bei ihnen Stammgut sei? Das Gewerbeamt behauptet, die Stellenvermittler müssten mindestens ein Einkommen von 2100 Mark haben. Hat man noch nichts von der doppelten Anwendung der Stellenvermittler gehört? Die Tätigkeit der Stellenvermittler ist aber vollständig überflüssig, und wenn sie ihre Falten weiten, so würde dennoch kein Arbeitermangel eintreten. Mit solcher Wärme, wie in Leipzig, wo bläher noch keine Behörde für die Stellenvermittler eingetreten. Der Leipziger Behörde scheint es weh zu tun, daß die Zahl der Stellenvermittler herabgegangen ist. Das ist aber der Zweck des Gesetzes gewesen. Das Gewerbeamt handelt direkt gegen den Willen des Gesetzgebers. Das muß auch der Rat von Leipzig wissen. Das Gewerbeamt liegt in seiner Denkschrift, daß besonders diejenigen mit höheren Gebühren herangemommen werden sollen, die am meisten Trüngelder bekommen. Dies sind die Kollegen, die Gehilfen bei Festen usw. leisten, die in ihrer Masse schon sie wie so dem Stellenvermittler den größten Teil des Gewinns aufzubauen müssen. Das Gewerbeamt hätte aber, ehe es diesen Vorschlag macht, bei der Steuerbehörde anfragen sollen, wie es um den Geldbeutel der Stellenvermittler bestellt ist? Die kommunalen Behörden sind dazu da, dem Gesetz Respekt zu verschaffen. Das Gewerbeamt Leipzig will es aber illustriert machen. Der Redner schloß unter allgemeinem Beifall mit dem Ruf: Fort mit den gewerbsähnlichen Stellenvermittlern!

Die Diskussion bewegte sich in den gleichen Bahnen. An der Nachmittagsversammlung legte Stadtverordneter Kressin dar, daß der Rat einmal einen Anlauf gemacht habe, den kommunalen Arbeitsnachweis auszubauen. Der Rat sei aber Schritt für Schritt vor den Unternehmern zurückgewichen. Die Gehilfen würden daher von dieser Seite nicht viel zu erwarten haben. Ebensoviel Ansicht sei beim Stadtverordnetenkollegium vorhanden. Nur die

sozialdemokratischen Vertreter würden energisch alles tun, um die Interessen der Gehilfen zu wahren. Dies sollten die Gehilfen bei den kommenden Wahlen bedenken. In der Nachversammlung sprach u. a. in der Diskussion Stadtverordneter Tiefe, der darlegte, daß bisher nur die sozialdemokratischen Vertreter im Stadtparlament energisch die Interessen der Angestellten im Gastwirtsgewerbe wahrgenommen hätten. Es sei notwendig, bei den dreijährigen Stadtvorwahlen ein besonderes Augenmerk auf die Kandidaten zu haben. In seinem Schlusswort stimmte der Referent dieser Mahnung unter allgemeinem Beifall zu und gab bekannt, daß das Stadtvorwahlenkollegium um Hilfe angegangen werden soll. Es wurde schließlich diese Resolution angenommen:

„Die am 11. September im Centraltheater tagende öffentliche Versammlung der gastwirtschaftlichen Angestellten Leipzigs nimmt mit bestremtem Interesse davon, daß der Rat der Stadt Leipzig schon wieder eine Rendierung, und zwar eine Erhöhung des Gebührentarifs angunten der Stellenvermittler beabsichtigt. Die für diese Maßnahme geltend gemachten Gründe können die Versammlung nicht als berechtigt anerkennen. Die hervorgehobenen Mühewaltungen der gewerbsähnlichen Stellenvermittler im Gastwirtsgewerbe sind im Verhältnis zur Bezahlung gering. Die Aufwendungen für Annoncen und sonstige Reklame sind überflüssig, da den Stellenvermittlern stets genügend Personal kostenfrei zur Verfügung steht. Das Aufsuchen von Kundschafft seitens der Stellenvermittler, um Vertragsgeschäfte zu erledigen, ist nach dem Gesetz verboten, wodurch ja auch große Ausgaben, wie Weinzeichen usw. unnötig gemacht werden. Für Leipzig besteht ein Bedarf für gewerbsähnliche Stellenvermittler überhaupt nicht mehr, da genügend kostenlose Arbeitsnachweise vorhanden sind. Die vom Rat der Stadt Leipzig geplante Maßnahme ist geeignet, die Interessen der gastwirtschaftlichen Angestellten nicht bloß in Leipzig, sondern auch in anderen Städten an schwerste zu schädigen, da zu berücksichtigen steht, daß das Vorgehen der Leipziger Behörde auch an anderer Orten Nachahmung finden dürfte. Die Versammlung sieht sich deshalb aus den angeführten Gründen veranlaßt, gegen die beabsichtigte Maßnahme des Rates energisch zu protestieren und erucht dringend um Abweisung der Anträge der Stellenvermittler.“

## Einführung in die Biologie.

Um Abschluß an den zweiten Vortrag, der lediglich die allgemeinen Tatsachen der Entwicklungstheorie brachte, behandelt der Vortragende in seinem gestrigen (dritten) Vortrage die Tatsachengruppen, die speziell für die natürliche Abstammung des Menschen sprechen. In einer Reihe von guten Abbildungen bezeugte Genoss V. zunächst die rein äußerliche Ähnlichkeit zwischen Mensch und Menschenaffe, darauf ging er zu einer Vergleichung der einzelnen Körperteile und inneren Organe bei Mensch und Affe über, wobei er z. B. feststellen konnte, daß der Mensch in seinem Skelett dem Affen sehr ähnlich gebaut ist, infolge nämlich, als er die gleiche Anzahl von Knochen und diese Knochen in gleicher Anordnung, wie sie der Menschenaffe hat, besitzt. Deshalb ist aber die Anzahl und Anordnung der Knochen beim Menschen und Affen dieselbe, weil der Menschenkörper sich aus einem Affenkörper heraus entwickelt hat.

Die sogenannten rudimentären und überflüssigen Organe, deren der Mensch 212 besitzt, beweisen weiterhin die Entwicklung des Menschen aus tierischen Urformen; denn ihre Existenz kann nur erklärt werden als Überbleibsel, als Erbstadt aus früheren tierischen Urformen (z. B. die Ohrmuscheln, den Blinddarm usw. beim Menschen).

Daraufhin gab der Referent die wichtigsten Tatsachen aus der embryonalen (vorgeburtlichen) Entwicklung des Menschen, die ebenfalls nur im Sinne der Abstammungstheorie gedeutet werden können (z. B. Wiederholung der Fisch- und Wurmstufe, embryonale Haarbildung, Geschlechtsentwicklung usw.).

Im zweiten Teil seines Vortrags behandelt der Redner dann die Ergebnisse der Prähistorie oder Urgeschichte, und zwar wurden die wichtigsten Typen dieser Funde vorgeführt, so z. B. der Neanderthalen-Fund mit seinen nah verwandten Typen der Funde von Spy, Krappina, Le Moustier usw., dann der Fund von Java, der sogenannte Pithecanthropus, und schließlich besonders eingehend der bedeutendste der in den letzten Jahren gefundenen fossilen Menschenknochen, nämlich der von Mauer, einem Dorf in der Nähe Heidelberg. Den Schluss bildete die Vorführung einer Anzahl von künstlerischen Versuchen, den Urmenschen bildlich darzustellen.

Eine Arbeitslosenzählung soll der Rat der Stadt Leipzig auch in diesem Jahre vornehmen. So hat es das Ministerium des Innern durch Verfügung vom 5. Juli angeordnet. Schon 1910 und 1911 wurden Zählungen vorgenommen und jedesmal 3000 M. zu diesem Zweck von den Stadtverordneten bewilligt. In diesem Jahre wird nun dieselbe Summe gefordert und auch wahrscheinlich bewilligt werden. Vergleichlich wird man aber nach dem Ergebnis der Zählungen in den letzten Jahren fragen, über das Ergebnis beider Zählungen hat das Landesamt Angaben noch nicht veröffentlicht. Unter solchen Umständen haben diese Zählungen natürlich nur einen sehr zweifelhaften Wert.

Dr. Otto Soltmann, der Vorsitzende und Direktor des Leipziger Kinderkrankenhaus und der Universitäts-Kinderklinik und Poliklinik, ist in Schreibberg in Folge einer Herzkrankung unerwartet gestorben. Seit 1894 hatte Geh. Medizinalrat Dr. Soltmann die Leitung im Kinderkrankenhaus, er hat dort mit großem Erfolg gearbeitet, wie wir an der Hand der Jahresberichte wiederholt feststellen konnten.

Leipzig als Kongressstadt. Im Jahre 1913 werden in Leipzig zahlreiche Verbände und Vereine im Rahmen der Internationalen Bauausstellung ihre Tagungen abhalten. Außerdem wählt der Bund der Saal- und Konzertlokalsinhaber Deutschlands als Tagungsort für den nächstjährigen Bundesrat die Stadt Leipzig. Auch der Kongress für Familienforschung und der Impfgegnerkongress finden im Jahre 1913 in Leipzig statt. Ferner tagen hier im nächsten Jahre: der Verein Mitteldeutscher Milchhändler, die Deutschen Postenverwaltungsbeamten und die Deutschen Eisenbahntechniker.

Anglakid. Die Knar, sich an Gesäßre zu anhängen, mußte gestern ein 8jähriger Knabe aus der Hermannstraße in L.-Connewitz schwer verletzt werden. Der Knabe hängt sich in der Kaiser-Wilhelm-Straße an das Fuhrwerk eines Wägers an, geriet in die Speichen des einen Rades und brach den rechten Unterschenkel.

Eines Hausfriedensbruchs mache sich ein auswärts wohnender 28 Jahre alter Handelsmann in einer Wirtschaft der Ostvorstadt schuldig. Der etwas betrunken Mann zeigte erst verschiedene Künste, dann aber wurde er aufsässig und fing Streit mit den Gästen an, so daß ihn der Wirt hinauswerfen mußte. Der Mann ging aber nicht, bezahlte auch seine Rechte nicht. Er mußte schließlich durch einen Schuhmann abgeführt werden.

Überzieherdiebe haben sich bereits seit Eintritt der kalten Witterung bemerkbar gemacht. Zuletzt wurde vom Korridor eines öffentlichen Gebäudes an der Parthenstraße ein hellgrüner Sommermantel gestohlen; aus einer Wohnung in der Poststraße ist ein grauerfarbener Herrenmantel gestohlen worden.

Am verlaufenen Montag. In einem Post der Sternwartenstrasse betraf die Kriminalpolizei eine Gesellschaft, in der die Männer geschnitten und mit Loden in Frauenkleidern, die weiblichen Personen aber in Männerkleidern standen. Alle wurden der Polizei angeführt und dort photographiert. Die Männer sind alle gewisser verfehlter Neigungen verdächtig.

Rosenblüte. In einer der letzten Nächte sind von Grabern eines Friedhofs der Nordvorstadt eine große Anzahl hochstämige Rosenblüten herausgerissen und mit fortgenommen worden. Sollte jemand hieron etwas wahrgenommen, etwa die Diebe auf der Straße gesehen haben, so wolle er dies der Kriminalpolizei mitteilen.

Diebstahl im Schnellzuge. In dem Schnellzuge, der gestern vormittag 1<sup>er</sup> Uhr von München nach Leipzig abging, sind einer Dame aus der Handtasche 1700 M., darunter zwei Hundertmarksschlüssel vom Dresdner Bankverein, je zwei mit den Nummern 514, 544 und 550, sowie Andvodispapiere auf den Namen Frau Berger gestohlen worden. Die Tasche stand man im Abteil aufgeschnitten und in Handtuch verpackt. Verdächtig sind zwei Männer, die in einem Abteil unter auffälligen Umständen geschenkt worden sind.

Von der Polizei überrascht. Bei dem verbotenen Glücksspiel "Meine Tante deine Tante", überraschte die Kriminalpolizei in einem Café der inneren Stadt eine Gesellschaft von 10 Personen. Es wurde hinter verschlossenen Türen gespielt. Beim Erstreichen der Beamten verscheute sich einer der Spieler in den Räumen eines Musikinstrumenten, drei andere traten in den Telephonoschrank. Doch wurden sie alle aus ihren Verstecken herangezogen. Die Kriminalpolizei stellte die Namen der Beteiligten fest. Neun davon wurden in Haft genommen. Es sind einige von ihnen bereits wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels vorbestraft.

Einbrecher. In der Nacht zur Mittwoch sah in der Wintergartenstraße ein Schuhmann zwei Männer, die sich in verdächtiger Weise an der Tür eines Ladens zu schaffen machten und davonliefen, als er ihnen nahe. Den einen aber vermochte der Beamte zu erkennen. Bei der Kriminalpolizei erkannte man in ihm einen wegen schweren Diebstahls oft bestraften 20 Jahre alten Schlosser aus Neubrunn. Der Verbrecher führte eine Menge Nachschlüssel und Metalle, sowie einen Alsfänger und eine Taschenlampe bei sich. Gestern ermittelte und verhaftete die Kriminalpolizei auch den Komplizen, einen 30 Jahre alten Arbeiter aus Neustadt, der vor 14 Tagen erst nach Ablösung einer flüssigen Strafe aus dem Justizhause entlassen worden war.

Diebstähle. Mit Hilfe eines Nachschlüssels haben nachmittags Diebe aus einer Wohnung der Kaiserstraße ein Portemonnaie mit 120 M., eine großesledige goldene Herrenuhr und einen goldenen Ring mit einem Amethyst im Gesamtwerte von 175 M. gestohlen.

Nächtliche Einbrüche sind im Garten am Schleicherweg verübt worden. Die Spylbuben haben Kleidungsstücke und andre Sachen mit fortgenommen, ebenso drangen Diebe nachts in mehrere Zeitungskioske ein. Dort sandten sie das wahrscheinlich erhaschte Geld nicht vor.

Gestohlen wurde in der Löhrstraße ein vierrädriger brauner Handwagen mit drei Röthen und drei Säcken geliner Ware und Vinen im Werte von 40 M.

Verhaftungen. Verhaftet wurden ein wegen Betrugs verfolgter 19jähriger Handlungsbetrüger von hier und ein in der Weltvorstadt wohnender 28 Jahre alter Altindustriearbeiter aus Bayern, der sich einer Urkundensäufung schuldig gemacht.

Wegen eines Stiftsleiterverbrechens an einem Kind wurde ein im Ostdorf wohnender 40 Jahre alter Kassenbote verhaftet.

## Aus der Umgebung.

Deutsch. Schulvorstandssitzung vom 8. September. Von der Besichtigung der Bezirksschulinspektion, Einführung des obligatorischen Turnunterrichts, Fortbildungsschüler, wurde Kenntnis genommen. Hierbei wurde mit großer Sprache gebracht, dass Mitglieder des Arbeitsturnvereins sich an die Turnhalle gestellt und die Fortbildungsschüler abends nach 9 Uhr noch zum Vereinsturnen aufgefordert hätten. Da der Weg zur Wohnung anschließend an die Schule mit unter das Schulgesetz steht, soll im Wiederholungshalle dagegen eingeschritten werden. Weiter wurde dieses Gebaren als mit dem Standpunkt unseres Vertreters im Schulvorstand in Widerpruch stehend bezeichnet, da dieser bei Beratung des Fortbildungsschulturnens verlangt hätte, in Anbetracht der an und für sich vorzeitlichen Anstrengung an der Arbeitsstätte, dass Turnen nicht auf die Zeit von abends 8 bis 9 Uhr, sondern von 5 bis 6 Uhr zu verlegen. Bevorstet sei noch, dass, wie schon in einem früheren Bericht mitgeteilt wurde, durch Einführung des obligatorischen Turnunterrichts den Fortbildungsschülern das Turnen in Vereinen nicht untersagt ist; nur muß sich jeder einzelne Schüler die Besichtigung dazu vom Schuldirektor einholen. — Die Bezirksschulinspektion verlangt, dass in den Bericht mit dem Schularzt eingesetzt wird, dass dieser verpflichtet sei, einen Bericht über den gesundheitlichen Zustand der Kinder an die Schulbehörde einzureichen. Das ist dasselbe, was unser Vertreter bei Beratung dieses Berichts verlangt hat, nur, dass dieser Bericht dem Schulvorstand vorgelegt werden sollte. Dadurch, da der Schuldirektor sich bereit erklärt, diesen Bericht zu geben, lehnt man es damals dabei bewenden. — Der Umbau und Anbau der alten Schule soll nun endgültig in die Wege geleitet werden. Deshalb wurde dem Berichtabschluss mit der Firma Reichel u. Kühne auf Zeitung des Baues zugestimmt. Die Belassung der Mittel, 90—100000 M., wurde dem Gemeinderat übertragen. — Im Anschluß an die Tatsache, dass ein Hilfslehrer eine kleine Wohnungsgeld entsprechende Wohnung in Deutz nicht finden konnte und deshalb mit Einwilligung der Bezirksschulinspektion nach Gaußsch zog, hatte der Schulvorstand beschlossen, die Dachwohnungen in der neuen Schule zu Hilfslehrer-Wohnungen auszubauen. Der Bauausdruck, der die Sache geprüft hat, folgt nun vor, in Anbetracht der Schwierigkeiten von diesem Ausbau abzuweichen. Dem wurde zugestimmt. — Ebenfalls verschiedenen baulichen Veränderungen zur Erhöhung der Feuer Sicherheit in der Schule. — Nach dem Bericht über die Milch- und Ferienkolonie sind in diesem Jahre 28 Kinder nach der Hölzleit-Hüttengrund geschickt worden. Die Ausgaben betrugen insgesamt 985 M., die Einnahmen 1025 M. Darunter befinden sich 500 M. von der Gemeinde. 205 M. sind von Eltern gezahlt und 317 M. sind gestiftet worden. Für 1918 werden wiederum 20 Plätze in Hüttengrund belegt und 500 M. in Haushaltsplan eingestellt. — Von der Einrichtung einer Schulsparkasse in Verbindung mit der der Gemeinde wurde abgesehen. — Die Kohlenlieferung für 1918 wurde an Weidling zum Preise von 1712 M. vergeben. Die Höchstförderung betrug 2000 M. — Zwei Schulgeldberleihgesuchen wurde zugestimmt.

Ivenau. Protest gegen die Tenierung. Die Arbeiterschaft Ivenau protestierte am Sonnabend in einer öffentlichen Volksversammlung gegen die Nahrungsmittelverteuerung. Genosse v. Loewenst. hatte es übernommen, die Gründe, die die Ursache der jüngsten Tenierung der Nahrungsmittel herausbeschrieben haben, klarzulegen. Dieses Steigen dieser notwendigen Lebensmittel steht zu dem Zorn der Arbeiter im schroffsten Gegenzug. Der Arbeitervorstand besondere die gegenwärtige Politik, die ungeheure Summen den Agrarier in die Taschen spielt zum direkten Schaden der Arbeiter, kleinen Handwerkern und Landwirten. Nach einstimmiger Annahme der Leipziger Revolution und nach einer Aufruf zum Beitrag zur politischen, gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Organisation sowie zur Erwerbung des Bürgerrechts und zum Halten der Arbeiterpreise wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Gladesfeld. Sozialdemokratischer Verein. In der am 9. September im böhmischen Post zu Linzenthal abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde unter anderem beschlossen, dass von

jetzt ab den ersten Sonnabend jeden Monats eine Mitgliederversammlung stattfindet. Es sei hier nochmals besonders darauf aufmerksam gemacht, dass das Vorstellen zu den Versammlungen in Weißall gekommen ist. Ferner wurde die Klassensouveränität für Freitode erledigt. Bedauerlich ist, dass unter den Mitgliedern eine große Flauheit eingetreten ist. Das beweist gerade diese Versammlung, in der von 85 Mitgliedern nur 18 anwesend waren. Wenigsten! Wir haben noch viel Arbeit vor uns. Gerade jetzt, bei der gegenwärtigen Tenierung und den im nächsten Jahre kommenden Landtagswahlen müssen wir mit aller Energie Propaganda treiben und neue Anhänger werben. Ferner sei an dieser Stelle noch darauf hingewiesen, dass der Gasthof zum goldenen Stern in Gladesfeld nach wie vor von der organisierten Arbeiterschaft gesperrt ist.

Ivenau. Der Gemeinderat beschäftigte sich in der letzten Sitzung mit Baugesuchen. Herr Izhau will am Totenweg am der Borsdorfer Ortsgrenze ein Drei-Familienhaus errichten. Die Ortsbaubewilligung lässt nur Zweifamilienhäuser zu. Auch ist der Bebauungsplan für diesen Block noch nicht genehmigt. Das Gehuch wurde deshalb abgelehnt. — Herrn Hahn war bei eventueller Errichtung eines Grundstücks am Oberweg die Bedingung auferlegt, den Weg vor dem Grundstück als Straße anzubauen. Er protestierte gegen diese Bedingung; der Gemeinderat blieb auf seinem Beschluss bestehen. — Ferner wurde beschlossen, zu verlachen. Ivenau nach der Borsdorfer Ortsraumgrenzen zu bringen. — Über das Leichentragen wurden folgende Bestimmungen getroffen: Das Tragen einer erwachsenen Leiche ist von acht Personen, und zwar von vier rechts und vier links des Sterbehauses wohnenden Nachbarn auszuführen. Auch die Unanständigen werden jetzt zum Leichentragen herangezogen. Wer verhindert ist, hat auf seine Kosten einen Erfahrer zu stellen.

## Bvereine und Versammlungen.

### Die Bau- und Möbelstilcher

hielten am 23. April und 8. September ihre Halbjahrsversammlung ab. In der ersten Versammlung hielt Kollege Lang einen berüchtigt aufgenommenen Bericht über: Wirtschaftliche Kämpfe. Den Bericht über die Tätigkeit der Sektionsleitung gaben die Kollegen Merck und Müller. Zur Berichtsperiode sind die Betriebsversammlungen, 5 Sektionssitzungen und 2 Sitzungen mit der Polizeiverwaltung notwendig gewesen. Bei einem Teil der Kollegen magte sich eine gewisse Läufigkeit bemerkbar. Es waren viele Betriebsversammlungen zwecks Delegierenwahl notwendig, wobei die meisten Kollegen nicht das gewünschte Interesse für die Organisation zeigten. Die Zweckmäßigkeit der politischen Führung des Vorbuches wird von einer großen Anzahl Kollegen unterschiedt. Die Eintragungen müssen in Abrechnung der bevorstehenden Vertragsbewegung mehr beachtung finden. Wenn auch das Arbeitsvermittlungsregulativ keine sehr lange Vergangenheit aufweist, so müssen sich doch alle Kollegen daran gewöhnen, sofort bei eintretender Arbeitslosigkeit im Verbandsbüro Meldung zu machen und nicht erst bei Antritt der neuen Arbeit den Kontrollbeamten zu verlangen. Da einige Unternehmer versuchen, mit verschleierten Kollegen eine Kündigung zu vereinbaren, wurde vor solchen vertragswidrigen Abmachungen dringend gewarnt, da die betreffenden Kollegen bei der nächsten Vorbuchbewegung dadurch Nachteile zu erwarten haben. Außer einigen Anträgen, z. B. Fischerei am Flussplat, der noch einige Stunden über die vertragliche Arbeitszeit arbeiten läuft und auch den Minimallohn nicht anerkennt, sind allgemeine Berichte gegen den Bericht nicht vorgekommen. In der lebhaftesten Diskussion wurde bedauert, dass viele Kollegen, trotz ihrer Leistungsfähigkeit und der sich für die Arbeiter immer schwerer werdenden Wirtschaftslage zu dem Minimallohn arbeiten und sich jedem Auktionspreis bieten lassen. Bezeichnend ist, dass einige Großbetriebe ihre Erzeugnisse als erfloßt anpreisen, aber in der Entlohnung dieser erstklassigen Arbeiter sich stets auf den minimalistischen Sinfen oder nur wenige Pfennige darüber halten. Allgemein wurde über die Betriebsverhältnisse der Firma Schubert in der Zehner Straße gesagt, die trotz mehrfachem Verhandeln nicht abgeschieden werden. Auch ist der Unternehmer häufiger Gast auf dem Gewerbegericht, da vielen Kollegen die vertraglichen Ansprüche von dem Unternehmer vorerhalten werden. Bei Lehmann in Plagwitz haben einige Monteure mit den zahlreichen Überlastungen noch nicht genug. Es ist vorgetragen, dass sie das Werkzeug für die nächste Montage am Sonntag vorgerichtet haben, aber für die Betriebsversammlungen keine Zeit haben. Weiter wurde gewünscht, dass die Betriebsdelegierten mehr wie bisher die Kollegen auf den Wert der Arbeitersprese und der politischen Organisation aufmerksam machen. Bei der Erstwahl zur Sektionsleitung wurden die Kollegen Bischoff und Görlitz gewählt.

Die Möbel- und Fabrikstilcher nahmen in ihrer letzten Monatsversammlung den Bericht der Sektionsleitung entgegen. Die Streikarbeit stand im Vordergrund der Debatte, wozu ein Vorcommitt bei Scholz u. Co. die Veranlassung gab. Aus der Firma Terry wurde ein schwerer Unfallsfall gemeldet. Auf der unverantwortlichsten Weise ist hier mit den Lehrlingen gewirtschaftet worden. Der Werkführer Müller hatte in diesem im ersten Jahre lernenden Lehrling ohne Aufsicht an der Diktionsmaschine beschäftigt, obwohl ihm bekannt sein musste, welchen Gefahren selbst erwachsene Personen hierbei ausgesetzt sind. Der Raum der Schule entwöhnte Lehrling ist infolge seiner Unkenntnis um drei Finger gekommen. Die janitärer Verhältnisse in diesem Betrieb werden ebenfalls einer scharfen Kritik unterzogen. Ein Antrag, eine Präsenzliste aufzuführen, um einen Überblick über den Versammlungsbefuch und die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben zu haben, wurde angenommen. Die Lohnhöchster sollen überall eingeführt werden. Die Delegierten wurden aufgefordert, ein wachsame Auge auf ein etwaiges Austauschen des Präsentenzustands zu haben und sich sofort mit der Sektionsleitung in Verbindung zu setzen. Gestadelt wurde, dass Kollegen eine Stunde auf dem Metallindustriearbeitsnachweis warten müssten, ehe ihnen ihr Vermittlungsbüro ausgebändigt wurde. In der nächsten Versammlung sollen die Lohnhöchste in den bestehenden Betrieben eine Besprechung erfahren. Es sind alle Kollegen verpflichtet, zu erscheinen.

### Deutsche Frauenversammlung.

Am Freitag, den 8. September, sprach Frau Wilh. Kähler aus Berlin-Steglitz über die Befreiung der Frau durch den Sozialismus. Sie führte aus: Die Ausstellung des Themas bringt den Nachweis, dass die Befreiung der Frau notwendig ist. In weiteren Kreisen ist die Ansicht verbreitet, dass die Frauen schon genügend Rechte besitzen. Es mag zutreffen, dass die Frauen zum Teil etwas mehr Bewegungsfreiheit besitzen als früher. Aber sie sind noch weit entfernt davon, die gleichen Staatsbürgerechte wie die Männer zu besitzen, während man ihnen doch gleiche Pflichten auferlegt. Die erwerbstätige Frau muss ihre Söhne bezahlen wie der Mann und ist wie dieser den Gesetzen unterworfen. Aber sie hat kein Recht, bei Schaffung der Gesetze mitzureden. Zehn Millionen Frauen sind im Deutschen Reich erwerbstätig. Sie haben doch alle Rechte, mitzureden über Arbeiterschulden und Koalitionsrecht, um sich gegen die Übermacht der Unternehmer zu schützen. Auch über Kinder- und Schulgesetze müssen die Frauen mit beraten und beschließen dürfen und vor allen Dingen über die Steuerpolitik, deren Wirkung sie am meisten zu führen bekommen. Von den herrschenden Parteien wird behauptet, die Anteilnahme der Frauen sei geringer als die der Männer. Die Erfahrung hat aber gezeigt, dass Frauen bei gleicher Entwicklung und Bildungsfähigkeit gleiche Leistungen wie die Männer hervorbringen. Das Vorrecht der Männer, zu allen Ämtern wählen zu dürfen, begründet man mit der Militärfreiheit. Die Frauen können dafür antreten, dass sie durch ihre Mutterchaft dem Staat genau so viel und wertvolle Dienste leisten wie der Mann. Die wahre Ursache, den Frauen das Wahlrecht vorzuenthalten, ist die Angst der herrschenden Klassen, dass ihre Macht zu Ende sein würde, wenn das

Proletariat seine Frauen mit zu Seite führt. Das Zentrum, mit dessen Hilfe 1902 das Brot verteuert wurde, ruft seine Frauen zusammen, um ihnen klarzumachen, dass sie unerlässlich an der Religion festhalten müssen. Diese soll ihnen über die schmale Kette wechseln und kein Begehr nach Staatsbürgerechten auslösen lassen. Nun und ist es aber, die Frauen aufzuklären über die wahre Ursache des wirtschaftlichen Elends und der politischen Nekrosigkeit. Daraus müssen sich alle der sozialdemokratischen Partei anschließen, deren anfliegende Vorträge anhören und die Parteipresse lesen.

## Zeitung Nachrichten u. Depeschen.

Peking, 10. September. Die chinesische Regierung hat ihren Minister des Auswärtigen sowie ihre Vertreter bei den fremden Mächten damit beauftragt, den fremden Regierungen folgende Veröffentlichung befannzugeben: 1. Die Mongolei, Tibet und die Mandchurie sind Teile des chinesischen Reichs, deren Integrität nicht angetastet werden darf. Wenn diese drei Teile Chinas mit einer fremden Macht vereinbart würden auf eigene Faust, so würde die chinesische Regierung nicht in der Lage sein, einen solchen anzuerkennen. 2. Wenn diese Landesteile Minenrechte, Bodenprodukte oder irgendwelche Landeserzeugnisse als Garantien für irgendwelche Verträge verpfänden würden, würde die chinesische Regierung diese Verpflichtungen nicht anerlernen können. 3. Die chinesische Republik besteht die Oberherrschaft über die Mongolei, Tibet und die Mandchurie, und keine fremde Macht kann, ohne das Recht zu verlieren, in diesen Gebieten intervenieren. 4. Die republikanische Regierung ist verantwortlich für die Sicherheit von Leben und Eigentum der Fremden in der Mongolei, der Mandchurie und in Tibet. Die Mächte dürfen also keine Truppen nach diesen Gebieten entsenden, sondern wenn Unruhen in diesen Landestellen ausbrechen sollten, müssen sie sich direkt an die chinesische Regierung wenden. 5. Augenblicklich werden Tibet und die Mongolei von bedeutungslosen inneren Unruhen heimgesucht, die von Banditen hervorgerufen worden sind. Die Mächte dürfen sich dadurch aber nicht irreführen lassen. Die Unruhestifter geben sich den Anschein politischer Revolutionäre, sind aber in Wirklichkeit weiter nichts als Straßenräuber.

Brest, 12. September. Die in der Bärenbörse gestern abend abgehaltene Protestversammlung der Kaufleute und Industriellen gegen die Verlegung des dritten Panzergeschwaders nach Toulon verlief sehr stürmisch. Einige Redner beantragten, vor dem Gebäude der Präfektur eine Strafkundgebung zu veranstalten, doch wurde dieser Antrag sofort verworfen und schließlich ein dem Marineminister telegraphisch übermittelster Beschlußantrag gefaßt, in dem die Hoffnung ausgesprochen wird, dass die Regierung, falls dies irgend möglich sei, ihre Entscheidung zurückziehen werde. — An einer anschließenden offiziellen Note wird erklärt, dass die Verlegung durch strategische Rücksichten begründet sei, denen gegenüber alle anderen Erwägungen zurücktreten müssten.

Paris, 12. September. Der Untersuchungsrichter Guibert hat nunmehr die Angelegenheit der Autobanden, gegen die die Untersuchung neun Monate geschieht wurde, vor die Justizkommission verweisen. Gegen die 20 Banditen werden acht Beschuldigungen wegen Mordes und 18 Beleidigungen wegen Diebstahls erhoben. Nach den Feststellungen der Untersuchung haben die Banditen 7 Personen getötet und 12 verwundet. Vier der Banditen, darunter ihr Hauptling Bouot, sind bekanntlich während der Verfolgung durch die Polizei getötet worden. Die Schwurgerichtsverhandlung wird vornehmlich im Dezember dieses Jahres stattfinden.

Saloniki, 12. September. 15 Adels-Bataillone erhielten den Befehl, sich für die Mobilisation bereit zu halten. Diese Maßregel wird mit der schlechten Lage begründet. — Nachrichten von der bulgarisch-bulgarischen Grenze belegen, dass 5000 Mann Militärs gegen die bulgarisch-bulgarische Grenze hinzogen. Sie feuerten mehrere KanonenSchüsse gegen das Blockhaus Vely Karakol ab. — Morgen gehen Militärzüge von Mitrovitsa nach Krissi und der bulgarischen Grenze ab.

Grenoble, 12. September. Die französische Regierung wird jetzt damit beginnen, dem Generalstaat in Marocco die als dringend notwendig geforderten Truppenstärkungen zu senden. Als erster Transport wird das 14. Alpenjägerbataillon, das augenblicklich an den Herkunftsorte teilnimmt und sein Quartier in Vian hat, nach Marocco abheben.

Paris, 12. September. Wie aus Béthune gemeldet wird, haben die Angreifer beschlossen, die Rettungsarbeiten in dem Clarence-Schacht wegen der damit verbundenen Gefahr nunmehr endgültig einzustellen. Man wird noch etwa 14 Tage warten und dann die Grube unter Wasser setzen, um die Feuerbrunst zu löschen.

Paris, 12. September. Auf der elektrischen Bahn von Mentone nach Sospel (Département Alpes) fuhrte ein aus dem Motorwagen und einem Güterwagen bestehender Zug in einen 150 Meter tiefen Abgrund. Die beiden Zugbediensteten wurden getötet.

## Küchenzettel der Städtischen Speise-Anstalten.

### Freitag:

Speiseamt I (Johannaplatz 1): Spinat mit Hühnchenbrust, Speiseamt II (Poststraße 1): Reis und Spargel mit Hühnchenbrust, Speiseamt III (Königstraße 24): Kohlrüben mit Schweinefilet, Speiseamt IV (Liegnitzstraße 24): Same Kartoffelknochen mit Kartoffeln, Speiseamt V (Auerweg 1): Reis mit Hühnchenbrust, Speiseamt VI (Mosa, Holländ. Str. 105): Gründl mit Hühnchenbrust, Speiseamt VII (Wetteraustraße 1): Würstchenkloß mit Schweinefilet, Speiseamt VIII (Gießstraße 35): Kohlrüben mit Schweinefilet.

Jasmazi-Düber 2½ Pf. Cigarette

Georg A. Jasmazi Akt.-Ges.

Größte deutsche Cigarettenfabrik

DRESDEN

## Aus dem Stadtverordnetensaal.

Sitzung vom 11. September.

Eingegangen ist eine Eingabe der Vereinigung gegen Unwesen im Handel und Gewerbe, die die Einführung einer Umlaufsteuer für Großbetriebe im Detailhandel verlangt, und zwar bei einem Umsatz von 200 000 M. mit 1 Prozent beginnend und progressiv bis zu 2 Prozent steigend. Stadtv. Bollerhoff (Mittelst.) machte die Eingabe zur seinigen. — An einer weiteren Eingabe teilt derselbe Verein mit, daß vom Kaufhaus Brühl die Direktoren der Leipziger Schulen aufgefordert worden seien, den Kindern die Besichtigung eines Schlachtenmobells im Kaufhaus zu empfehlen, die Petenten erwiderten darin eine Reklame für das Kaufhaus und ersuchen, den Lehrern und Direktoren derartige Empfehlungen zu untersagen. Stadtv. Dr. Bennewitz (Mittelst.) machte die Eingabe zur seinigen. Eine Eingabe von Bewohnern der Brachaustraße mit dem Ersuchen, eine den Verkehr hindernde Eisenbahnschranke zu beseitigen, machte Stadtv. Beck (Mittelst.) zur seinigen. Eine Eingabe der Konditoren, Gastwirte und Röschtmänner, die sich gegen die Erteilung von Schankkonzessionen wenden, nahm sich Stadtv. Dr. Bennewitz (Mittelst.) an. Eine im Auftrage einiger Handels- und Gewerbetreibender vom Rechtsanwalt Brecht eingereichte Eingabe wünscht die Abänderung des Stadtverordnetenwahlrechts, und zwar gestattet, „daß unter Anrechnung der Grundrente eine gerechte Verteilung der Mandate nach Verlustklassen erfolge“. Stadtv. Clemann machte die Eingabe zur seinigen. Schließlich lag noch eine Eingabe des ersten sächsischen Flugplatzvereins (Vindenthal) vor mit dem Antrag, nur die Bereitstellung von Areal zur Errichtung einer Luftschiffhalle zu genehmigen, die Mittel zur Einrichtung eines neuen Flugplatzes aber abzulehnen, weil kein Bedarf vorhanden sei. Der Eingabe nahm sich Stadtv. Clemm (Mittelst.) an.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wurden zunächst einige Erstwahlen für Wahlgehilfen vorgenommen. In den gemischten Ständigen Ausschuß für die diesjährige Stadtverordnetenwahl wurde der Kaufmann Richard Zimmermann gewählt.

Der Umflutung der Trennstücke Nr. 84a, 84b, 85a, 85b aus dem selbständigen Gutsbezirk Schönau nach L.-Lindenau und des Trennstückes Nr. 64a aus L.-Lindenau in den Gutsbezirk sowie der Umflutung des Flurbuches Nr. 65a aus dem Stadtgemeinde- in den Gutsbezirk unter Aufhebung einer früher beschlossenen Umbezirkung und Überlehnung der Flurbücher Nr. 2642 des Flurbuches für Leipzig und Nr. 48 des Flurbuches für L.-Schleußig als zum Stadtgemeindebezirk gehörig, wurde zugestimmt.

Ebenso der Überweisung von 17820 M. aus dem Stammbewilligen an den Städterweiterungsfonds als Entschädigung für 900 Quadratmeter Land (je 18 M.) des alten Postenwegs, das zu Baustellen geschlagen worden ist.

Genehmigt wurden ferner: der Verlauf der Baustelle Nr. 7 (vom Block 104) am Postenweg und Kickerlingsberg von 597,5 Quadratmetern Flächengehalt zum Preis von 35 M. für einen Quadratmeter, die Errichtung einer Thummel-Stiftung, die Herstellung der Göthner Straße zwischen der Friedrich-Karl-Straße und den Grundstücken Nr. 7 und 8 mit einem Kostenaufwand von 15075 M., die Befestigung eines Streifens des südlichen Fußwegs der König-Allee mit Nebelstrasse unter Nachbewilligung von 800 M. und Verwendung von 5000 M. vorhandener Mittel, die Befestigung der Neisenaustraße und Bewilligung der Kosten von 41 100 M., die Herstellung der Herbergsstraße zwischen Hohmann- und Herbergsstraße sowie die Bewilligung des Mittel von 61000 M., die Befestigung der südlichen Fahrbahn der Kaiser- und Augusta-Straße zwischen Koch- und Südstraße mit Hartpflaster statt Schottersteinen und die Errichtung von 721,85 M. anteiligen Kosten für die Herstellung der Schieinstraße auf der Kreuzung mit der Jenaer Straße an die Leipziger Immobiliengesellschaft.

Eine Eingabe wegen Verbreiterung einer Strecke der Langen Reihe in L.-Stötteritz wurde nach einer Mitteilung des Rates, daß in der nächsten Zeit eine Verbreiterung der Straße eintreten werde, für erledigt betrachtet.

Zugesagt wurde ferner der Herstellung und Ausbesserung der Straßen A, D, B, C und E in der Heilanstalt Dösen mit einem Aufwand von 5158,75 M.

Zu einer längeren Debatte führte eine Ratsvorlage über die Errichtung eines Flugplatzes mit städtischer Unterstützung. Der Rat empfahl die unentgeltliche Hergabe eines Geländes von 200 Acren auf 30 Jahre zur Errichtung des Flugplatzes, die Bewilligung eines Berechnungsgeldes von 100 000 M. für die Herstellung und Einzäunung des Platzes und eines Berechnungsgeldes von 30 000 M. zur Entschädigung der Pächter sowie die Gewährung eines jährlichen Beitrags von 20 000 M. vom Jahre 1913 ab an die zu bildende Aktiengesellschaft. Die Ausschüsse beantragten, der Vorlage mit der Nachfrage zuzustimmen, daß

a) die Stadt in dem Ausschüsse oder entsprechenden Organen der zu gründenden Gesellschaft Sitz und Stimme erhält,

b) in dem Überlassungsvertrag Bestimmungen über das Erlösen des Vertrags bei Nichtausübung des Überlassungsvertrags, bei Auflösung der Gesellschaft, über die Nichtübertragbarkeit usw. getroffen werden.

Der Referent, Stadtv. Dr. Junck, bemerkte: Die Ausschüsse sind nicht leichten Herzens an die Beratung der Vorlage gegangen. Handelt es sich doch um Leistungen sehr erheblicher Art, nicht nur in bezug auf die einmaligen Ausgaben, sondern auch auf die dauernde Belastung. Es werden gefordert 220000 M. einmalig und 20000 M. jährlich. Letztere Ausmuthung ist zweifellos unzutreffend, zum mindesten würde als laufende Ausgabe noch der für das Fluggelände entgehende Pächtertrag, richtiger aber wohl die Veranlagung derjenigen Summe, zu der uns das Gelände zu Buche steht, eingestellt sein. Die laufende Ausgabe ist nach Ansicht der Ausschüsse auf ca. 50000 M. zu bewerten. In der Tat ist die Befürchtung naheliegend, daß das Gleichgewicht des Haushalts bei dem bisherigen Steuersatz nicht aufrecht erhalten werden kann, wenn sich die Ananspruchnahme der Stadt in solcher Höhe, wie sie diese Vorlage bringt und wie sie noch andre Gegenstände unserer Beratung erfordern, mehren sollte. Die Ausschüsse sprechen für den Fall, daß das Plenum ihren Vorschlägen zustimmen würde, die Erwartung aus, daß die städtischen Leistungen für den Flugplatz unabdingt beschränkt bleiben auf das jetzt Geforderte. Ist es nun im städtischen Interesse geboten, das Flugwesen zu fördern? Soviel ist doch sicher, daß das Flugwesen Entwicklungsmöglichkeiten in sich trägt, deren Bedeutung sehr hoch veranschlagt werden kann, daß man aber rechzeitig zugreifen muß und nicht warten darf, bis erst der Augenblick liegt. Die zweite Frage, die man gestellt hat, ist die, ob es denn notwendig ist, daß die Stadt von sich aus hessend eingreift und nicht vielmehr die Entwicklung der Initiative des Privatkapitals überlässt. Auch diese Frage ist befürwortet. Der gewählte Platz ist nach dem Urteil Sachverständiger flugtechnisch als geeignet zu bezeichnen. Daselbe wird man hinsichtlich der Verkehrserbindung dieses Platzes mit der Stadt sagen können. Er erfreut sich von der Alsbener Chaussee, von der aus er seinen Haupteingang haben wird, nach Osten und wird auch von da aus, event. auch von Süden aus, noch Zugänglichkeit erhalten. Es ist zu erhoffen, daß, wenn sich ein großer Verkehr nach dem Platz entwickelt, die Rothe Elektrische Straßenbahngesellschaft ihre Gleise an den Eingang des Platzes verlängern und so eine schnelle Verbindung mit dem Innern der Stadt schaffen wird.

Stadtv. Lange (Soz.): Diese Vorlage gibt uns fürwahr keinen Nutzen zu freudigen Gefangen. Abgesehen von den geforderten Summen scheint auch die Entschädigung des Pächters aus Sparlastenmitteln dem kommenden Gemeindesteuergebet, wonach Sparlastenbeiträge nur an gemeinnützigen und wohltätigen Zwecken verwendet werden sollen, Zwang anzutun. Man braucht kein Melancholiker zu sein und kann doch bei den sich häufenden starken Anforderungen an die Stadt bedenklich werden. Leipzig als alte Kaufmannsstadt soll doch ihr Soll und Haben so gestalten, daß es belangt. Große und gewaltige Aufgaben hat die Stadt im „Werden zur Großstadt“ zu erfüllen gehabt. Die erforderlichen Mittel konnte die Stadt unmöglich aus dem Betriebe nehmen. Daher die Anleihen, die im Jahre 1870 erst 12 Millionen, 1881: 20 Millionen, 1900: 70 Millionen betragen, 1913 aber 166 010 000 M. erreichen werden, die mit rund 7000 000 M. im Jahre zu verzinsen sind. Gewiß ist ein Teil der Anleihen werbend angelegt. Aber die Rentabilität der werbenden Unternehmungen tritt erst langsam nach und nach ein, so daß rund 2000 000 M. jenseits dem Betriebe zu entnehmen sind. Dazu kommen noch rund 935 000 M. Tilgung aus dem Betriebe.

Es ist darum angebracht, bei den sich drängenden Projekten scharf zu prüfen: Was ist notwendig, was ist erwünscht, was ist möglich? Für das nächste Ausbildungsjahr haben wir schon 100000 M. in Vorlagen da, andere kommen nach. Ein neues Museum müssen wir bauen. Ein neues Theater wollen wir bauen. Eine neue Markthalle für den Großhandel ist dringend notwendig. Die Wasserversorgung wird Millionen kosten; die endgültige Kläranlage nicht weniger. Und das ist nur einiges. Die Millionenprojekte überschlagen sich förmlich.

Unseren 1200 Bürgern, die ein Einkommen von über 30 000 M. haben, die halbe oder ganze Millionäre sind, mag das noch unbedeutend sein, aber 90 Prozent unserer Bürger denken anders.

Wenn es sich um dringende Kulturaufgaben handelt, kann das Interesse des Steuerzahlers nicht ausschlaggebend sein. Wir sind nur die letzten, die eine Entwicklung der Technik nicht willigen. Wir verlieren auch keineswegs die eventuelle Bedeutung der Luftschiffahrt. Aber ist denn das eine kommunale Aufgabe? Die Kriegsministerien scheinen uns doch zunächst interessiert. Und auch vom Standpunkt der allgemeinen Entwicklung des Flugwesens wäre es doch Aufgabe der Gemeintheit, des Reiches, die nötigen Opfer zu bringen. Welches besondere Interesse kann denn die Stadt dabei haben? Der Fremdenzug? Ja, würde denn der Vorteil, daß einige 1000 Hotelzimmer im Jahre mehr besetzt wären oder 10 000 Aufenthalter mehr verlaufen würden, ein Äquivalent für diesen Aufwand sein?

Wenn es sich darum handelt, daß kein genügender Platz zu beschaffen wäre und die Stadt das nötige Areal zur Verfügung stellen würde, ließe sich darüber reden. Vorangestellt müßte dann freilich werden, daß, wenn Überschuss gemacht wird, auch die Stadt Pacht bekäme. So aber erscheint uns nicht einmal die Hergabe von Areal begründet, sondern eher als eine Vergedung von Ackerland, zwei Plätze brach liegen zu lassen. Warum ist denn eine Verbindung der beiden Organisationen nicht möglich? Wenn Lindenthaler Platz sind 800 000 Quadratmeter vorhanden, von denen nur 300 000 benutzt werden. Bei dem Interesse des Kriegsministeriums würde auch der Exerzierplatz zeitweise freistehen oder sonst eine Erweiterung möglich sein.

Nach alledem können wir bei aller Achtung für die kühnen Pläne einer Verkehrswende und bei unserem selbstverständlichen Interesse an möglichst schneller Entwicklung der Technik doch nicht dazu kommen, der Vorlage zuzustimmen.

Stadtv. Clemm (Mittelst.) erklärt sich für die Bereitstellung eines Platzes, aber gegen die Bewilligung von Mitteln.

Oberbürgermeister Dr. Dittrich: Die Erörterungen haben gezeigt, daß der Lindenthaler Platz für die Errichtung einer Luftschiffhalle nicht in Frage kommen kann. Weiteres Areal würde in Lindenthal nur unter ganz bedeutenden Kosten zu haben sein, da das Gelände früher oder später der Bebauung erschlossen werden wird. Es ist aber für einen Flugplatz von der allergrößten Bedeutung, daß auf absehbare Zeit hinzu die Umgebung von der Bebauung frei bleibt. An den Kosten würde gar nichts geändert werden, wenn nur eine Luftschiffhalle gebaut würde. Aber die Rentabilität würde dadurch in Frage gestellt werden. Was die Halle selbst betrifft, so hat sich herangekettet, daß die Größenverhältnisse weiter ausgebildet werden müssen. Die Halle muß 80 Meter breit und 147 bis 150 Meter lang werden. Der Aufwand wird 550 000 bis 600 000 M. betragen. Das Kapital, das von der Gesellschaft aufgebracht werden muß, wird sich dadurch erhöhen auf eine Million Mark.

Wir haben uns auch vor Augen geführt, daß wir große Ausgaben zu erfüllen haben. Wir glauben aber diese Ausgaben erfüllen zu können. Es handelt sich dabei nicht um eine Belastung, die wir den Steuerzahler nicht zuminnen könnten. Es handelt sich um die Schaffung eines geradezu idealen Flugplatzes, der von allen Kreisen der Bürgerschaft degradiert würde. Wir können uns einer solchen Aufgabe nicht entziehen. Der Staat hat direkt keine besondere Aufgabe dabei. Wir hoffen aber, daß sich bei weiterer Entwicklung, das Reich zu Zuschüssen bereit erklärt. Eine Bezahlung des Kapitals ist in absehbarem Zeit nicht vorauszusehen. Wenn sich aber Leute finden, die für so bedeutende Zwecke Mittel bereitstellen, hat die Stadt als Teil des Ganzen zur Landesverteidigung auch ihr Teil beizutragen. Ich schaue auch den finanziellen Vorteil für uns Bürgerschaft nicht gering. Wir dürfen die gegebene Gelegenheit nicht vorübergehen und uns von andern Städten überholen lassen.

Stadtv. Dr. Junck beantragt, die heutige Eingabe des Flugplatzvereins Vindenthal für erledigt zu erklären.

Vorsteher Dr. Nothe: Die heutige für die Vorlage stimmen, tun es nicht freudigen Vergen. Die Vorlage hat eine gedrückte Stimming hinterlassen. Ich sehe den finanziellen Verhältnissen unserer Stadt pessimistischer gegenüber als der Herr Oberbürgermeister und möchte das hier offen aussprechen, um später nicht den Vorwurf zu bekommen, daß wir uns der Lage nicht bewusst gewesen seien. Ich bin der Meinung, daß wir mit dem legitimen Steuerzahler nicht auskommen werden und schon 1914 eine Erhöhung vornehmen werden müssen. Aber wir müssen uns sagen, daß wir in der vorliegenden Frage nicht zurückstehen können, wenn wir die Interessen der Stadt fördern wollen.

Stadtv. Pollender (Soz.): beantragt: 1. daß für den Fall, daß der Ratsvorlage zugesimmt werde, das Votum des Kollegiums nur als prinzipielle Zustimmung aufgefaßt werde und der Rat noch den abzuschließenden Vertrag dem Kollegium vorzulegen habe; 2. daß die unentgeltliche Überlassung mit dem Zeitpunkte aufhört, wo die Gesellschaft zur Verteilung eines Gewinnes kommt. Ferner bemerkt der Redner, daß er eine übermäßige Belastung nicht befürchte, auch dann nicht, wenn noch andere soziale Aufgaben erfüllt würden. Lebrigens steht er nicht auf dem Standpunkt, daß der 120prozentige Satz die Grenze der steuerlichen Leistungsfähigkeit darstelle. Es gebe in Leipzig genug reiche Leute, für die die heutige Besteuerung durchaus keine Abgrenzung nötig mache.

Oberbürgermeister Dr. Dittrich ersucht die Pollenderschen Anträge abzulehnen, da sonst der ganze Plan gefährdet werden könnte.

Nach weiterer un wesentlicher Debatte wurde zur Abstimmung geschritten. Die von den Ausschüssen gestellten Bedingungen wurden einstimmig, der erste Antrag von Pollender mit 28 gegen 27 Stimmen und der zweite Pollendersche Antrag mit großer Mehrheit angenommen. Dann wurde über die einzelnen Anträge der Ratsvorlage abgestimmt, wobei die Hergabe des Platzes einstimmig, die Bewilligung von Mitteln gegen die Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt wurde. Die Eingabe des Flugplatzvereins Vindenthal wurde für erledigt erklärt.

Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

## Gerichtsaal.

Vandgericht.

Ein unheimlicher Gast war der 19 Jahre alte Kellner Hans Dansen, der sich allerdings in großer Not befand und abends in eine Wohnung in der Weitiner Straße stieg, um zu schlafen. Es gelang ihm auch, in einem Schlafzimmer sich eine goldene Damenuhr mit Kette, vier Ringe und andere Wertgegenstände im Gesamtwert von 250 M. anzueignen. Er hatte es aber vor allem auf bares Geld abgesehen, und gedachte die Gelegenheit noch abzuwarten. Zu diesem Zweck legte er sich unter das Bett. Nach einiger Zeit kam die Inhaberin des Zimmers und begab sich zur Ruhe. Als der Einbrecher auffand, daß die Frau schlief, fing er an, weiter nach Geld zu suchen. Aber die Frau wachte auf und der Dieb floh, wobei ihm die Frau noch einen Knopf abriß. Als der Dieb auf dem Leichhause die gestohlenen Gegenstände zu versetzen versuchte, wurde er verhaftet. Er wurde zu 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Buchmacher. Der Uhrmacher Arthur Linus Hauste in wurde vom Landgericht schuldig befunden, seit 4 Jahren gewerbsmäßig Wetten aus Pferderennen angenommen und selbst gehalten zu haben. Trotzdem der Angeklagte bisher noch unbekraft war, wurde er doch zu einer ungemein harten Strafe von 5 Monaten Gefängnis verurteilt, weil das Gericht das Treiben des Angeklagten für gefährlich hielt.

Drei Sittlichkeitsverbrecher wurden in geheimen Sitzungen abgeurteilt. Der Arbeiter Ernst Albert Richard Engelhardt aus Serbe wurde zu 3 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrverlust, der Kutscher Hermann Lehmann in Schönfeld zu 1 Jahr Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, und der Arbeiter Gustav Adolfs aus Niederhohndorf zu 1½ Jahr Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Wier junge Abenteurer. Der Handlungsbetrüger Heinrich H. wollte gern ins Ausland reisen. Um sich die dazu notwendigen Geldmittel zu verschaffen, fälschte er ein Scheinformular mit dem Namen seines Chefs und erhob damit an der Post 1500 M. Bei diesem Betrug fuhr er in Gemeinschaft mit drei Freunden, dem Kellner Paul R., dem Monteur Walter R. und dessen Bruder, dem Veräußerer Kurt R., nach Halle. Er hatte jedem von seinen Freunden auch etwas von dem durch Betrug erworbenen Geld gegeben. Aber es dauerte nicht lange, so erzielte die leichtsinnigen jungen Leute ihr Glück, sie wurden verhaftet. Das Ende war die Verurteilung H. zu 6 Monaten Gefängnis. Der Kellner R. erhielt wegen Hehlerei 1 Woche, der Monteur R. 2 Wochen Gefängnis. Dagegen wurde der vierte Angeklagte freigesprochen, da ihm geglaubt wurde, daß er nicht wußte, daß das erhaltene Geld durch Betrug erworben war.

## Schössengericht.

Eine gefühlvolle Frau ist die Briefträgerin E. Schold, die auf dem Spielplatz des Gutriescher Parks am 5. Juli bemerkte haben wollte, wie ein dort spielendes fünfjähriges Mädchen ihr eigenes Kind mit Sand bewarf. Jährling ging Frau E. hin und warf dem armen Kinde eine Handvoll Sand in die Augen, so daß es laut aufschrie und die ebenfalls anwesende Mutter eine Stunde lang zu tun hatte, die Augen der Kleinen zu reinigen. Die Folge dieser gesinnlichen Tat war eine Augenentzündung, die etwa acht Tage angehalten hat. Mit Mühsicht auf ihre Erregung und blühende Unbescholtenheit kam Frau E. mit 40 M. Geldstrafe davon.

## Gewerbegericht.

Hat der Arbeiter in der Fabrik Anspruch auf einen bestimmten Platz? Der Steinbruder E., der bei der Blechambolagensfabrik von Felix Lasse in Altona beschäftigt war, erkrankte und blieb 14 Tage erwerbsunfähig. Als er die Arbeit wieder aufnahm wollte, bot ihm der Meister einen Platz an der Handpresse an, da sein früherer Platz belegt sei. E. erklärte darauf, er habe es doch auf seinem alten Platz so bequem gehabt, auch ziehe er bei dem neuen Platz am nötigen Material. In dem Platz wolle er nicht arbeiten, da melde er sich lieber wieder frisch, er sei ohnehin noch nicht völlig gesund. Schließlich ging E. zum Chef und erzählte den, daß er zu sorgen, daß er den alten Platz wieder befähige. Der Chef erklärte jedoch: „Sie arbeiten an dem Platz, den Ihnen der Meister angeboten hat.“ E. weigerte sich und wurde darauf entlassen. Er klagte nun auf Zahlung von 550 M. Entschädigung wegen fristloser Entlassung. Das Gericht wies die Klage kostenpflichtig ab mit der Begründung, E. habe die Arbeit verworfen, denn er habe kein Recht, seinen früheren Platz zu verlangen.

800 Liter Bier in die Schleuse gelassen. Der Bierseiter G. hatte von dem Schankwirt Thiem in Leipzig die Verwaltung eines Restaurationsbetriebes auf Provision vom Umsatz übernommen. Schon in der ersten Woche hatte G. ein Defizit von 100 M., obwohl das Geschäft gut ging. Das Defizit wuchs mit jeder Woche, bis dann, nach 21 Tagen, bemerkte wurde, daß am Bierapparat die sogenannte Schlange, die durch den Eisfass führt, einen Defekt hatte, durch den das Bier in die Schleuse lief. Inzwischen war das Eisfass defekt auf 280 M. gestiegen. Wollten dem Wirt und dem Bierseiter kam es nun zum Streit, der vor dem Gewerbegericht angetragen wurde. Der Wirt behauptete, er habe die Leitung ohne Defekt übergeben, demnach müsse der Bierseiter den Schaden tragen. Durch Sachverständigengutachten wurde festgestellt, daß der Wirt im Rohre ein Babilonschlüssel war, der sich durch die Reinigung hatte statghalten lassen. Die Dampfreinigung hatte statghalten kurz vor der Übernahme des Geschäfts durch den Bierseiter, daher besteht dieser jede Schuld. Schließlich einigten sich die Parteien, der Wirt übernahm von dem Defizit 150 M. und der Bierseiter 100 M.

## Auskunfts in Rechtsfragen.

A. R. 25. Nein, Sie müssen ordnungsgemäß kündigen, können aber den Vermieter für Ihnen eventuell entstehenden Schaden haftbar machen.

Günther Schmidt. Ihre Frage ist nicht verständlich. Wenden Sie sich zur mündlichen Erörterung an das Arbeitssekretariat im Postamt.

A. R. 8. Sie müssen vorher kündigen.

Mag. Die Unterchrist ist unvertraglich, wenn der geschlechtliche Vertreter Einspruch erhebt resp. seine Genehmigung nicht erteilt.

G. R. Wenn Sie vereinbart haben, daß der 1. Oktober als Kündigungstermin ausgeschlossen ist, braucht der Vermieter einer Künd

Centrale für Herren- und Knabenbekleidung, G. m. b. H.  
Verkauf mit nur 10 Prozent Nutzen  
Nürnbergstr. 7 Plagwitz  
Ecke Johanniskirche, Zschöchererstr. 38.

#### Alkoholfreie Getränke

Alsind überall beliebte Qualitäts-Marke.

Apotheken

Friedens-Apotheke  
am Plagwitzer Straßenbahn-Depot  
Carl-Heine-Straße 66, Ecke Gutsmühlestr.

Homöopathische Central-Apotheke  
Dr. Wilmart Schwabe, Leipzig,  
Querstraße 5. Telefon 31.

Hubertus-Apotheke Leipzig-  
Anger Ecke Zweinaundorfer- u. Martinstr.

Kronen-Apotheke  
Gohliserstr. 54.

Linden-Apotheke  
Weststraße 41.

Marien-Apotheke Schützenstr. am  
Krystallpalast

Mazdaznan "Hygien"  
Schlossstr. 8

Mohren-Apotheke  
Spez. Gicht, Rheuma.

St. Apotheke L.-Reudnitz,  
Wurznerstr. 1.

Ranstädt.-Apotheke  
Leipzig, Ranstädt-Steinweg 27.  
Richard Krause,  
Fernspr. 2723. Gegr. 1875.

Roland-Apotheke, Bayreutherstr. 65.

Salomon-Apotheke,  
Grimmalschtr. 17.  
Lieferant aller Krankenassen.

Sedan-Apotheke Leipzig-  
Gohlis.

Körner-Apotheke  
Paul Wild, L. Kl.-Zschocher.

Sophien-Apotheke  
Plagwitz, gegenüber Felsenkeller.

#### Badeanstalten

Marien-Bad Eisenbahnstr. 66.  
Konradstr. 23.

Schwimm-Bassin - Wannen-Dampfbad.

Helios Institut für  
elektr. Bäder.  
Dorotheenpl. 2.  
Sicht- & Kurbad Tel. 13924.  
Röderstr. 11, plz.

Bäckereien, Konditoreien

Alfred Beyer, Co., Bornaische Str. 87.  
Fr. Böhme, Tho., Reitzenh. St. 26.

Anton Bittner, Kochstr. 16.

A. Cleves, 125, Zweinaundorferstr. 64a.

Karl Glüser, Albertinenstr. 92.

A. Gößler, Obere Münsterstr. 9.

Otto Hertel, Klisch., Dieskaustr. 101.

W. Kahlitzsch, Böhl-Ehrb., Südstr. 34.

Rich. Kloos, Elisabethstr. 11.

Aug. Kruckiński, Bernhardstr. 20.

Bruno Lange, Merseburgerstr. 79.

H. Lischke, Döhlitz, Gießerstr. 1.

Paul Neger, Marienstr. 46.

R. Preller, Eu., Hamburgerstr. 37.

Rob. Reiter, Körnerstr. 2.

Fritz Riegert, St. Eichstädtstr. 25.

Arwed Rohrbach, G., 2. Stock. 44.

Arthur Schwendler, Körnerstr. 13.

Emil Thomas, Ang. Wörthstr. 8.

Her. Vetter, Hildegardstr. 27.

K. Wiesenbütter, Klisch., Sonnenstr. 15.

Max Rahrig, Rdn., Gemeindestr. 3.

Paul Richter, Pl., Morseburgerstr. 14.

Gust. Salomon, Delitzscher Str. 60.

liefer garantiert reines Roggenbrot im Vollgewicht. Tel. 8868.

A. Schwendler, Barneck Str. 18.

R. Müller, Lind., Gundorferstr. 39.

Rudolf Vogelsang, Baumannstr. 11.

Blech. von der Woth, Eu., Sonnenstr. 15.

Beerdigungsanst. u. Sargm.

Arnold, vorm. Fuchs, Bogislawstr. 28.

Bretschneider, Co., Bleulerstr. 31.

Adolf Koch, Mühlstraße 6.

August Meckel, Wurznerstr. 41.

Matthäikirchhof 28.

L. Odermannstr. 10.

V. Co., Konradstr. 41.

Gehr. Reiche, Zschöchererstr. Li.

Ltz. St. 48, Königsstr. 36.

M. Verbeek, Kirchstr. 82.

Böttfedorn, Betten, Reinigung

Louis Klötzsch, Co., Pegauerstr. 30.

H. Oldag, Südst. 2.

A. Petzold, L. Birkenstr. 12.

W. Schmidt, Co., Pegauerstr. 18.

J.C. Schwartz, Brühl 50. Gg. 1706.

Bildereinrahmungen

Friedr. Fränkel, Elisabethstr. 8.

Bruno Meyer, Dresdnerstr. 36.

Emil Theile, Eisenbahnstr.

str. 62.

Blumen u. Kränze

A. Burckhardt, vorm. F. Neum. u. Ruthb. 8.

Carl Frese, Eisenbahnstr. 24.

Brauerien, Bierhandl.

F. A. Ulrich

Brauerei C. W. Naumann

Tel. 2803 Leipzig-Plagw. Tel. 2894

Halle a. S. Telefon 5000.

C. Schubert-Nig., Prt.-u. Flb. Sdpl. 5

B. Hübner, Brauerei Taucha.

Erscheint 3 mal  
wöchentlich

Dampfbrauerei Zwenkau A. C.

Zwenkau.

J. Pottkämper, Eutritzscher empfiehlt  
seine aus best. Malz u. Hopfen gebr. Biere

Briketts, Kohlen.

Böttcher, Kochstr. 55/70.  
Südp. 8. Tel. 11331

Ernst Claus, Josephinestr. 31.

Ellyschneid., G. m. h. h., Gleisstr.

O. Freiberg, Co., Pfeifferstr. 19.

Ferd. Grubau, N. Tauchaer Str. 39.

Anna Has, Lind., Oedermannstr. 15.

Julius Ilge, Co., am Bahnhof.

Emil Körner, Eu., Theresienstr. 55.

O. Lindner, Möbelstrap. Specieute.

J. Lippe, Silb. Schützenhausstr. 18.

O. Müller, Klisch., Südp. 11. Tel. 1414.

Neuländer, Klisch., Wenzelstr. 142.

W. Weinhold, Sohl. Schneiderstr. 13.

O. Winkler, Hausestr. 14. Tel. 143.

Karl Wüste, Kohlgartenstr. 51.

Damen- u. Kinder-Konfekt.

Anna Gohlert, Klisch., Wigandstr. 21.

Bertha Götz, Klisch., Dieskaustr. 12.

O. Lindner, Möbelstrap. Specieute.

J. Lippe, Silb. Schützenhausstr. 18.

O. Müller, Klisch., Südp. 11. Tel. 1414.

Neuländer, Klisch., Wenzelstr. 142.

W. Weinhold, Sohl. Schneiderstr. 13.

O. Winkler, Hausestr. 14. Tel. 143.

Karl Wüste, Kohlgartenstr. 51.

Buchhandlungen

G. Aug. Seidel, Eisenbahnstr. 51.

F. Siebert-Nehl., Zweinaundorf. St. 1.

J. Silberstein, Waldstr. 22.

C. Steinmetz, Plgw., Alte Str. 20.

H. Terpitz, Lind., Kaiserstr. 2.

Emil Thiele, Torgauerstr. 5.

A. Tuma, Grimmaischestr. 25.

H. Uhlig, Bornaischestr. 27.

Carl Urban, in L. Gitter, Hausestr. 15.

O. Wagner, E. Lütz., Südp. 11. Dürrenberg.

W. Weinhold, Sohl. Schneiderstr. 13.

O. Weißwange, 3d. St. u. Wenzelstr. 14.

M. Winkler, Hausestr. 14. Tel. 143.

Karl Wüste, Kohlgartenstr. 51.

Fischhandlungen

E. Aug. Seidel, Eisenbahnstr. 51.

F. Siebert-Nehl., Zweinaundorf. St. 1.

J. Silberstein, Waldstr. 22.

C. Steinmetz, Plgw., Alte Str. 20.

H. Terpitz, Lind., Kaiserstr. 2.

Emil Thiele, Torgauerstr. 5.

A. Tuma, Grimmaischestr. 25.

H. Uhlig, Bornaischestr. 27.

Carl Urban, in L. Gitter, Hausestr. 15.

O. Wagner, E. Lütz., Südp. 11. Dürrenberg.

W. Weinhold, Sohl. Schneiderstr. 13.

O. Weißwange, 3d. St. u. Wenzelstr. 14.

M. Winkler, Hausestr. 14. Tel. 143.

Karl Wüste, Kohlgartenstr. 51.

Fischhandlungen

P. Angermann, Co. Bornaischesch. 24.

u. Co. Pegauerstr. 19.

P. Baumann, Windmühlenstr. 36.

P. Baumann, Windmühlenstr. 75.

Blauer Laden, Eisenbahnstr. 50.

M. Beyer, M., Äuß. Hall. Str. 193.

F. Broeke, Delikat., Kreuzstr. 52.

Fischhalle, L., Gutsmuthstr. 46.

Nordstern-Fischhalle, Breitestr. 14.

Reichsgr., Torgauerstr. 13.

R. Walther, Dresdenstr. 12.

Karl Wagner, Hospitalstr. 14.

Fischhandlung „Kansa“, Gohlis, Wiederitzschestr. 10.

Fischhandlung „Kansa“, Gohlis, Wiederitzschestr. 10.

Fischhandlung „Kansa“, Gohlis, Wiederitzschestr. 10.



